

Ergebnisbericht

Zweiter Workshop des Graduierten-Netzwerks
„Zivile Sicherheit“ zum Thema:
„Was ist gute zivile Sicherheitsforschung?“
vom 25./26. November 2016 in Stuttgart



Herausgeber*innen:

Friedrich Gabel, Judith Eckert, Patrick Drews, Jan Hieronymus

Vorwort und Danksagung

Das Graduierten-Netzwerk „Zivile Sicherheit“ ist ein offenes Netzwerk aller in der zivilen Sicherheitsforschung arbeitenden Nachwuchswissenschaftler*innen und wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt. Im Zentrum seiner Arbeit steht neben der Vernetzung und der Förderung eines Austauschs von Nachwuchswissenschaftler*innen unterschiedlicher Disziplinen und der Bearbeitung wichtiger Fragen der Sicherheitsforschung auch und besonders die Kommunikation nachwuchsspezifischer Rahmenbedingungen an zentrale Gremien des Forschungsprogramms.

In diesem Sinne fand am 13. und 14. November 2015 in Frankfurt am Main ein erster vom Graduierten-Netzwerk selbst organisierter und durch das BMBF unterstützter Workshop zum Thema „Die Sprache der Sicherheit“ statt. Ausgangspunkt war hier, dass unterschiedliche Verständnisse der Kernbegriffe der zivilen Sicherheit die disziplinübergreifende Zusammenarbeit erschweren. Ziel des Workshops war es, im interdisziplinären Dialog gemeinsam ein besseres Verständnis dieser Begriffe zu entwickeln, wenn möglich sogar ein gemeinsames Vokabular zu finden, um die zukünftige interdisziplinäre Zusammenarbeit zu fördern.

An die positiven Erfahrungen dieses ersten Workshops anknüpfend fand am 25. und 26. November 2016 ein zweiter Workshop statt, diesmal zum Thema „Was ist gute zivile Sicherheitsforschung?“ (GZSF). Erneut organisierten Mitglieder des Graduierten-Netzwerks die Veranstaltung und wurden dabei finanziell, ideell und mit Räumlichkeiten sowohl durch das BMBF als auch das Fraunhofer IAO und das IAT der Universität Stuttgart unterstützt. Hierfür möchten wir uns an dieser Stelle herzlich bei Dr. Andreas Hoffknecht sowie Prof. Dr. Anette Weisbecker und Dr. Wolf Engelbach bedanken.

Bedanken möchten wir uns ebenfalls bei den Referenten: Prof. Dr. Wolfgang Hochbruck (Universität Freiburg) für seinen zum Weiterdenken anregenden Vortrag über Sicherheitstheater, Prof. Dr. Wolfgang Bonß (Universität der Bundeswehr München) für seine umfassende Darstellung von (Un-)Sicherheit und Dr. Ludwig Frühauf (Deutsche Hochschule der Polizei), der einen Einblick in das Zusammenspiel von Wissenschaft und Praxis gab. Schließlich danken wir den Workshopteilnehmer*innen, dass sie nicht nur während des Workshops so engagiert diskutiert haben, sondern auch vor- und nachbereitend ihre jeweils eigene Perspektive auf gute zivile Sicherheitsforschung schriftlich ausgearbeitet haben.

Der vorliegende Ergebnisbericht verfolgt zwei Ziele: Zum einen dokumentiert er die zentralen Ergebnisse der vier Workshop-Sessions sowie die jeweiligen Beiträge der Teilnehmer*innen. Zum anderen wurden vor diesem Hintergrund Empfehlungen für die Fortschreibung des Rahmenprogramms „Forschung für die zivile Sicherheit“ erarbeitet. Diese finden sich im Anschluss an eine kurze Vorstellung des Workshopthemas und -ablaufs auf Seite 6 dieses Ergebnisberichts. Mit diesen Empfehlungen möchten die Nachwuchswissenschaftler*innen ihre Wünsche und Anliegen für die Zukunft der zivilen Sicherheitsforschung beisteuern. Der Ergebnisbericht fasst die Meinungen der Teilnehmer*innen des Workshops zusammen. Die dabei wiedergegebenen Ansichten und Meinungen müssen nicht mit der Meinung des BMBF übereinstimmen.

Tübingen, Stuttgart, Berlin, im Februar 2017

Friedrich Gabel, Judith Eckert, Patrick Drews, Jan Hieronymus (Organisationsteam)

Wir bedanken uns herzlich für die Unterstützung durch:



Inhaltsverzeichnis

Zum Thema des Workshops: „Was ist gute zivile Sicherheitsforschung?“	7
Die Ergebnisse in Kürze: Empfehlungen des Graduierten-Netzwerks „Zivile Sicherheit“	8
1. Was bedeutet „gut“ in einer GZSF?.....	9
Darstellung der Diskussionen und Ergebnisse	9
Skizze einer bösen zivilen Sicherheitsforschung <i>Marcel Vondermaßen</i>	12
Die Bedeutung von „gut“ in der GZSF <i>Celia Norf</i>	16
Verfassung verpflichtet. Maximen und Reflexionen zu verschiedenen Themen der Moral und Politik <i>Martina Biebert</i>	19
Sechs Thesen zu einer <i>guten</i> zivilen Sicherheitsforschung <i>Veronika Zettl</i>	21
2. Was sind Themen einer GZSF?.....	25
Darstellung der Diskussionen und Ergebnisse	25
Terrorismus in der modernen Medienlandschaft: Politische Herausforderungen und Bedarf guter ziviler Sicherheitsforschung <i>Barbara Korte</i>	28
Menschzentrierte Gestaltung interaktiver Systeme in der zivilen Sicherheitsforschung <i>Sonja Th. Kwee-Meier</i>	32
Schutz der kritischen Infrastruktur: Wasserversorgung als Teil ziviler Sicherheitsforschung <i>Lisa Bross</i>	35

3. Was sind allgemeine Rahmenbedingungen einer GZSF?	38
Darstellung der Diskussionen und Ergebnisse	38
Gute zivile Sicherheitsforschung – Plädoyer für die Stärkung geistes- und sozialwissenschaftlicher Forschung	
<i>Toni Eichler</i>	42
Stand der Praxis, anwendungsorientierte Konzepte und Expertensprache als Schlüsselaspekte guter angewandter Sicherheitsforschung	
<i>Johannes Sautter</i>	46
Mehr zivilgesellschaftliche Forschungsbeteiligung für eine gute zivile Sicherheitsforschung	
<i>Frank Balzer</i>	49
4. Was sind spezifische Rahmenbedingungen einer GZSF?	53
Darstellung der Diskussionen und Ergebnisse	53
Der kontinuierliche Veränderungsprozess der Sicherheitsforschung – Erfolgsfaktoren einer „guten zivilen Sicherheitsforschung“	
<i>Florian Brauner</i>	55
Partizipation und Vereinbarkeit als Herausforderungen für das Mehrebenenkonzept einer guten zivilen Sicherheitsforschung	
<i>Isabelle Brantl</i>	58
Gute zivile Sicherheitsforschung – Möglichkeiten einer Legitimität durch Kritik	
<i>Martin Schmetz und Max Hoffmann</i>	62
Kurzvorstellung der Autor*innen	66

Zum Thema des Workshops: „Was ist gute zivile Sicherheitsforschung?“

Der im November 2016 in Stuttgart veranstaltete zweitägige zweite Workshop des Graduierten-Netzwerks zivile Sicherheitsforschung verfolgte das Anliegen, den interdisziplinären Dialog und die Zusammenarbeit von Wissenschaftler*innen verschiedenster fachlicher Hintergründe durch die gemeinsame Aufarbeitung möglicherweise divergierender Vorstellungen einer guten zivilen Sicherheitsforschung zu fördern. Denn nicht nur Begriffsverständnisse können sich unterscheiden. Auch Vorstellungen davon, was eine gute Forschung ausmacht, können (sub-)disziplinär unterschiedlich sein. Diese Unterschiede zu identifizieren ist für eine fruchtbare interdisziplinäre Zusammenarbeit in der zivilen Sicherheitsforschung sinnvoll. Zudem ermöglicht diese Art der Zusammenarbeit (implizite) Ansprüche offenzulegen und diese handhabbar zu machen. „Was ist gute zivile Sicherheitsforschung?“ (GZSF) war dementsprechend die Leitfrage, die anhand von vier miteinander zusammenhängenden Teilfragen diskutiert wurde:

- 1. Was bedeutet „gut“ in einer GZSF?** Der Begriff „gut“ hat vielfältige Bedeutung. Daher stellt sich die Frage, was Charakteristika einer GZSF sind.
- 2. Was sind Themen einer GZSF?** Die Frage nach den Themen einer GZSF bezieht sich einerseits auf die Ebene spezifischer Projektideen, Themen, Zielgruppen, Techniken etc., andererseits aber auch darauf, inwieweit auch Kritik am Sicherheitsdiskurs selbst ein Raum in der zivilen Sicherheitsforschung eingeräumt werden sollte.
- 3. Was sind allgemeine Rahmenbedingungen einer GZSF?** Wie muss eine Forschungsförderung gestaltet sein, um die angestrebten Ziele und Wünsche umsetzen zu können? Dies fragt etwa nach den Grenzen und der Logik von Forschung (bspw. der Rolle von ethischer, sozialwissenschaftlicher und juristischer Forschung) und inwieweit Forschungsthemen forschungs- oder praxisinduziert oder beides sein sollten.
- 4. Was sind spezifische Rahmenbedingungen einer GZSF?** Ausgehend von der These „Gute Forschung braucht gute Arbeitsbedingungen“ stellt sich die Frage, welche Rahmenbedingungen speziell für Nachwuchsforscher*innen gegeben sein müssten, um eine GZSF zu gewährleisten.

Der Workshop richtete sich an Nachwuchswissenschaftler*innen aus dem Bereich der zivilen Sicherheitsforschung. Sie waren eingeladen, Beiträge zu einer oder mehrerer dieser Fragen einzureichen und dabei ihren eigenen Standpunkt darzulegen. Während des Workshops dienten diese Perspektiven als Grundlage für den interdisziplinären Dialog über die vier Teilfragen, dessen zentrale Ergebnisse jeweils einleitend zu den Teilfragen vorgestellt werden. In diesem Ergebnisbericht dienen sie als Vertiefung bestimmter Diskussionsthemen und sind entsprechend einer der vier Leitfragen zugeordnet, auch wenn sie oft auf mehrere Leitfragen Antwort geben.

Die Frage nach einer guten zivilen Sicherheitsforschung wurde dabei nicht nur vor dem Hintergrund bisheriger Projekterfahrungen diskutiert, sondern auch im Hinblick auf die zukünftige Ausgestaltung des Rahmenprogramms „Forschung für die zivile Sicherheit“ ab 2017. Daher stellt diese Publikation zugleich den Beitrag aus dem Graduierten-Netzwerks „Zivile Sicherheit“ für den Agenda-Prozess des BMBF dar und informiert darüber, was aus Sicht von Nachwuchswissenschaftler*innen wichtige Themen, Probleme und Anregungen für das neue Rahmenprogramm sind.

Eine Kurzfassung der zentralen Ergebnisse und Empfehlungen findet sich auf der folgenden Seite. Anschließend werden die Workshopdiskussionen und Beiträge der Teilnehmer*innen vorgestellt.

Die Ergebnisse in Kürze: Empfehlungen des Graduierten-Netzwerks „Zivile Sicherheit“

Die zentrale Erkenntnis dieses wie auch des letzten Workshops in Frankfurt war, dass Interdisziplinarität und insbesondere der Austausch von Natur-/Ingenieurs- und Geistes-/Sozialwissenschaftler*innen von großer Bedeutung für das Gelingen ziviler Sicherheitsforschung sind. Dies begann bereits mit dem Call zu dieser Veranstaltung, welcher von Vertreter*innen der Natur-/Ingenieurwissenschaften als wenig ansprechend empfunden wurde, obwohl uns dieses Problem bereits bewusst war. Diese Hürden zu beseitigen und das Gespräch anzuregen muss deshalb auch weiterhin ein wichtiges Kriterium für zukünftige Veranstaltungen sein. Gleichzeitig ist Multiperspektivität nicht einfach und erschwert das Erreichen eindeutiger Ergebnisse. Dies sollte aber weniger als Problem, sondern eher als Voraussetzung guter ziviler Sicherheitsforschung verstanden werden. So zeigten gerade die interdisziplinären Diskussionen im Rahmen des Workshops, wie wichtig es ist, unterschiedliche Perspektiven zu kennen und konstruktiv damit umzugehen. Gute zivile Sicherheitsforschung braucht also nicht nur interdisziplinäre Zusammenarbeit, sondern auch ausreichend Zeit und Raum, um Probleme dieses interdisziplinären Dialogs zu diskutieren und gemeinschaftlich zu lösen.

Wünsche und Empfehlungen des Graduierten-Netzwerks „Zivile Sicherheit“:

Graduierten-Netzwerk

1. Fortführung des Graduierten-Netzwerks „Zivile Sicherheit“ und Erhaltung der Möglichkeit ideeller und finanzieller Unterstützung für Veranstaltungen.
2. Stärkere Involvierung des Graduierten-Netzwerks bei Veranstaltungen der zivilen Sicherheitsforschung.

Nachwuchsförderung

3. Ausweitung der finanziellen Fördermöglichkeiten für Nachwuchswissenschaftler*innen durch Stipendien, Arbeitsgruppen und Graduiertenkollegs aus dem Kontext der Forschung zur zivilen Sicherheit.
4. Anregung eines Diskurses über Probleme zwischen wissenschaftlicher Qualifikation und Karriere und den Herausforderungen der Sicherheitsforschung (bspw. Geheimhaltungsreglementierungen).

Allgemeine Rahmenbedingungen

5. Erleichterung von interdisziplinärer Zusammenarbeit in Projekten, etwa durch Schaffung von Kooperationsmanagementstellen.
6. Intensivierung von interdisziplinären Veranstaltungen zur Vernetzung von Natur-/Ingenieurs- und Geistes-/Sozialwissenschaften. Hierfür sollte auch nach alternativen Formaten gesucht werden, die einen Dialog vertiefen können. Beispielsweise gemeinsame Workshops sowohl für Nachwuchs- als auch etablierte Wissenschaftler*innen verschiedener Disziplinen zu übergreifenden Themen.
7. Aktive Maßnahmen zur Vorbeugung von „Feigenblattforschung“ der ELSA-Disziplinen („Ethical, Legal and Social Aspects“). Beispielsweise durch die Etablierung der Möglichkeit zu einer vorgelagerten ELSA-Forschung, welche frühzeitig vor einer Technikentwicklung Herausforderungen und Probleme von Forschungsthemen identifiziert.

1. Was bedeutet „gut“ in einer GZSF?

Darstellung der Diskussionen und Ergebnisse

Ausgangspunkt zur Bearbeitung der Frage „Was ist gute zivile Sicherheitsforschung?“ ist die Bestimmung dessen, wofür das Wort „gut“ mit Blick auf die gegenwärtigen Rahmenbedingungen und darüber hinaus steht. Denn die pauschale Gleichsetzung, zivil sei gut oder militärisch sei schlecht, ist längst nicht ausreichend und wird den komplexen Zusammenhängen unserer Welt nicht gerecht. So können vor dem Hintergrund von Genoziden militärische Mittel ein notwendiger Schritt sein, einer rassistisch motivierten Vernichtung von Menschen Einhalt zu gebieten. Gleichzeitig können die dafür genutzte technologische Forschung oder die entwickelten Produkte aber auch missbraucht werden. Dies stellt eine Gefahr dar, der auch die zivile Sicherheitsforschung gegenübersteht, da sie ebenfalls instrumentalisiert und damit „schlecht“ werden kann. Allerdings ist diese ethisch/moralische Lesart nur *eine* unter anderen Bedeutungsebenen. Vor diesem Hintergrund wurden für die Diskussion vier Bedeutungsebenen näher in den Blick genommen: *ethisch/moralisch*, *sozial/politisch*, *methodisch/empirisch* und *funktional/wirtschaftlich*.

Doch es sind nicht nur die Bedeutungsebenen, sondern auch die jeweiligen Zielvorstellungen und die zu vermeidenden Zustände, die mit ihnen einhergehen, welche für die Frage „Was ist gute zivile Sicherheitsforschung?“ eine Rolle spielen. Geht es beispielsweise um Wirtschaftlichkeit, kann Forschung „gut“ sein, wenn sie nachhaltig ist, effizient oder die Produkte einen großen Markt haben; beide Aspekte können Hand in Hand gehen, sich aber ebenso widersprechen. Ein wichtiger Teil der Diskussion war deshalb zu fragen, in welcher Relation die verschiedenen Bestimmungen im Zuge der Fortschreibung des Rahmenprogramms „Forschung für die zivile Sicherheit“, aber auch mit Blick auf die anderen im Workshop diskutierten Fragen stehen beziehungsweise stehen sollten.

Aufgrund der rahmenden Funktion dieser Teilfrage stellte sie im Workshop anders als in der vorliegenden Publikation die vierte und letzte Session dar. Ein weiterer Grund für dieses Vorgehen lag im hohen Abstraktionsgrad, den diese Frage von dem disziplinär diversen Feld der Teilnehmer*innen verlangte.

Aspekte „schlechter“ ziviler Sicherheitsforschung

Ausgehend von diesen Vorüberlegungen wurde in Anlehnung an den Abstract von Marcel Vondermaßen zunächst diskutiert, was Kriterien einer „schlechten“ zivilen Sicherheitsforschung sind. Bei Identifikation zu vermeidender Zustände zeigte sich, dass auch die einzelnen Bedeutungsebenen von „schlecht“ dabei keineswegs miteinander vereinbar sein müssen. So sind schlechte ethische oder politische Ziele der zivilen Sicherheitsforschung, beispielsweise die Beförderung von sozialer Spaltung, Ausgrenzung und „Sicherheit für einige“, nicht notwendigerweise mit funktional schlechten und unwirtschaftlichen Methoden verbunden. Ein anderes Beispiel war der Aushandlungsprozess zwischen Grundlagenforschung und Wirtschaftlichkeit. So liegt es in der Idee ersterer, dass sie nicht unmittelbar einsetzbar und damit, aus wirtschaftlicher Perspektive, zunächst kostenintensiv und damit „schlecht“ ist. Sie mag sich auszahlen und damit auf lange Sicht „gut“ sein, aber dass sie das tut, ist nicht notwendig der Fall. Auch wenn die Beispiele an dieser Stelle notwendig einseitig bleiben, verweisen sie auf eine Schwierigkeit bei der Bestimmung von Kriterien für eine „gute“ zivile Sicherheitsforschung: Es gibt eine hohe Komplexität und **Verflechtung zwischen den verschiedenen Bedeutungsebenen**.

Aspekte einer schlechten zivilen Sicherheitsforschung

- ethisch/
moralisch**
 - Vernachlässigung ethischer Fragen und mangelnde Selbstreflexion
 - Intransparente Entscheidungsprozesse
 - Unsensibler Umgang mit Forschungssubjekten

- sozial/
politisch**
 - Vertechnisierung und Versozialwissenschaftlichung der Sicherheitsforschung
 - Einseitige Lobbyarbeit oder Instrumentalisierung der Forschung
 - ‚Gut-und-günstig-Mentalität‘ für Projektförderung, Quersubventionen, Ausnutzen der Lagen wissenschaftlicher Mitarbeiter*innen (Überstunden)

- methodisch/
empirisch**
 - Ablehnung einer Fehlerkultur von Projekten (Nur erfolgreiche Projekte haben Wert!)
 - Manipulation von Daten, Verschleierung von Methoden
 - Veröffentlichung sensibler Daten oder selektive Veröffentlichung

- funktional/
wirtschaftlich**
 - Förderung von Dual-Use-Projekten
 - Vernachlässigung des Nutzerbedarfs oder der Nutzerfreundlichkeit
 - Ineffiziente und kostenintensive Forschung



Aspekte „guter“ ziviler Sicherheitsforschung

In einem zweiten Schritt wurden daran anschließend Kriterien einer „guten“ zivilen Sicherheitsforschung diskutiert. Dabei zeigte sich, dass die Umformulierung in das Gegenteil der „schlecht“-Kriterien nicht ausreicht. Hieß es noch, dass es ethisch schlecht sei, marginalisierte Gruppen als Forschungssubjekte oder Endanwender bewusst auszuschließen, kann das Gegenteil nicht bedeuten marginalisierte Gruppen unbewusst auszuschließen; auch dies sollte vermieden werden. Aber auch die Forderung, sie immer einzuschließen, greift zu kurz. Dies liegt zunächst einmal nicht an den marginalisierten Gruppen als solche, sondern vielmehr an forschungspragmatischen Überlegungen und der grundsätzlichen Ambivalenz von Partizipation. So ist Partizipation zwar grundsätzlich anzustreben, aber zeit- und diskussionsintensiv und muss damit mit der Bedeutung des Problems im Verhältnis stehen. Vor diesem Hintergrund kommt Repräsentation eine besondere Rolle

zu. Hinzukommt, dass empirische Forschung stets auch eine Frage der Umsetzbarkeit ist und die gleichzeitige Erforschung aller marginalisierten Gruppen eine Herausforderung darstellt. Eine universelle Beachtung aller marginalisierter Gruppen als Forschungssubjekte oder Endanwender macht aber auch mit Blick auf die Verschiedenheit von Themen nur wenig Sinn. So mag es sinnvoll sein, möglichst alle marginalisierten Gruppen zu berücksichtigen, wenn es um die Erstellung eines Sicherheitskonzeptes für eine Stadt geht, aber weniger, wenn kritische Infrastrukturen vor Angriffen gesichert werden sollen. Neben den verschiedenen Bedeutungsebenen von „gut“ und den Wechselbeziehungen zwischen diesen ist damit drittens auch die Rücksichtnahme auf den **projektspezifischen Kontext** von Bedeutung, wenn es um die Bestimmung guter ziviler Sicherheitsforschung geht.

Aspekte einer guten zivilen Sicherheitsforschung

- | | |
|---------------------------------------|--|
| ethisch/
moralisch | <ul style="list-style-type: none">• Interessenvertretung und Stimmgebung für marginalisierte Gruppen, die im öffentlichen Diskurs nicht wahrgenommen werden• Ethische Weichenstellung für die Gewichtung von Dual-Use |
| sozial/
politisch | <ul style="list-style-type: none">• Weder rein input-/öffentlichkeits- noch output-/lobbyorientiert• Zivilklauseln einführen und verbessern |
| methodisch/
empirisch | <ul style="list-style-type: none">• Sensibilität für den Umgang mit Informant*innen und Daten• Angemessene Wissenschaftskommunikation in die Gesellschaft |
| funktional/
wirtschaftlich | <ul style="list-style-type: none">• Nutzer-/Anwenderorientierte sowie bedarfsgerechte Ergebnisse• Sozial-/umweltbezogen nachhaltige Projekte |

Abschließend lässt sich festhalten, dass in dieser Session drei Aspekte identifiziert wurden, die bei der Bestimmung von Kriterien einer guten zivilen Sicherheitsforschung, aber auch über diese Frage hinaus, Bedeutung haben:

- Die Offenlegung von Kriterien „guter“ ziviler Sicherheitsforschung ist wichtiger ein Aspekt gelingender Interdisziplinarität.
- Wenn Zielvorstellungen und zu vermeidenden Zustände bekannt sind, kann davon die gemeinsame Arbeit profitieren.
- Sind diese Punkte bekannt, können „individuelle“ Schwerpunkte berücksichtigt und Orientierungslinien für das Gelingen des Projekts im Sinne aller Partner*innen (ethisch reflektiert, methodisch bedenkenlos, akteursgerecht) entworfen werden.

Die folgenden vier Abstracts knüpfen an die hier skizzierten Diskussionspunkte an und werfen in ihrer Weise einen Blick auf die Bestimmung einer „guten“ zivilen Sicherheitsforschung. Den Anfang bildet dabei Marcel Vondermaßen, der ausführlicher über den Wert einer „bösen zivilen Sicherheitsforschung“ für die Bestimmung von Orientierungslinien zukünftiger Sicherheitsforschung schreibt. Demgegenüber widmen sich die Arbeiten von Celia Norf und Martina Biebert der Frage, welche Bedeutung „gut“ im Kontext der zivilen Sicherheitsforschung politisch und normativ zukommen kann. Den Abschluss bilden schließlich Veronika Zettls sechs Thesen einer guten zivilen Sicherheitsforschung. Sie sind der Versuch, zentrale Momente einer GZSF zu identifizieren und diese für eine konkrete Nutzung aufzubereiten.

Skizze einer bösen zivilen Sicherheitsforschung

Marcel Vondermaßen

Der Workshop befasst sich mit der Frage nach einer „Guten zivilen Sicherheitsforschung“ (GZSF). Dabei wird „gut“ in seiner ganzen Bandbreite verstanden, von der wissenschaftlichen Praxis bis zu den Rahmenbedingungen für Forschung. In diesem Artikel soll die ethische Dimension einer GZSF diskutiert werden. Auf der Suche nach einer moralisch guten Sicherheitsforschung ist es erhellend, das Gegenstück zu entwerfen, eine böse zivile Sicherheitsforschung (BZSF). Zwei solche (hypothetische) Fälle werde ich aufwerfen. Durch dieses Vorgehen können Voraussetzungen geklärt werden, die eine moralische GZSF wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher erscheinen lassen. Hierbei möchte ich zwei hypothetische Fälle betrachten, die bestimmte Dimensionen einer GZSF durchaus erfüllen, nämlich Methoden ordentlich ausweisen und anwenden, wissenschaftliche Gütekriterien beachten und eine gewisse Anwendungseignung aufweisen. Bleibt dann noch Raum für eine moralisch böse Forschung oder sind die obigen Variablen hinreichend, um ethische Unbedenklichkeit zu attestieren? Um dies zu beantworten, muss in einem ersten Schritt der Untersuchungsgegenstand deutlicher gefasst werden. Was wird heute unter Sicherheitsforschung verstanden?

Die Sicherheitsforschung hat in den letzten 30 Jahren enorme Veränderungen erfahren. Die Sicherheitsobjekte haben sich ausdifferenziert (IT-Sicherheit, Flugsicherheit, Lebensmittelsicherheit etc.) und Sicherheit ist nicht mehr allein Aufgabe von Staaten oder zwischen Staaten. „Wir können eine Fragmentierung der Subjektpositionen, von denen Sicherheit erfahren, bewertet, erklärt und operationalisiert wird, beobachten.“ (Burgess 2015) In Folge davon haben sich auch die Sicherheitsmaßnahmen multipliziert und verschoben (Privatisierung von Sicherheit, Sicherheit durch soziale Maßnahmen, Dialog usw.). Dies alles spiegelt sich in der Forschung wider, welche die Bandbreite der Sicherheitsobjekte, -positionen und -maßnahmen untersucht und darüber hinaus mit Hilfe von hypothetischen Katastrophenszenarien (vermeintliche) Sicherheitsprobleme aufzeigt und erschafft (Horn 2014). In der Ethik lassen sich ähnliche Fragmentierungen finden: Technikethik, Bioethik, Forschungsethik, Sicherheitsethik.

Angesichts dessen mag es zweifelhaft erscheinen von einer BZSF in der Einzahl zu sprechen. Möglicherweise gibt es viele böse Sicherheitsforschungen, die dann auch noch eventuell auf jeweils eigene Weisen böse sind? In diesem Fall mag es eher nötig sein eine Ethik der Ethiken (Sievi 2017) zu entwickeln, insbesondere, wenn sich Sicherheit nicht als Wertidee (Kaufmann 2015), sondern als leerer Signifikant erweisen sollte (Laclau 1994). Doch stellen wir diese Bedenken noch einmal zurück und fragen uns:

Was sind die Grundzüge einer bösen zivilen Sicherheitsforschung?

„Böse“ wird aus guten Gründen zumeist in Anführungszeichen gesetzt. Einerseits, um auf die Perspektivität einer solchen Zuschreibung hinzuweisen, andererseits weil bereits das Nachdenken über das böse geprägt ist von der historischen und sozio-kulturellen Situation, in der es stattfindet (Neiman 2004, Schäfer 2015). Um sich von diesen Anführungszeichen zu befreien, bedarf es einer Zuspitzung. Daher soll unter „böse“ in diesem Zusammenhang verstanden werden, dass eine ausreichend informierte Akteurin (Forscherin, Institution, Geldgeberin) angesichts zumindest zweier Handlungsalternativen jene wählt, die eine größere Verletzung von Freiheit und Würde erwarten lässt und/oder größeres Leid verursacht (in Anlehnung an Badenhop 2016). Folgen wir dieser Definition, wird ersichtlich, dass methodische Akkuratessse, wissenschaftliche Gütekriterien, Funktionalität und eine Anwendungseignung der Ergebnisse nur dann im Widerspruch zu einer BZSF stehen, wenn sie

durch ihre Exzellenz einer solchen Absicht entgegenstehen. Ein ethischer Anspruch ist der wissenschaftlichen Methode aber nicht inhärent. Die Erzeugung von Wissen und das Bereitstellen von Lösungen für Probleme hat nicht per se eine ethische Dimension. Daher sind Maßnahmen zur Sicherstellung wissenschaftlicher Exzellenz in der Regel anethisch.¹

Aus diesem Grund ist eine ZSF denkbar, die effektiv umsetzbare und methodisch richtig erhobene Ergebnisse liefert und gerade in ihrer Effektivität zur Herstellung von Sicherheit an jenen Punkt rührt, den Agamben als „innerste Solidarität von Demokratie und Totalitarismus“ bezeichnet: den Schutz des nackten Lebens (Agamben 2002).

Ein hypothetisches Konzept einer BZSF könnte daher darin bestehen, unter der Prämisse des Lebensschutzes die Verbindungen des Sicherheitsbegriffes mit anderen Wertideen (Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden etc.) zu kappen beziehungsweise eine Subsummierung unter den Sicherheitsbegriff einzuführen (Gesundheit setzt Sicherung der Lebensumstände voraus => keine Gesundheit ohne Sicherheit!). Die jeweilige kulturelle Einbettung der Fragen „Was ist Leben?“ und „Welches Leben wollen wir führen?“ würde durch ein scheinbar universelles Sicherheitsverständnis ersetzt, das unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Neutralität ein biologisches Verständnis von „Überleben“ vertritt.

Wenn es gelingen würde, diese Wertearchitektur absolut zu setzen, das heißt der Diskussion zu entziehen, dann wäre damit gleichzeitig eine fundierte ethische Kritik unmöglich. Denn ein nicht-instrumentelles Verständnis von Ethik fußt auf der Hinterfragung von Selbstverständlichkeiten. Als solches ist Ethik immer eine Form der Unsicherheit, die Sachverhalte tendenziell verkompliziert und mit einer Absolut-Setzung nicht vereinbar ist (Matzner, Ammicht Quinn 2015). Anstelle einer Pluralität von hinterfragbaren Werten stünde eine Wertehierarchie, die zudem einer Versicherheitlichung Vorschub leisten würde. Langfristig könnte damit Werten wie Freiheit, Würde und Selbstbestimmung nachhaltiger Schaden zugefügt werden. Damit könnte es gelingen Sicherheitsforschung als eine effektive Machttechnik des Status Quo zu etablieren und den Unsicherheitsfaktor „ethische Reflexion“ zu minimieren.

Ein zweiter Aspekt einer BZSF greift auf die obigen Überlegungen zu speziellen Forschungsdisziplinen zurück und betrifft eine Besonderheit von heutiger Sicherheitsforschung: Oftmals beschäftigt sich Sicherheitsforschung mit „known unknowns“ oder sogar „unknown unknowns“. Dazu ist es nötig mit Risikoanalysen und Szenarien zu arbeiten, was eine starke Form des „framings“ bedeutet. Mit „framing“ ist gemeint, dass explizite und implizite Rahmenbedingungen gesetzt werden, die sowohl die Forschungsfrage, die Forschungsmethoden und den Ergebnishorizont beeinflussen können (Erkenntnisinteresse, Menschenbild, Verständnis von Rationalität, Normalität etc., aber auch versteckte Frames wie „dieses Leben ist nicht betrauerbar“ (Butler 2010) oder „oben ist gut“ (Wehling 2016)). Ohne eine ethische Fundierung könnte eine BZSF für die Erzeugung von Sicherheit durch passendes *framing* nur eine Teilgruppe der Betroffenen anvisieren, obwohl der Verantwortungshorizont viel größer ist. Doch um diesen adäquat zu erfassen, muss Verantwortung (mindestens) in acht Dimensionen gedacht werden: *Jemand* (das Subjekt) ist verantwortlich *für etwas* (das Objekt) *in Bezug auf* normative Standards *vor* einer Rechtfertigungsinstanz *rückblickend/vorausschauend gegenüber jemandem* (dem Adressaten) *mit einer bestimmten Ausrichtung* (interpersonal/strukturell) *in* einem sozialen Kontext (Beck 2016).

¹ Nach Max Weber: weder ethisch noch anti-ethisch. Wobei natürlich die einzelnen Regeln und Kriterien für wissenschaftliche Redlichkeit ihre eigene Schlagkraft hinsichtlich einer GZSF besitzen. Sie sind jedoch nicht hinreichend, um eine GZSF zu begründen.

Werden diese Reflexionsebenen nicht beachtet, so kann für eine Minderheit (etwa eine Nation) ein funktionierendes Sicherheitskonzept entwickelt werden, welches auf Exklusion direkt Betroffener beruht und eine deutlich größere Anzahl an Menschen unsicherer zurücklässt. Daher ist bereits die (absolut notwendige) Rahmung von Forschungsprojekten zur Sicherheit eine Frage von Verantwortung und besitzt damit eine ethische Dimension. Eine BZSF ist sich dieser Dimension bewusst und setzt dort an, um im Namen der Sicherheit durch geschicktes *framing* Betroffene auszuschließen oder nicht zu beachten und dadurch in eine unsichere Lage zu bringen beziehungsweise negative Nebenfolgen von Sicherheitshandeln ungleich zu verteilen („and make Mexico pay for it“). Damit können Empfehlungen und Erkenntnisse für eine effektivere Sicherheitsarchitektur innerhalb des (selbst-) gesteckten Forschungsfeldes entwickelt werden.

Meine These ist, dass sich aus dem Gedankenexperiment zwei notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bestandteile einer GZSF ableiten lassen:

- a) Alle Setzungen, die im Rahmen von Sicherheitsforschung gemacht werden, müssen prinzipiell hinterfragbar sein. Das erfordert nicht zuletzt eine Ausgestaltung der Rahmenbedingungen von Forschung, die eine solche Hinterfragung in der Praxis möglich macht.
- b) Es muss es ein Anliegen guter ziviler Sicherheitsforschung sein zu berücksichtigen, dass Forscher*innen/Institutionen/Geldgeber*innen bereits bei der Ausgestaltung von Forschungsbedingungen Ein- und Ausschlüsse (re-)produzieren, *framing* betreiben und sich damit in ethischen Entscheidungspositionen befinden. Diese Entscheidungen können in der Forschungspraxis nicht als ethisch neutrale Rahmenbedingungen hingenommen werden.

Literatur

- Agamben, Giorgio, 2002, „Homo sacer – Die souveräne Macht und das nackte Leben“, Suhrkamp, Berlin.
- Beck, Valentin, 2016, „Eine Theorie der globalen Verantwortung – Was wir Menschen in extremer Armut schulden“, Suhrkamp, Berlin.
- Badenhop, Dennis, 2016, „Empathy for the Devil oder Die Strafe des Bösen“; in: Birgit, Recki: „Wozu ist das Böse gut?“, mentis, Münster, S. 51-73.
- Burgess, J.Peter, 2015, „Sicherheit als Ethik“, in: Zoche, Peter, Kaufman, Stefan, Arnold, Harald, „Sichere Zeiten? – Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung“, LIT Verlag Dr. W. Hopf, Berlin, Münster, S. 33-42.
- Butler, Judith, 2010, „Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen“, Campus Verlag, Frankfurt/M, New York.
- Sievi, Luzia, (Frühjahr 2017), „Demokratie ohne Grund, kein Grund für Demokratie – Zum Verhältnis von Demokratie und Poststrukturalismus, transcript-verlag, Bielefeld.
- Horn, Eva, 2014 „Zukunft der Katastrophe“, Fischer, Frankfurt am Main.
- Kaufmann, Franz-Xaver, 2015, „Sicherheit als Wertidee – Handlungsmaxime und Leitbild von Systemen“, in: Zoche, Peter, Kaufman, Stefan, Arnold, Harald, „Sichere Zeiten? – Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung“, LIT Verlag Dr. W. Hopf, Berlin, Münster, S. 33-42.
- Laclau, Ernesto, 1994, „Was haben leere Signifikanten mit Politik zu tun?“, in: Mesotes, S. 157–165.
- Matzner, Tobias, Ammicht Quinn, Regina, „Sicherheitsethik in der Anwendung: Ein Praxistext gesellschaftlicher Begleitforschung“, in: Zoche, Peter, Kaufman, Stefan, Arnold, Harald, „Sichere Zeiten? – Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung“, LIT Verlag Dr. W. Hopf, Berlin, Münster, S.297-334.
- Neiman, Susan, 2004, „Das Böse denken. Eine andere Geschichte der Philosophie“, Frankfurt am Main.
- Schäfer Christian [Hrsg.], 2014, „Was ist das Böse? Philosophische Texte von der Antike bis zur Gegenwart“, Stuttgart.
- Wehling, Elisabeth, 2016, „Politisches Framing : wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht“, Herbert von Halem Verlag, Köln.

Die Bedeutung von „gut“ in der GZSF

Celia Norf

Der normative Begriff „gut“ im gesellschaftlichen und politischen Sicherheitsdiskurs und damit auch im Rahmen ziviler Sicherheitsforschung kann vieles meinen. Ist „sicher“ gleich „gut“ und somit „sicherer“ auch „besser“ und „am sichersten“ gleich „am besten“? Ist eine zivile Sicherheitsforschung also dann „am besten“, wenn sie das größtmögliche, aber eventuell ein gesellschaftlich umstrittenes Maß an Sicherheit herzustellen verspricht? Oder ist eine zivile Sicherheitsforschung „am besten“, wenn sie zwar nicht das größtmögliche, aber ein von weiten Teilen der Gesellschaft tatsächlich akzeptiertes Maß an Sicherheit zu erreichen versucht? Und welche Konsequenzen haben diese unterschiedlichen Verständnisse von „guter“ ziviler Sicherheitsforschung für ihre reale Gestaltung?

Die im Rahmen der zivilen Sicherheitsforschung entwickelten Ansätze und daraus abgeleiteten Entscheidungen zur Risikobewältigung besitzen nicht nur, aber auch aufgrund des Spannungsverhältnisses von Sicherheit und Freiheit immense Einflüsse auf alle Lebensbereiche ihrer Adressaten (Glaeßner, 2002). Die Herstellung eines größtmöglichen Maßes an Sicherheit mag auch zu der Verfolgung eines „der Zweck heiligt die Mittel“-Ansatzes führen, der Möglichkeiten für freie persönliche, individuelle Entwicklung und Entfaltung und damit auch gesellschaftliche Heterogenität einschränkt. Das Bemühen um ein gesellschaftlich akzeptiertes Maß an Sicherheit kann zwar den unterschiedlichen Mitgliedern einer Gesellschaft tatsächliche Freiräume und unterschiedliche individuelle Entwicklungen und Lebenswege ermöglichen, bedingt aber auch einen etwaigen Verzicht auf ein größtmögliches Maß an Sicherheit.

Diese Diskussion um Freiheit und Sicherheit ist der Kern einer „guten“ ziviler Sicherheitsforschung. „Gute“ zivile Sicherheitsforschung hat ihren Adressaten, also jedem Gesellschaftsmitglied, zu dienen, indem sie ihnen eine Freiheit bietet, die verschiedene Interessen und Lebensvorstellungen fördert und Angst und Unsicherheit gegenüber Gefahren und Risiken entgegenwirkt – und die durch Sicherheit geschützt wird (Stratenschulte, 2010). So meint eine „gute“ zivile Sicherheitsforschung nicht, dass zwischen Freiheit und Sicherheit zu entscheiden ist, also „ob wir Freiheit oder Sicherheit wünschen, sondern wie wir beides miteinander in Einklang bringen können“ (Ebd., S.1). Dieser Einklang im Umgang mit Risiko und (Un-)Sicherheit kann jedoch nur über eine zivile Sicherheitsforschung erreicht werden, die gesellschaftliche Diskussionen über ihren eigenen (Un-)Sicherheitsanspruch zulässt, und ist auch dann nicht eine „auf „ewig“ angelegte verbindliche und allgemein akzeptierte Übereinkunft“, sondern „bedarf angesichts veränderter Umstände und neuer Entwicklungen einer steten Neujustierung, Infragestellen von sicher Geglaubten“ (Glaeßner, 2002, S.13). Für diese notwendige gesellschaftliche Diskussion über Sicherheitsansprüche und -Erwartungen, realisiert durch zivile Sicherheitsforschung, braucht es „risikomündige“ Gesellschaftsmitglieder, die auf Basis gelungener Risikokommunikation Wissen um Risiko und (Un-)Sicherheit verarbeiten und je nach (Un-)Sicherheitsszenario kurz- und langfristige Auswirkungen verschiedener Sicherheitsstrategien überlegt und ausgewogen betrachten und bewerten können (Glaeßner, 2002; Renn, 2014; Ruddat, 2009).

Eine „gute“ zivile Sicherheitsforschung akzeptiert also nicht nur die Spannung zwischen Freiheit und Sicherheit und der damit einhergehenden unvermeidbaren, aber in ihrem Ausmaß gestaltbaren Unsicherheit, sondern versucht über eine stetige Selbstreflexion ihrer Ansprüche und Möglichkeiten und einer ergebnisoffenen Beteiligung ihrer Adressaten die Komponenten Freiheit, Sicherheit und Unsicherheit in Einklang zu bringen, sodass Sicherheit ihr übergeordnetes Ziel erreichen kann – den Schutz gesellschaftlicher Freiheit.

Themen einer GZSF

Im Rahmen dieses Anspruches bietet eine „gute“ zivile Sicherheitsforschung eine Bandbreite an Themen und Ansätzen, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Relevanz von Beginn ihrer Bearbeitung an inter- und transdisziplinär zu betrachten sind – obwohl das genaue Maß an Inter- und Transdisziplinarität je nach Thema und Ansatz variieren kann und muss. Eine Themenbetrachtung aus Blickwinkeln verschiedener Akteure und damit unterschiedlicher wissenschaftlicher, praktischer und auch gesellschaftlicher Perspektiven dient der Gewährleistung einer Anschlussfähigkeit von Forschungsergebnissen an gesellschaftliche Bedürfnisse und damit der Verhinderung einer Forschung, die parallel zu gesellschaftlichen Anforderungen und Realitäten verläuft und trotz sinnvoller Beiträge weder Berücksichtigung noch Akzeptanz findet.

Neben der generellen Forderung nach einem angemessenen Verhältnis von disziplinärer und inter- und transdisziplinärer Forschung zur Sicherstellung ihrer praktischen und gesellschaftlichen Relevanz ist ein Ansatz „guter“ ziviler Sicherheitsforschung besonders zu betonen. Die zivile Sicherheitsforschung hat erkannt, dass Katastrophen, Risiken und Unsicherheit trotz intensiver Bemühungen dauerhafter Begleiter der heutigen Realität sind, die, wie Kollert 1993 schon betonte, 100-prozentige Sicherheitsversprechen nicht mehr zulässt. Zivile Sicherheitsforschung kann demgemäß Sicherheit nicht mehr garantieren, sondern „lediglich“ Unsicherheit bis zu einem bestimmten Grad reduzieren (Glaeßner, 2002). Dieses Eingeständnis und damit die Kommunikation von Unsicherheit ist eines der zentralsten Themen ziviler Sicherheitsforschung. In Anbetracht zunehmender Krisen und Risiken, subjektiv wahrgenommen und/oder auch objektiv feststellbar, rückt die Kommunikation von Unsicherheit mehr und mehr in den Fokus, trifft allerdings – wie auch Sicherheit und Freiheit – auf ein Spannungsverhältnis mit dem menschlichen Bedürfnis nach ereignisnahen und zeitgleich konkreten und verlässlichen Informationen, eindeutigen Bewertungen und Lösungsansätzen. Die Kommunikation von Unsicherheit kann also zu einer gesellschaftlichen Verunsicherung und einem Vertrauensverlust in staatliche Instanzen führen, die für eine „gute“ zivile Sicherheitsforschung nicht zielführend sein können. Daher muss auch hier eine „gute“ zivile Sicherheitsforschung proaktiv wie reaktiv eine Brücke schlagen und zwei vermeintliche, aber sicherlich nicht unvereinbare Gegenpole versuchen in Einklang zu bringen: die transparente Kommunikation von Unsicherheit und die Reduktion von gesellschaftlicher Verunsicherung.

Allgemeine Rahmenbedingungen einer GZSF

In der zivilen Sicherheitsforschung bedarf es eines intensiven inter- und transdisziplinären Dialogs, auch im Kontext der Entwicklung von Forschungsthemen. So kann die Anschlussfähigkeit von Forschungsergebnissen an die Bedürfnisse ihrer Adressaten erhöht und damit eine tatsächliche Anwendung der Ergebnisse realisiert werden. Allerdings braucht es in der zivilen Sicherheitsforschung bestimmte Forschungs- und Praxiszweige, die gewisse Alleinstellungsmerkmale haben. So bedeutet dies zum einen, dass eine „gute“ zivile Sicherheitsforschung auch Forschungsthemen zulässt, die nicht inter- und transdisziplinär zu entwickeln und zu bearbeiten sind, bzw. erst in ihrer Weiterentwicklung mit anderen Disziplinen und Anwendungsfeldern vernetzt werden können. Eine „gute“ zivile Sicherheitsforschung sollte also die Grenzen der Inter- und Transdisziplinarität einiger ihrer Themen diskutieren und anerkennen dürfen.

Eine Anerkennung von disziplinären Alleinstellungsmerkmalen bedeutet allerdings auch, dass andere Forschungszweige wiederum ergebnisoffen arbeiten und während ihres Bearbeitungsprozesses bewusst neue Wege gehen können. Insbesondere beim Versuch die Konzepte Sicherheit und Freiheit

sowie Unsicherheitskommunikation und Verunsicherungsreduktion in Einklang zu bringen erscheint eine ergebnisoffene Forschung von besonderer Wichtigkeit.

„Gute“ zivile Sicherheitsforschung sollte also Rahmenbedingungen schaffen, die je nach Forschungsfrage und -ziel unterschiedliche Herangehensweisen an die Entwicklung und Bearbeitung von Forschungsthemen ermöglichen.

Spezifische Rahmenbedingungen einer GZSF

Zivile Sicherheitsforschung benötigt Impulse von Nachwuchswissenschaftler*innen – daher sind Rahmenbedingungen zu schaffen, die Nachwuchswissenschaftler*innen bei der Impulsgebung sinnvoll und langfristig unterstützen. Gute Arbeitsbedingungen sind hierbei essentiell, sodass Nachwuchswissenschaftler*innen langfristig nicht im Stadium des reinen Impulsgebers verweilen (müssen), sondern die Möglichkeit bekommen, diese Impulse zu konkretisieren, weiterzuentwickeln und am Entscheidungsprozess über diese teilzuhaben. Dies muss nicht unbedingt die Nicht-Befristung von Arbeitsplätzen für Nachwuchswissenschaftler*innen bedeuten: Die Ausweitung der Befristung von Anstellungen von einem Jahr, wie bisher gängig, auf etwa drei Jahre wäre ein wichtiger Schritt. Ebenso könnte die Finanzierung von Personalressourcen für die Erarbeitung neuer Forschungsanträge als Möglichkeit für eine überbrückende Beschäftigung zwischen Forschungsprojekten weiter ausgebaut werden.

Literatur

- Glaeßner, G.J. (2002). Sicherheit und Freiheit. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 10(11): 3-13.
- Kollert, R. (1993). Systematische Unterbewertung von Katastrophenrisiken – Zur Anwendung des Risikobegriffs in nuklearen Risikoanalysen. In G. Bechmann (Hrsg.), *Risiko und Gesellschaft* (S. 25-57). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Renn, O. (2014). *Das Risikoparadox. Warum wir uns vor dem Falschen fürchten*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Ruddat, M. (2009). *Kognitive Kompetenz zur Risikobewertung und ihre Rolle für die Risikokommunikation*. Stuttgarter Beiträge zur Risiko- und Nachhaltigkeitsforschung 25, Stuttgart.
- Ruddat, M. (2012). *Ein alternativer Ansatz zur Kommunikation von Unsicherheit*. Verfügbar unter http://elib.uni-stuttgart.de/bitstream/11682/5521/1/ruddat_2009.pdf [08.11.2016].
- Stratenschulte, E.D. (2010). *Einleitung*. Verfügbar unter <http://www.bpb.de/internationales/europa/europa-kontrovers/38185/einleitung> [08.11.2016].

Verfassung verpflichtet. Maximen und Reflexionen zu verschiedenen Themen der Moral und Politik

Martina Biebert

Gute zivile Sicherheitsforschung macht die Welt sicherer. Gute zivile Sicherheitsforschung wird richtig gemacht. Was richtig ist, ist gut. Meint man. Verschiedenste Technologien sind doch gut, wenn sie richtig arbeiten und Erdbeben ankündigen, Sprengstoff detektieren, Fingerabdrücke und Gesichter erkennen und zuordnen können oder Feuer melden. Es ist doch gut, wenn Geräte entwickelt, Mitarbeiter ausgebildet und eingesetzt werden, die uns vor Naturgewalten, Unfällen und Kriminalität schützen oder helfen! Aber ist es auch gut, dass die gleichen Technologien an anderem Ort zweckentfremdet werden, erheblichen Zeitaufwand mit sich bringen, irrsinnige Datenmengen erheben und archivieren, Fehlalarme auslösen? Die qualitative Bewertung und deren Differenzierung ziviler Sicherheitsforschung können sich nur vor dem Hintergrund der jeweiligen Prämissen, wie sie aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Kulturen heraus entstehen, vollziehen. Die Beurteilung, ob Forschungsvorhaben, Forschungsprozesse und -ergebnisse gut sind, hängt vom eigenen Anspruch an sich selbst, das Forschungsprojekt, -objekt, Projektpartner und -sponsoren sowie den Vorstellungen der beteiligten und betroffenen Akteure ab.

Mein normativer Anspruch an gute zivile Sicherheitsforschung ist, dass sie dazu beitragen sollte, die zivile Sicherheit zu erhöhen, ohne Persönlichkeitsrechte zu verletzen. Darunter verstehe ich im Allgemeinen potenzielle Gefahren, Bedrohungen, Unsicherheiten und Risiken erstens zu ermitteln und zweitens in Einklang mit den dynamischen Werten einer Gesellschaft institutionell, präventiv und/oder repressiv darauf zu reagieren. Dieser Anspruch konstituiert sich vor dem Hintergrund gewisser Forschungsrealitäten und -notwendigkeiten, die sich untereinander bedingen:

1. Um im sozialwissenschaftlichen Sinne Erkenntnisse über Gefahren, Bedrohungen und Unsicherheiten sowie ihre übergeordneten Prozesse, Strukturen und Abläufe gewinnen zu können und so konkrete Bedarfe auszumachen, zu erforschen und in letzter Konsequenz Lösungen zu formulieren sind umfassende Einblicke in das Feld und seine Akteure unerlässlich.
→ **Gute zivile Sicherheitsforschung** braucht also umfassende Einblicke in die soziale Wirklichkeit staatlicher und privater Akteure sowie deren Interdependenzen.
2. Gleichzeitig handelt es sich jedoch bei einer Vielzahl von Prozessen, Strukturen und Abläufen um sicherheitsrelevantes Wissen, dessen Preisgabe seinerseits ein Sicherheitsrisiko darstellen kann und seine Träger gefährdet.
→ **Gute zivile Sicherheitsforschung** sieht sich also mitunter gezwungen, ihre Ergebnisse auf Basis unvollständigen Wissens bzw. in Abwägung offiziellen Faktenwissens und inoffiziellen Strukturwissens zu formulieren und dabei die Interessen der Stakeholder und Informanten gleichermaßen zu berücksichtigen.
3. Ebenso ist das Wissen über Prozesse, Strukturen, Abläufe und Akteure prozesshaft. Es entstammt einer sich permanent im Fluss befindenden sozialen Wirklichkeit, vor deren Hintergrund wissenschaftliche Erkenntnisse interpretiert und technologische Innovationen eingeordnet werden müssen.

- ➔ **Gute zivile Sicherheitsforschung** muss also auf Basis der ihr zur Verfügung gestellten Informationen immer flexibel auf Anforderungen und Veränderungen reagieren und diese umfassend reflektieren.
4. Die prozesshaften sach-, personen- und strukturbezogenen Informationen, die als Grundlage des zu schaffenden Wissens dienen, müssen aus einem Teilstück des politischen, staatlichen und gesellschaftlichen Systems gewonnen werden, um als gesichertes Wissen effektiv in dieses Teilstück integriert zu werden. Dazu bedarf es definierter, zugänglicher Kommunikationsstrukturen.
- ➔ **Gute zivile Sicherheitsforschung** ist also auf ein solides Netzwerk angewiesen, das die wissenden Akteure staatlicher und privater Institutionen sowie aus der Bevölkerung mit den Akteuren vernetzt, die dieses Wissen bedarfsgerecht ermitteln, strukturieren und aufarbeiten, um es an die entscheidenden Akteure der Sicherheitsbehörden weiterzugeben. Das heißt, dass auf der Makroebene Politik, Sicherheit und Wissenschaft ebenso miteinander verknüpft sein müssen wie die unterschiedlichen Disziplinen, Sicherheitsbehörden und Regierungsorgane untereinander auf der Mikroebene.
5. Technologien und Maßnahmen haben intendierte, aber auch nicht-intendierte Folgen auf ein Individuum und eine Gesellschaft, auf freiwillige Helfer, Sicherheitskräfte, einzelne Unternehmen, Branchen und Märkte, auf Beamte, Behörden, Sicherheitsarchitektur und -politik sowie Rechtsprechung und Rechtsetzung. Diese Folgen idealerweise im Vorfeld zu erkennen und zu berücksichtigen erfordert Kompetenzen und Expertise unterschiedlichster Disziplinen und Fachbereiche.
- ➔ **Gute zivile Sicherheitsforschung** braucht also den interdisziplinären Diskurs, der die lebensweltlichen Akteure aus Wirtschaft, Recht, Politik und Bevölkerung genauso einschließt wie die akademischen. Entsprechend braucht sie reflexive und kritische Instanzen, die zwischen den verschiedenen Akteuren vermitteln, ihre Perspektiven nachvollziehen und nachzeichnen.

Wenn **zivile Sicherheitsforschung** Gefahren, Bedrohungen, Unsicherheiten und Risiken evaluiert, Prozesse, Strukturen und Abläufe rekonstruiert sowie die unterschiedlichen Perspektiven beteiligter und betroffener Akteure interpretiert und Vulnerabilitäten im Verhältnis zu Resilienz examiniert hat und dieses Wissen in Gesetzen, Normen, Maßnahmen, Bestimmungen, Handlungsabläufen, Technologien und weiterem tatsächliche Anwendung findet, die zur Erhöhung ziviler Sicherheit beitragen ohne persönliche Freiheiten einzuschränken oder die Interessen Einzelner zu verfolgen, dann ist sie **gut**. **Gute zivile Sicherheitsforschung** zeichnet also aus, dass Bedarf, der in Abhängigkeit von Zeitgeist und Weltgeschehen an ziviler Sicherheit entsteht, nicht nur umfassend ermittelt und reflektiert, sondern auch seine maßvoll-verhältnismäßige, institutionelle Umsetzung findet. Abgesehen von theoretischer und methodischer Expertise, emotionaler und intellektueller Intelligenz der Forschenden ist **gute zivile Sicherheitsforschung** somit von ihrem jeweiligen Forschungsobjekt genauso abhängig wie von Netzwerk und Strukturen aufseiten von Staat, Recht und Regierung sowie Industrie, Wirtschaft und Verbänden. In jedem Falle jedoch ist sie der freiheitlich demokratischen Grundordnung verpflichtet.

Sechs Thesen zu einer *guten* zivilen Sicherheitsforschung

Veronika Zettl

Auf der Suche nach der *guten* zivilen Sicherheitsforschung kommt man nicht umhin, sich zweierlei zu fragen: Was ist Sicherheitsforschung? Und was muss sie zu leisten im Stande sein, um als gut zu gelten? Paul D. Williams (2010) nennt vier zentrale Fragen, die den intellektuellen Kern der Sicherheitsforschung beschreiben: „What is security? Whose security are we talking about? What counts as a security issue? How can security be achieved?“ Dabei ähnelt Sicherheit dem Konzept der Schönheit: Sie liegt im Auge des Betrachters. Je nach Perspektive kann Sicherheit unterschiedlich verstanden werden und damit die Linien der Sicherheitsforschung unterschiedlich zeichnen. Versteht man Sicherheit als derart subjektives Konzept, kann es per Definition nicht die eine einzige Bedeutung geben – diese bleibt Verhandlungssache. Die Inhalte und Grenzen der Sicherheitsforschung sind damit Teil eines Aushandlungsprozesses, der kontinuierlich geführt wird, historisch gewachsen und unvermeidbar politisch ist. Weil es bei Sicherheit daher auch immer darum geht, wer sie definiert, ist Sicherheit eng mit Macht verflochten. Sicherheitsforschung muss daher – in meinen Augen – Folgendes leisten, um *gut* zu sein:

1) Gute Sicherheitsforschung agiert im Wissen, dass die Bedeutung von Sicherheit Verhandlungssache ist. Sie betreibt daher auch reflexive Forschung und untersucht, wie sich das Verständnis und die Wahrnehmung von sowie das Streben nach Sicherheit je nach Raum, Zeit und sozialem Gefüge entwickeln.

Das Verständnis von Sicherheit, vom richtigen Handeln und vom guten Leben, die Ausgestaltung von Rechtsnormen und die Definition von gesellschaftlicher Normalität sind Ausdruck der Zeit, des Raums und des sozialen Gefüges, in dem sie entstehen. Der Umgang mit Sicherheit ist damit Ausdruck der jeweiligen Kultur und unterliegt sowohl der Kontinuität als auch dem Wandel. Gute Sicherheitsforschung erkennt dies und betrachtet, wie sich die Bedeutung von Sicherheit je nach Zeit, Raum und sozialem Milieu verändert. Sie versteht, dass die Wahrnehmung von (Un-)Sicherheit nicht gleichzusetzen ist mit der tatsächlich feststellbaren (Un-)Sicherheit, und untersucht, wie sich beides zueinander verhält.

2) Gute Sicherheitsforschung pflegt einen kontinuierlichen und kritischen Diskurs über ihr Verständnis von Sicherheit, den Bereich, auf den sie sich bezieht, die Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, und die Kosten und Entwicklungen, die damit einhergehen.

Während sich der Begriff der Sicherheit früher insbesondere auf die militärische Sicherheit eines Nationalstaats bezog, ist seit den 1950er Jahren eine Erweiterung des Begriffs zu beobachten (vgl. Daase 2012, S. 24–26; Bonß 2011, S. 46). Wer heute von Sicherheit spricht, kann die militärische, ökonomische, ökologische oder soziale Sicherheit meinen und den Staat, eine Gesellschaft oder ein Individuum im Blick haben (vgl. Daase 2012, S. 24–26). Wolfgang Bonß zufolge impliziert die Vervielfältigung und Universalisierung des Sicherheitsdiskurses, dass Sicherheit kein Ordnungsproblem ist, sondern vielmehr zum Risikoproblem avanciert. Während es bei Ordnungsproblemen eine optimale Lösung gibt, die – einmal gefunden – das Problem dauerhaft löst, zeichnen sich Risikoprobleme dadurch aus, „dass die anvisierten Lösungen stets insofern »suboptimal« sind, als sie nicht »endgültig« sind. Sie ziehen vielmehr selbst wieder Unsicherheiten nach sich, die entweder neu erzeugt oder jetzt erst sichtbar werden“ (Bonß 2011, S. 46). Mit dem Versuch, in sämtlichen Bereichen des Lebens mehr Sicherheit herzustellen, steigt die Gefahr, in diesen Lebensbereichen immer neue Unsicherheiten zu schaffen. Eine gute Sicherheitsforschung

reflektiert diesen Umstand und hinterfragt kritisch, welche Konsequenzen die möglichen Maßnahmen zur Herstellung von Sicherheit haben.

3) Gute Sicherheitsforschung ist sich dessen bewusst, dass es eine allumfassende Sicherheit nicht geben kann und ein Mehr an Sicherheitsmaßnahmen nicht immer zu einem Mehr an Sicherheit führt.

Versteht man Sicherheit als Risikoproblem, führt ihre Herstellung zu immer neuen Unsicherheiten. Ein Beispiel dafür ist das Waffengesetz in den USA. Der private Besitz von Waffen zur Selbstverteidigung ist in den USA verfassungsrechtlich geschützt und war ursprünglich zur Herstellung von Sicherheit gedacht. Das Vorhandensein von Waffen in privaten Haushalten birgt jedoch neue Risiken, wie die versehentlichen (Selbst-)Verletzungen und (Selbst-)Tötungen mit Schusswaffen durch Kinderhände zeigen. Ein weniger politisch aufgeladenes, aber dennoch treffendes Beispiel ist die Einführung des ABS in Fahrzeugen, wie Wolfgang Bonß es beschreibt. Als optimale Lösung zur Sicherheitssteigerung im Straßenverkehr anerkannt haben Kfz-Versicherungen Fahrzeuge mit ABS mit Prämien belohnt. Es stellte sich jedoch heraus, dass die Unfallhäufigkeit von ABS-Autos nicht geringer, sondern höher war, weil die ABS-geschützten Fahrer oftmals riskanter fuhren und zugleich Auffahrunfälle zwischen Autos mit und ohne ABS häufiger wurden. „[D]er Sicherheitszuwachs [wird] nicht selten kompensiert bis überkompensiert“ (vgl. Bonß 2011, S. 46). Gute Sicherheitsforschung soll Fortschritt nicht verweigern, im Gegenteil. Sie soll sich jedoch mit den Konsequenzen, die sich aus dem Streben nach Sicherheit ergeben, kritisch und laufend auseinandersetzen und sich dessen bewusst sein, dass eine allumfassende, permanente Sicherheit weder möglich noch erstrebenswert ist.

4) Gute Sicherheitsforschung ist sich dabei ihrer ethischen Verantwortung bewusst, wägt ab und stellt die Forderung nach Sicherheit in den Kontext der Frage nach dem »richtigen Handeln« und dem »guten Leben«. Dabei denkt sie stets auch Minderheiten und vulnerable Gruppen mit und bezieht sie als Akteure und Experten ihrer eigenen Lebenswelt ein.

Gute Sicherheitsforschung stellt nicht nur die Frage, welche Konsequenzen die Maßnahmen zur Herstellung von Sicherheit haben, sondern fragt auch, ob diese Maßnahmen und ihre Folgen ethisch und moralisch vertretbar sowie inklusiv sind (zur Ethik der Sicherheit siehe auch Ammicht Quinn 2014). Häufig richten sich Maßnahmen zur Herstellung von Sicherheit an der gesellschaftlichen Normalität aus. Dabei wird das Leben außerhalb dieser Grenzen der Normalität oft missachtet. Ausgehend von gesunden, einheimischen, selbstständigen Männern und Frauen mittleren Alters, die Deutsch sprechen und höhere Bildungsniveaus erreichen, von Familien mit unterstützenden Strukturen werden zahlreiche Maßnahmen zur Herstellung von Sicherheit an den Alten, Kranken, Ungebildeten, Fremden und Ungeschützten vorbei entwickelt. Gute Sicherheitsforschung begeht diesen Fehler nicht, denkt und arbeitet inklusiv und schafft Lösungen für alle.

5) Gute Sicherheitsforschung bewegt sich bewusst im Spannungsfeld zwischen dem sozialen Grundbedürfnis nach Sicherheit und dem Grundrecht auf Freiheit – und erkennt an, dass beides nicht den gleichen Rang hat.

Insbesondere seit dem 11. September 2001 kann in der westlichen Welt eine Einschränkung von Freiheitsrechten beobachtet werden, die durch die allgemeine Bedrohungslage gerechtfertigt wird. Sei es die Verschärfung der Sicherheitskontrollen am Flughafen oder die Einführung der

Vorratsdatenspeicherung in der EU: Die Einschränkung der Freiheitsrechte wird stets über eine diffuse Bedrohungslage legitimiert und die Bedenken ob der Legitimität und Nützlichkeit der Maßnahmen denunziert. In der öffentlichen Debatte wird so das Grundbedürfnis nach Sicherheit oftmals in den gleichen Rang wie das Grundrecht auf Freiheit gestellt. Wirft man jedoch einen genauen Blick ins Grundgesetz, wie es der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes Ferdinand Kirchhof beim 3. Innovationsforum „Zivile Sicherheit“ des BMBF im April 2016 getan hat, ist festzustellen, dass beides, Freiheit und Sicherheit, in der deutschen Verfassung nicht auf einer Stufe steht. Die Grundrechte im deutschen Grundgesetz sind vor allem eines: Freiheitsrechte. Diese können zwar durch verfassungs- und grundrechtsimmanente Schranken oder durch Gesetzesvorbehalte beschränkt sein, um z. B. die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Ein Grundrecht auf Sicherheit ist in der Verfassung jedoch nicht als solches formuliert. Der Begriff des Sicherheitsrechts umschreibt vielmehr die „Gesamtheit derjenigen Rechtsnormen, welche die Sicherheit kollektiver und individueller Güter durch Ermittlung, Bewertung und Abwehr von aktuellen oder potentiellen Schäden zum Gegenstand hat“ (Gusy und Kapitzka 2012, S. 46). Diejenigen Gesetze und Normen, die der Herstellung von Sicherheit dienen, stehen jedoch nicht im Verfassungsrang – und sind damit den Freiheitsrechten des Grundgesetzes stets unterzuordnen. Ihre gesetzliche Regelung muss daher im Einklang mit der Verfassung stehen und angemessen sein (Stichwort: Schranke-Schranke der Verhältnismäßigkeit). Gute Sicherheitsforschung weiß und berücksichtigt das.

6) Gute Sicherheitsforschung erkennt ihre gesellschaftliche Verantwortung an und handelt in dem Wissen, dass ihre Ergebnisse und Erkenntnisse Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft haben. Sie schützt sich in besonderem Maße vor Instrumentalisierung und Aktionismus, Eitelkeit und Schattenpolitik und entwickelt Lösungen und Konzepte ausschließlich auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnis.

Zivilschutz im Sinne des Schutzes der Bevölkerung, der Infrastrukturen sowie des Kulturguts ist (auch) Aufgabe des Staates. Zivile Sicherheit ist damit zwangsläufig politisch. Und da Forschung zur zivilen Sicherheit zumeist öffentlich finanziert ist, rückt auch sie der Politik nahe. Gute zivile Sicherheitsforschung ist sich des Spannungsfelds zwischen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und dem politischen Interesse an ihr bewusst und lässt sich nicht vor den Karren spannen. Gute zivile Sicherheitsforschung unterstützt keine Sicherheitsrhetorik, die Bedrohungen konstruiert, Ängste schürt und Unsicherheiten provoziert, um Akzeptanz selbst für umstrittene Lösungen zu erlangen (Stichwort: Versicherunglichung, vgl. Buzan et al. 2013). Sie tritt politischem Methodismus, Aktionismus und Isolationismus (vgl. Dörner 2011) mit empirischer Forschung gegenüber, setzt sich mit der Komplexität der Welt auseinander und bezieht dabei ethische, moralische und gesellschaftliche Aspekte mit ein.

Neben all den Spezifika gelten für eine gute zivile Sicherheitsforschung selbstverständlich auch die Grundsätze guter Forschung. So braucht sie vielfältige Perspektiven und interdisziplinäre Teams, deren Herangehensweisen, Konzepte und Lösungen einander ergänzen. Sie bedient sich der Vielfalt der Methoden und beachtet ihre Standards. Sie stimuliert den öffentlichen Diskurs durch empirische Erkenntnisse und blickt über den Tellerrand hinaus. Und sie schafft Perspektiven – für Politik, Gesellschaft und die in ihrem Feld arbeitenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Literatur

- Ammicht Quinn, Regina (Hg.) (2014): Sicherheitsethik. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Bonß, Wolfgang (2011): (Un-)Sicherheit in der Moderne. In: Peter Zoche, Stefan Kaufmann und Rita Haverkamp (Hg.): Zivile Sicherheit. Gesellschaftliche Dimensionen gegenwärtiger Sicherheitspolitiken. Bielefeld: transcript-Verl. (Sozialtheorie), S. 43–70. Online verfügbar unter http://www.zeithistorische-forschungen.de/sites/default/files/medien/material/2010-2/Bonss_Un-Sicherheit_2011.pdf, zuletzt geprüft am 08.04.2016.
- Buzan, Barry; Waeber, Ole; Wilde, Jaap de (2013): Security. A new framework for analysis. 12. Nachdr. Boulder, Colo.: Lynne Rienner.
- Daase, Christopher (2012): Sicherheitskultur als interdisziplinäres Forschungsprogramm. In: Christopher Daase, Philipp Offermann und Valentin Rauer (Hg.): Sicherheitskultur. Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Campus Verlag (Sozialwissenschaften 2012), S. 23–44.
- Dörner, Dietrich (2011): Über die Schwierigkeiten des Umgangs mit Komplexität. In: Peter Zoche, Stefan Kaufmann und Rita Haverkamp (Hg.): Zivile Sicherheit. Gesellschaftliche Dimensionen gegenwärtiger Sicherheitspolitiken. Bielefeld: transcript-Verl. (Sozialtheorie), S. 71–90.
- Gusy, Christoph; Kapitza, Annika (2012): Sicherheitsrecht, -politik und -kultur im demokratischen Verfassungsstaat. In: Christopher Daase, Philipp Offermann und Valentin Rauer (Hg.): Sicherheitskultur. Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Campus Verlag (Sozialwissenschaften 2012), S. 45–66.
- Williams, Paul (Hg.) (2010): Security studies. An introduction. Reprinted. London, New York, NY: Routledge.

2. Was sind Themen einer GZSF?

Darstellung der Diskussionen und Ergebnisse

Betrachtet man die Ausschreibungen der letzten Jahre, so ist auffällig, dass die anwendungsorientierte Grundlagenforschung in der Sicherheitsforschungslandschaft vor allem von den drei involvierten Akteuren getrieben wird: erstens die (universitäre) Forschung, zweitens die Anwender und drittens wirtschaftlich tätige Unternehmen. Die Zwischenevaluation 2012 ergab, dass das Rahmenprogramm auf einem guten Weg sei und die Projekte alle Ziele abdeckten.² Dennoch erscheint die Themenwahl durchaus von aktuellen politisch motivierten Zielen beeinflusst zu sein. Hier macht sich ein Spannungsfeld zwischen tatsächlich und aktuell benötigten Lösungen und den Forschungsinteressen der Wissenschaft aus. Der Impulsvortrag des Koordinators der Sicherheitsforschung der deutschen Polizei an der Dr. Ludwig Frühauf (DHPol) hat diesen Aspekt sehr deutlich zu Tage gebracht: Eine anwendungsorientierte Sicherheitsforschung darf den Anwendungsnutzen nicht außer Acht lassen. Aber auf der Gegenseite muss der Anwender auch bereit sein, für den Anwender „unbequeme Wahrheiten“ aus der Forschung zu akzeptieren und Konsequenzen daraus abzuleiten. Die Bestätigung von Meinungen der Anwender ist nicht Aufgabe der Wissenschaft.

Im Sinne einer guten zivilen Sicherheitsforschung stellte sich für die Workshopteilnehmer*innen die Frage, inwieweit die Freiheit von Forschung und Lehre durch thematische Vorgaben eines Rahmenprogramms beeinflusst werden. Themen, die im Moment aktuell sind, können durch eine Forschung, deren Zeitlauf drei Jahre beträgt, nicht gelöst werden. Aber: Eine Forschung, die auf einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren ausgerichtet ist, kann Probleme der Zukunft durchaus lösbar machen. Die Frage stellt sich hier nach der Zielsetzung der Themenwahl. Die Frage nach der Aktualität der Themen lässt sich auf einen Nenner bringen: Wie lassen sich aktuelle Entwicklungen in der Ausschreibung berücksichtigen, wo liegen die Grenzen, um nicht selbst auf einen Alarmismus, Populismus oder eine einseitige Darstellung etc. einzusteigen?

Ausgehend von der These, dass Themen nicht direkt dem Anwendungsnutzen zufließen müssen, aber sich an den von Anwendern gestellten Anforderungen orientieren sollen, wurde die Themenfindung mit Kreativmethoden aus dem Werkzeugkasten des Design Thinking unterstützt. Die Arbeitsphase gliederte sich in drei Arbeitsschritte: Im **ersten Schritt** wurde durch ein geleitetes Brainstorming ein Pool an Ideen generiert. Nachdem die Teilnehmer*innen zunächst ohne Frage Ideen generiert hatten, wurden mittels drei Strukturierungsfragen der Blick auf andere Fokusse gelegt. Zuletzt stellten sich die Teilnehmer*innen gegenseitig die Ideen vor.



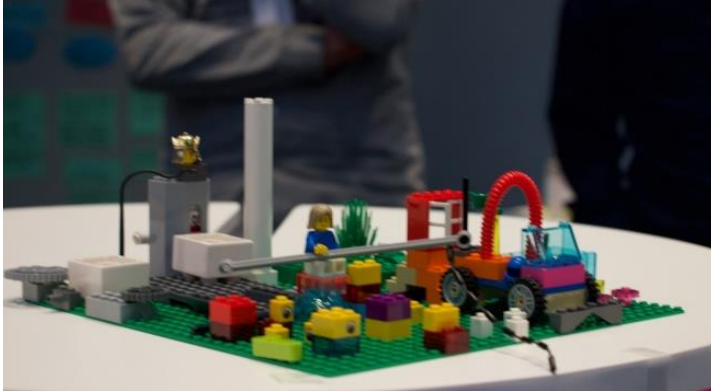
Der **zweite Schritt** bestand aus einem getakteten Brainwriting, in dem die Teilnehmer*innen aus den generierten Ideen die ihnen passende auswählten, auf einem vorbereiteten Bogen aufklebten und

² Vgl. BMBF (o.D.): <http://www.sifo.de/de/evaluation-des-programms-forschung-fuer-die-zivile-sicherheit-1703.html> [Stand: 12.1.2017]

ergänzen. Der Bogen wurde dann an eine andere Person weitergegeben, die wiederum die Idee des Vorgängers mit eigenen Assoziationen ergänzte und den Bogen weiterreichte. Diese Vorgehensweise wurde wiederholt, bis der Bogen mit Ideen gefüllt war. Am Schluss dieses Schrittes erfolgte eine Auswahl eines Ideenbündels durch Stimmabgabe.

Im **dritten und letzten Arbeitsschritt** erarbeiteten die Teilnehmer*innen mittels Rapid-Prototyping eine thematische Ausschreibung. Dieser Prototyp wurde mithilfe von LEGO®-Bausteinen dargestellt:

Prototyp „Partizipative Sicherheitsforschung“

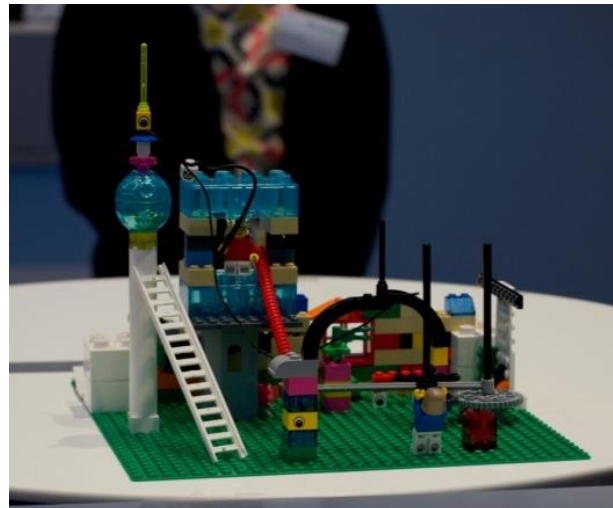


Eine Schwierigkeit bei der Themenfindung ist teilweise die thematische Führung. So werden die Themen durch Ausschreibungen vorgegeben, sind aber durch eine eher zentral gesteuerte Förderpolitik nicht an den Interessen aller Stakeholder ausgerichtet. Seitens der Teilnehmer*innen wurden daher die konsequente Einbindung von Stakeholdern, vor allem aus dem zivil-

gesellschaftlichen Bereich, und die thematische Ausrichtung an deren Interessen gewünscht. Die Ausschreibungen werden so gestaltet, dass von Anfang an ein Dialog auf Augenhöhe stattfinden kann und dieser auch erst mit der Evaluation, in die die Stakeholder ebenfalls eingebunden werden, endet.

Prototyp „Sicherheit und Medien“

Die Nachwirkungen der Präsidentschaftswahl in den USA und die Diskussion darüber, inwieweit Medien als politische Meinungsbildner den Ausgang der Wahl beeinflusst haben könnten, macht deutlich, dass Mediennutzung/-rezeption entscheidenden Einfluss auf die Sicherheitswahrnehmung haben kann. Nicht zuletzt die Wahl des Wortes „postfaktisch“ zum Wort des Jahres 2016 zeigt, inwieweit Misstrauen gegenüber etablierten Medien einerseits und Vertrauen in vermeintlich persönliche Beziehungen andererseits einen gesellschaftlichen Diskurs leiten können. Gezielte



Einflussnahme von außen und Desinformation sind durch die Möglichkeiten, die vor allem Soziale Medien bieten, als reale Gefahr staatlicher und gesellschaftlicher Integrität offenbar geworden. Die Entwickler*innen dieses Prototyps problematisieren die Frage, inwiefern der öffentliche Diskurs zu sicherheitsrelevanten Themen die Wahrnehmung von Sicherheit beeinflussen kann.

Prototyp „Integration im Rahmen des Bevölkerungsschutzes“



Dass die Zuwanderung der letzten und möglicherweise auch nächsten Jahre ein Thema der Sicherheitsforschung ist, greifen die Medien immer auf. Was demgegenüber wenig Beachtung findet ist das Potential, das Migrant*innen für Sicherheitsarbeit haben können. Das Bild zeigt eine zugewanderte Person, die sich in der freiwilligen Feuerwehr engagiert. Die Potentiale sind aber noch vielfältiger, bietet sich doch die Möglichkeit sprachliche Barrieren, denen sich aktuell viele BOS-

Mitarbeiter*innen gegenübersehen, anzugehen und aus den eigenen Reihe heraus zu lösen. Zudem bietet diese Integration individuell wie institutionell Vorteile. Etwa indem Routinen und tradierte Handlungsmuster problematisiert werden – eine Notwendigkeit in einer pluralen Gesellschaft.

Im Folgenden werden die Teilnehmer*innen mit ihren Abstracts Schlaglichter auf mögliche Themen einer guten zivilen Sicherheitsforschung, aber auch Problemstellungen dieser Frage werfen. Den Anfang macht Barbara Korte mit einer Arbeit über die aktuelle und kritisch zu hinterfragende Rolle der Medien im Kontext von Terrorismus. So stellt das stete Changieren zwischen Alarmismus und Informierung der Bevölkerung nicht nur einen der zentralen Konflikte in der Bearbeitung terroristischer Aktivität dar, sondern ist immer auch Grundlage für die Wahl zu nutzender Maßnahmen. Sonja Kwee-Meier widmet sich demgegenüber dem Spannungsverhältnis von Anwendungsnähe und wissenschaftlicher Forschungspraxis. Neben der Frage der „Menschzentrierung“ geht es ihr dabei auch um die Rolle der Evaluation. Das dritte Schlaglicht gibt Lisa Bross, die sich dem Schutz kritischer Infrastrukturen zuwendet. Dabei wird neben der wichtigen Thematik auch die allgemeinere Frage der Geheimhaltung thematisiert. Denn gerade in der zivilen Sicherheitsforschung arbeitet man mit sensiblen Daten, deren Offenlegung gefährlich sein kann, aber für eine umfassende Bearbeitung durchaus förderlich ist.

Terrorismus in der modernen Medienlandschaft: Politische Herausforderungen und Bedarf guter ziviler Sicherheitsforschung

Barbara Korte

Terrorismus und die verschiedenen Rollen der Medien

Terrorismus bezeichnet die Durchführung oder Androhung schockierender Gewaltakte gegen Zivilisten mit dem Zweck ein Klima von Angst und Schrecken zu erzeugen, in dem verschiedene inhaltliche Interessen durchgesetzt werden können. Terrorismus ist damit in Abgrenzung zu anderen Formen von Gewalt oder Kriminalität „primär eine Kommunikationsstrategie“ (Waldmann, 2005). Um den Nutzen medialer und gesellschaftlicher Überreaktion zu maximieren, kalkulieren Terroristen bei der Wahl symbolischer Ziele und Zeitpunkte die mediale Aufmerksamkeit und Wirkung mit ein (Abrahms, 2008; Elter, 2008; Richardson, 2007). Terrorismus ist taktisches Theater. Über die Medien als Transmitter adressiert er die breite Öffentlichkeit, in der Angst evoziert wird. Diese ist wiederum selbst nur Mittel für die Kommunikation und Realisierung inhaltlicher Programmatik (Jenkins, 1974).

Generell spielen die Medien eine zentrale Rolle im liberaldemokratischen Politikprozess. Als sogenannte vierte Gewalt im Staat tragen sie zur Bildung der öffentlichen Meinung bei: Medien vermitteln Faktenwissen, definieren Deutungsrahmen und die wahrgenommene Bedeutsamkeit von Themen (*Agenda Setting*); sie vermitteln einen bestimmten Eindruck des öffentlichen Meinungsklimas, versuchen zu überzeugen und geben Handlungsimpulse (Hasebrink, 2015).

Was bedeutet dies für Terrorismus, Terrorrisiko und Antiterrorpolitik? Mit Beck besteht der Unterschied zwischen Gefahr und Risiko in der objektiven Qualität von Gefahr, wohingegen ein Risiko über subjektive Entscheidungen und intersubjektive Konstruktionsleistungen definiert wird (Beck, 2008). Demzufolge ist die mediale Auseinandersetzung mit der Gefahr von Terrorismus entscheidend für ihre Transformation zum politisierten, politisch handlungsbedürftigen Terrorrisiko. Somit erfüllen Medien im Kontext von Terrorismus drei Funktionen. Erstens kommt ihnen im Theater des Terrorismus die Rolle des aktiven Informationstranmitters für terroristische Gewaltakte und zu propagierenden Inhalte zu. Zweitens sind sie Forum der öffentlich-diskursiven Konstruktion des Terrorrisikos. Drittens politisieren Medien als Scharnier zwischen Politik und Gesellschaft auch den Umgang mit diesem – und beeinflussen somit indirekt die Politikgestaltung.

Gefahren einer zum Alarmismus neigenden modernen Medienlandschaft

Die Pluralisierung und Digitalisierung der klassischen Medienlandschaft lassen diese zunehmend unter Wettbewerbs- und Zeitdruck geraten. Im Kampf um Absatz und Nutzer etabliert sich eine sensationslüsterne Grundstimmung, in der zeitintensive, gründliche Recherche hinter Schlagzeilenproduktion zurückfällt. Um Aufmerksamkeit zu erregen, werden simple Negativnachrichten zu Katastrophen hochstilisiert – Wintereinbrüche zu Schneekatastrophen, Frühjahrshochwasser zu Fluten. In Kombination der Neigung der Medien zum Alarmismus und ihrer gewichtiger Rolle im politischen Meinungsbildungsprozess ergibt sich die „Gefahr eines selbstreferentiellen Systems,“ in dem die Nachfrage nach Berichterstattung zur Krise durch ebenjene angeregt wird und zur Politisierung der Krise beiträgt (Hebestreit, 2014). So ließ sich beim Amoklauf im Münchener Olympia-Einkaufszentrum im Juli 2016 beobachten, wie der rein persönlich motivierte Gewaltakt nach der Bezeichnung „akute Terrorlage“ durch einen Polizeisprecher in der medialen Debatte und öffentlichen Wahrnehmung trotz späterer Dementi von Bezügen zum Islamischen Staat

zu einem Fall von Terrorismus avancierte, was schlicht nicht den Fakten entsprach (Der Tagesspiegel, 23. Juli 2016; Der Tagesspiegel, 24. Juli 2016). Solche Konnotationen fördern eigenständig die Verbreitung eines Klimas der Angst, auf die beispielsweise der Islamische Staat durch seine Gewaltakte mittelbar abzielt. Sie öffnen *Windows of Opportunity*, in denen die Gruppe die Öffentlichkeitswirksamkeit eines Gewaltaktes ohne tatsächliche Beteiligung für sich besetzen kann. Auch förderte im Juli 2016 bereits die Vermutung von Terrorismus dessen weitere Thematisierung und Politisierung, wobei die öffentliche politische Auseinandersetzung dem Terrorismus wiederum mehr medialen Raum öffnete, in dem politische Interessen propagiert werden konnte.

Tendenzen zu Alarmismus, schneller Politisierung und mit ihnen unabsichtlicher Erzeugung der von Terrorismus antizipierten Öffentlichkeitswirksamkeit treten noch stärker in sozialen Medien wie Twitter, Facebook oder YouTube auf. Im Gegensatz zu herkömmlichen Medien, in denen professionelle Journalisten und Redakteure als *Gatekeeper* fungieren, erfolgt hier keine redaktionelle Überprüfung. Die Kongruenz von Produzenten und Konsumenten beschleunigt den inhaltlichen Abgleich von medialem Angebot und Nachfrage, damit auch die Politisierung von Themen wie dem Terrorismus. Die zunehmende Geschwindigkeit, Pluralisierung von Nachrichtenproduzenten und Alarmismus bergen in Bezug auf die kommunikative Logik von Terrorismus konkrete Gefahr. Ein diskursiv aufgeblähtes Terrorrisiko führt zu gesellschaftlichen bzw. politischen Überreaktionen und erreicht auf medialem Wege genau den Zweck terroristischer Gewalt: Ein öffentliches Klima der Angst vor einem (möglicherweise gar nicht mehr notwendigen) Gewaltakt wird erzeugt. Der physische Gewaltakt an sich kann redundant werden, sofern bereits seine Androhung genügt, um mittelbar dieses Klima der Angst zu erzeugen. So wird Terrorismus entkoppelt vom physischen Gewaltakt im öffentlichen Bewusstsein wahr und existent. Auch besteht in dieser Medienlandschaft die Gefahr der Vermengung und Polemisierung von Aspekten der Religiosität, Flüchtlingsproblematik und nicht-politischer Gewalt. Dies kann sachorientierte politische Initiativen torpedieren und zudem emotional aufgeladenen diskursiven Raum für Populismus schaffen (Alvares and Dahlgren, 2016; Collins, 2004; Crenshaw, 2010; Seidman-Zager, 2010; Watson, 2007).

Politische Herausforderungen

Grundsätzlich ist die Politik im kommunikativen Umgang mit Gefahren und Risiken herausgefordert, Alarmismus und Verharmlosung zu meiden (Junk and Offermann, 2014). Eine statistische Eintrittswahrscheinlichkeit von Terrorismus, die als *schwarzer Schwan* weder bezifferbar noch versicherbar ist, kann zu keinem Zeitpunkt definitiv erkannt und als gebannt bezeichnet werden. Diese Unmöglichkeit ist auch der Natur des Terrorrisikos geschuldet, das sich als diskursives Konstrukt im fortwährenden Prozess der Konstruktion befindet. Politische und behördliche Kommunikation erfordern demnach Kalkül der medialen Eigendynamiken und Diskursentwicklungen. Jedoch greifen die im Umgang mit klassischen Print-, Radio- und Fernsehmedien bewährten Methoden des Diskursmanagements wie Informationsstreuung, nicht öffentliche Journalistenrunden und Sperrfristen für Informationen auf dem Informationsmarkt der sozialen Medien nicht mehr. Dieser Informationsmarkt wird anstelle von vertrauten Abläufen und Personen von Sprunghaftigkeit und Anonymität dominiert. Hier können bürokratische Strukturen mit ihrem behäbigen inneren Abstimmungsverfahren selbst mit der größten Social-Media-Abteilung kaum zeitnah und effektiv öffentliche Angst als charakteristischen Zweck von Terrorismus narrativ eindämmen (Hermani, 2014). Eine zusätzliche Schwierigkeit besteht darin, dass, in welche Richtung sich politische Kommunikation und die rechtliche Reglementierung des medialen Raumes auch bewegen, schlussendlich meist eine

scheinbare Unvereinbarkeit von Sicherheit und Freiheit als grundlegenden Legitimationsprinzipien liberaldemokratischer Staatlichkeit offenbart wird. Politischer Aktionismus wie Passivität spielen also stets unfreiwillig politischen Gegenentwürfen zu, in dem sie die liberaldemokratische (Un-)Fähigkeit und (Un-)Glaubwürdigkeit im Umgang mit dem Terrorrisiko zur Schau stellen (Beck, 2008; Schneckener, 2013).

Forschungsbedarf und Güte *guter ziviler Sicherheitsforschung (GZSF)*

Die wissenschaftliche Risikosoziologie und -kommunikation, aber auch die Terrorismusforschung widmen sich bereits Mechanismen der Angsterzeugung im öffentlichen Diskurs, der Konstruktion des Terrorrisikos sowie der Platzierung und Propagierung der von Terroristen verfolgten Inhalte. Der GZSF kommt nun die Aufgabe zu, das zivile Interesse am Umgang mit Terrorismus und Terrorrisiko zu eruieren und an die Politik rückzubinden. Genauer muss GZSF also auf ziviler Seite erst das gesellschaftliche Bewusstsein um die dem Terrorismus inhärenten Logiken der Angsterzeugung, inhaltlichen Kommunikation und letztendlichen Unvermeidbarkeit des Aktes erforschen. Sie muss auch fragen, inwieweit die Zivilgesellschaft eine staatliche Steuerung medialer Diskurse durch gezielte Informationspolitik und Mediengesetzgebung unterstützt, die zur Prävention einer Spirale aus Alarmismus, öffentlicher Angst und Populismus dienen kann. Diese Erkenntnisse gilt es unter Berücksichtigung der Einsichten oben genannter Forschungsbereiche in normative und konkrete Handlungsempfehlungen zu überführen. Die Güte einer GZSF bezieht sich normativ auf die Reflexion in der Verfassung verankerter liberaldemokratischer Werte sowie ziviler Interessen und prozedural auf die effektive Überführung derselben in politische Handlungsempfehlungen. Dabei kann GZSF über den Themenbereich des Terrorismus hinaus anwendbare Mechanismen erarbeiten, die die in einem veränderten medialen Umfeld stattfindenden modernen Politisierungsprozesse demokratisch an die Politikformulierung und -gestaltung rückkoppeln.

Literatur

- (2016) Reaktionen auf Schüsse in München: Seehofer: "Schwerer Schicksalsschlag für alle in ganz Bayern". *Der Tagesspiegel*, 23. Juli 2016.
- Abrahms, Max (2008) What Terrorists Really Want: Terrorist Motives and Counterterrorism Strategy. *International Security*, 32, 78-105.
- Alvares, Claudia & Dahlgren, Peter (2016) Populism, Extremism and Media: Mapping an Uncertain Terrain. *European Journal of Communication*, 31, 46-57.
- Beck, Ulrich (2008) *Weltrisikogesellschaft : Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*, Frankfurt, Suhrkamp.
- Collins, Randall (2004) Rituals of Solidarity and Security in the Wake of Terrorist Attack. *Sociological Theory*, 22, 53-87.
- Crenshaw, Martha (2010) *The Consequences of Counterterrorism*, New York, Russell Sage Foundation.
- Elter, Andreas (2008) *Propaganda der Tat: Die RAF und die Medien*, Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Hasebrink, Uwe (2015) *Meinungsbildung und Kontrolle der Medien. Dossier Medienpolitik*. bpb: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Hebestreit, Steffen (2014) Der Liveticker zur Jahrhundertflut: Über die Rolle der Medien in der Sicherheitskommunikation. In: Daase, Christopher, et al. (eds.) *Politik und Unsicherheit: Strategien in einer sich wandelnden Sicherheitskultur*. Frankfurt: Campus Verlag.
- Hermani, Gabriele (2014) Regierungskommunikation und digitale Medien. In: Daase, Christopher, et al. (eds.) *Politik und Unsicherheit: Strategien in einer sich wandelnden Sicherheitskultur*. Frankfurt: Campus Verlag.
- Illhardt, Jana, et al. (2016) Amoklauf am Olympia-Einkaufszentrum: Was bisher aus München bekannt ist *Der Tagesspiegel*, 24. Juli 2016.
- Jenkins, Brian (1974) *Terrorism: A New Kind of Warfare. The Rand Paper Series* Santa Monica, CA: The Rand Corporation.
- Junk, Julian & Offermann, Philipp (2014) Sicherheitskommunikation: Zwischen Alarmismus und Verharmlosung. In: Daase, Christopher, et al. (eds.) *Politik und Unsicherheit: Strategien in einer sich wandelnden Sicherheitskultur*. Frankfurt: Campus Verlag.
- Richardson, Louise (2007) *What Terrorists Want: Understanding the Enemy, Containing the Threat*, New York, Random HouseTrade Paperbacks.
- Schneckener, Ulrich (2013) Bedingt abwehrbereit: Politische und administrative Reaktionsmuster auf das 'Terrorrisiko'. In: Daase, Christopher, et al. (eds.) *Verunsicherte Gesellschaft, überforderter Staat: Zum Wandel der Sicherheitskultur*. Frankfurt: Campus Verlag.
- Seidman-Zager, Joshua (2010) *The Securitization of Asylum: Protecting UK Residents. Refugee Studies Centre Working Paper Series No. 57*. Oxford: University of Oxford.
- Waldmann, Peter (2005) *Terrorismus; Provokation der Macht*, Hamburg, Murmann Verlag.
- Watson, Scott D. (2007) Manufacturing Threats: Asylum Seekers as Threats or Refugees. *Journal of International Law and International Relations*, 3, 95-117.

Menschzentrierte Gestaltung interaktiver Systeme in der zivilen Sicherheitsforschung

Sonja Th. Kwee-Meier

Die zivile Sicherheitsforschung der Hightech-Strategie der Bundesregierung dient dazu, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen und Katastrophen zu verhindern (BMBF 2017). Obgleich eine 100%ige Sicherheit nicht zu erreichen ist bzw. ggf. der Preis des Freiheitsverlustes für die Mehrheit der Bürger/-innen zu hoch erscheinen würde, so sollte doch die „gute zivile Sicherheitsforschung“ unter diesem Leitgedanken verstanden werden.

Für die Steigerung der Sicherheit der Bürger/-innen sowie zur Vermeidung von Katastrophen oder zumindest zur Minderung des Schadens ist eine Anwendungsnähe unabdingbar, wenn konkrete Lösungskonzepte gesucht werden. Dies kann zuweilen im Gegensatz zu den hohen wissenschaftlichen Standards und den damit einhergehenden zeitlichen und methodischen Anforderungen stehen, die z.B. im Rahmen von Promotionsprojekten zu erfüllen sind. Dieses Spannungsfeld soll im Folgenden anhand des Beispiels der menschenzentrierten Gestaltung interaktiver Systeme erläutert werden. Die DIN EN ISO 9241-210:2010 sieht einen geregelten Ablauf des menschenzentrierten Gestaltungsprozesses vor (s. Abbildung 1).

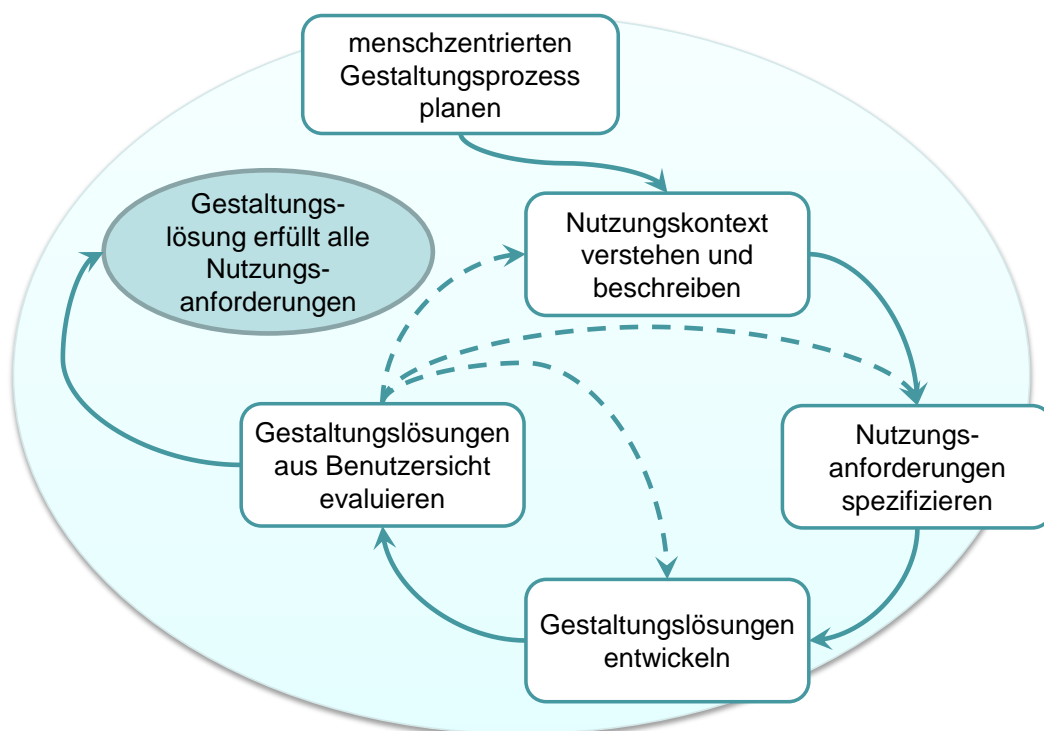


Abbildung 1: Menschzentrierter Gestaltungsprozess nach DIN EN ISO 9241-210:2010

In der Praxis mangelt es in Projekten z.T. an Zeit zur Durchführung der einzelnen Schritte des menschenzentrierten Gestaltungsprozesses, wie z.B. zum initialen Verstehen und Beschreiben des Nutzungskontextes und zum Spezifizieren der Nutzungsanforderungen, obgleich diese Schritte die Basis für die darauffolgenden Schritte für Gestaltungslösungen darstellen. Darüber hinaus kann nicht davon ausgegangen werden, dass allen Beteiligten die Relevanz derartiger Erhebungen und die möglichen Konsequenzen auf Gestaltungslösungen bewusst sind, wenn diese Schritte übermäßig verkürzt werden. Dies bezieht sich nicht allein auf sicherheitskritische Systeme, jedoch ist bei diesen

die besondere Relevanz von Gestaltungsfehlern zu berücksichtigen. Die DIN EN ISO 9241-110:2010 sieht beispielsweise sieben Prinzipien der Dialoggestaltung vor. Für sicherheitskritische Systeme sind jedoch die Selbstbeschreibungsfähigkeit zur Vermeidung von folgenschweren Fehlern, die Fehlerrobustheit zur systemseitigen Erkennung von dennoch fehlerhaften Nutzereingaben und die Behebung von Eingabefehlern – in Kooperation mit dem Nutzer –, sowie die Konsistenz und die Steuerbarkeit von besonderer Bedeutung (z.B. Fairbanks & Caplan 2004, Nachreiner et al. 2006, Jou et al. 2009).

Zudem wird von Evaluationen in Projekten allzu häufig eine rein summative Bestätigung der Güte der bisherigen Arbeiten erwartet und die Offenheit für formative, iterative Evaluierungen, die einer Qualitätssteigerung zuträglich wären, ist nicht gegeben. Verständliche Wünsche aus der Praxis nach 3-Minuten-Fragebögen zur Freihaltung der personellen Ressourcen für die eigentlichen Arbeitsaufgaben stehen den wissenschaftlich Ansprüchen mit etablierten Fragebögen, wie dem ISONORM 9241/110 von Prümper und Anft (1993) und Prümper (1997) sowie dem IsoMetrics-Fragebogen von Gediga & Hamborg (1999) mit jeweils 20-30 Fragen bzw. Items, gegenüber. Kontextspezifika kämen noch hinzu. Der Einsatz von erprobten und umfangreichen Erhebungsinstrumenten, die alle relevanten Dimensionen abdecken, wird jedoch für eine hohe Reliabilität und Validität benötigt, um gesicherte Rückschlüsse aus den Antworten ableiten zu können (Field 2009).

Im Bereich (psycho-)physiologischer Messverfahren könnte erwartet werden, dass durch die Objektivität der Daten unterschiedliche Interessen bei Partnern eine geringere Rolle spielen, jedoch ist das Spannungsfeld hier ebenso vorhanden. Das populäre Verfahren des Eye-Trackings soll als Beispiel dienen. Obgleich sich anwendungsorientierte und Forschungs-Partner für dieses Verfahren annähernd gleichermaßen begeistern können, so liegt das Interesse zumeist auf verschiedenen Daten-Outputs. Plakative Darstellungen wie Heatmaps, die die visuelle Aufmerksamkeit z.B. für Interfacebereiche darstellen (Holmqvist 2011), lassen schnelle Schlüsse auf konkrete Verbesserungen zu, während das Forschungsinteresse unter dem Anspruch der Generalisierbarkeit zumeist auf womöglich unwichtig erscheinenden „Zusatz-Daten“ liegt. Im sicherheitskritischen Bereich sind hier z.B. die beanspruchungsbezogenen Blickbewegungsdaten mit Merkmalen wie hastigen willkürlichen und unwillkürlichen Blickbewegungen, also Sakkadenzahlen und -weiten (Meier et al. 2015), oder den Lidschlussfrequenzen (Veltman & Gaillard 1998, Berguer et al. 2001, Faure et al. 2016, Kwee-Meier et al. 2017) als situative Stressindikatoren zu sehen.

Die Balance zwischen den Anforderungen und Zielen von Partnern mit hoher Anwendungsnähe und Partnern im Streben nach wissenschaftlicher und fachlicher Tiefe ist nicht trivial. Es fordert einen hohen Kommunikationsaufwand im Projekt und die Leitung durch eine Person, die sowohl eine umfassende Fach- und Kommunikationskompetenz besitzt als auch gewillt ist, die verschiedenen Sichtweisen und Kompetenzen synergetisch im Projekt zusammenzubringen.

Literatur

- Berguer, R., Smith, W.D., & Chung, Y.H. (2001). Performing laparoscopic surgery is significantly more stressful for the surgeon than open surgery. *Surg. Endosc.* 15, 1204e1207.
- BMBF (2017). Sicherheitsforschung - Forschung für die zivile Sicherheit. <https://www.bmbf.de/de/sicherheitsforschung-forschung-fuer-die-zivile-sicherheit-150.html> (Zugriff: 06.01.2017).
- DIN EN ISO 9241-110, 210:2010. Ergonomie der Mensch-System-Interaktion (vormals: Ergonomische Anforderungen für Bürotätigkeiten mit Bildschirmgeräten) (ISO 9241-110 , 210:2010).
- Fairbanks, R. J., & Caplan, S. (2004). Poor interface design and lack of usability testing facilitate medical error. *The Joint Commission Journal on Quality and Patient Safety*, 30 (10), 579-584.
- Faure, V., Lobjois, R., Benguigui, N., 2016. The effects of driving environment complexity and dual tasking on drivers' mental workload and eye blink behavior. *Transp. Res. Part F Traffic Psychol. Behav.* 40, 78e90. <http://dx.doi.org/10.1016/j.trf.2016.04.007>.
- Field, A. (2009). *Discovering Statistics Using SPSS*, Sage Publications, Los Angeles.
- Gediga et al. 1999 & Hamborg, K.C. (1999). IsoMetrics: Ein Verfahren zur Evaluation von Software nach ISO 9241/10. In H. Holling und G. Gediga (Hrsg.), *Evaluationsforschung* (S. 195-234). Göttingen: Hogrefe.
- Holmqvist, K., Nyström, M., Andersson, R., Dewhurst, R., Jarodzka, H., & Van de Weijer, J. (2011). *Eye tracking: A comprehensive guide to methods and measures*. OUP Oxford.
- Jou, Y. T., Lin, C. J., Yenn, T. C., Yang, C. W., Yang, L. C., & Tsai, R. C. (2009). The implementation of a human factors engineering checklist for human–system interfaces upgrade in nuclear power plants. *Safety science*, 47 (7), 1016-1025.
- Kwee-Meier, S., Mertens, A., & Schlick, C. (2017). Age-related differences in decision-making for digital escape route signage under strenuous emergency conditions of tilted passenger ships. *Applied Ergonomics*, 59 (A), 264-273.
- Nachreiner, F., Nickel, P., & Meyer, I. (2006). Human factors in process control systems: The design of human–machine interfaces. *Safety Science*, 44(1), 5-26.
- Meier, S. Bützler, J., & Schlick, C. 2015. The influence of information presented on digital escape route signage on decision-making under mentally and emotionally strenuous conditions, In Lindgaard, G., Moore, D. (eds.) *International Ergonomics Proceedings 19th Triennial Congress of the IEA, Melbourne 9-14 August 2015*.
- Prümper, J. & Anft. M. (1993). Die Evaluation von Software auf Grundlage des Entwurfs zur internationalen Ergonomie-Norm ISO 9241 Teil 10 als Beitrag zur partizipativen Systemgestaltung – ein Fallbeispiel. In: K.H. Rödiger (Hrsg), *Software-Ergonomie'93 – Von der Benutzungsoberfläche zur Arbeitsgestaltung* (S. 145-156). Stuttgart: Teubner.
- Prümper, J. (1997). Der Benutzungsfragebogen ISONORM 9241 /10: Ergebnisse zur Reliabilität und Validität. In: R. Liskowsky & W. Wünschmann (Hrsg.), *Software-Ergonomie 97 – Usability Engineering: Integration von Mensch-Computer-Interaktion und Software-Entwicklung*, S. 253-262. Stuttgart: Teubner.
- Veltman, J.A., Gaillard, A.W.K., 1998. Physiological workload reactions to increasing levels of task difficulty. *Ergonomics* 41 (5), 656e669. <http://dx.doi.org/10.1080/001401398186829>.

Schutz der kritischen Infrastruktur: Wasserversorgung als Teil ziviler Sicherheitsforschung

Lisa Bross

Kritische Infrastrukturen sind, gemäß ihrer Definition, essentiell für die Bevölkerung und das staatliche Gemeinwesen. Ausfall oder Beeinträchtigung dieser Infrastrukturen resultieren in Engpässen in der Versorgung (Energie, Nahrung, Wasser etc.), beträchtlichen Störungen der Sicherheit der Bevölkerung (Bundesministerium des Innern, 2009) oder anderen folgenschweren Konsequenzen durch Beeinflussung der öffentlichen Gesundheit.

Zivile Sicherheitsforschung in Deutschland

Das Ziel der deutschen zivilen Sicherheitsforschung ist die Sicherheit der Bürger und Bürgerinnen zu verbessern, kritische Infrastrukturen zu schützen sowie Katastrophen zu verhindern. Da sich diese leider nicht immer verhindern lassen, sollte gute zivile Sicherheitsforschung den gesamten Zyklus des Katastrophenmanagements abdecken. Dieser Katastrophenmanagementzyklus umfasst nach dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (2016b) vier Phasen: Vorsorge im Sinne von Prävention, Früherkennung und Minimierung von Katastrophen; Vorbereitung auf nicht abwendbare Katastrophen; operative Phase der Bewältigung der Katastrophe sowie Wiederaufbau und Wiederherstellung.

Durch Forschung im Bereich Prävention und Detektion sollen Krisen und Katastrophen soweit möglich vermieden oder zumindest erkannt werden, sodass Folgen eingedämmt werden können. Zudem können durch ausreichende Vorbereitung die Dauer von Wiederherstellungsmaßnahmen und somit ebenfalls die Folgen von Krisen und Katastrophen begrenzt werden.

Zivile Sicherheit bedeutet in der derzeitigen Weltsituation häufig der Schutz vor Terror, Kriminalität oder organisierter Gewalt. Im Rahmen von guter ziviler Sicherheitsforschung sollte jedoch nach dem All-Gefahren-Ansatz (Bundesministerium des Innern, 2009) auch der Schutz vor Naturereignissen oder menschlichem und technischem Versagen betrachtet werden.

Sicherheit der kritischen Infrastruktur Trinkwasserversorgung

Trinkwasser ist ein essentielles Lebensmittel für jeden Menschen. Die Versorgung mit hygienisch unbedenklichem Wasser ist lebensnotwendig, dennoch ist sie zur Selbstverständlichkeit geworden. Um die Trinkwasserversorgung auch im Krisen- oder Katastrophenfall zu gewährleisten, beschäftige ich mich im Rahmen meiner Promotion mit der Trinkwassernotversorgung. Als Krise oder Notlage wird die Situation eines Wasserversorgers verstanden, wenn die normale Trinkwasserversorgung beträchtlich gefährdet, eingeschränkt oder verunmöglicht ist (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe 2016a). In einer solchen Situation reichen gemäß DVGW W 1002 und DIN 2001-3 die Mittel des Normalbetriebs zur Bewältigung einer Störung, die unter anderem eine gravierende Beeinträchtigung der Wasserversorgung zur Folge hat oder haben kann, nicht mehr aus. Eine Katastrophe ist entsprechend eine solche Krise oder Notlage mit besonderes großem Ausmaß (DVGW, 2012).

Im Bereich der Trinkwasserversorgung können Folgen von Naturgefahren, technischen und menschlichen Versagens sowie kriminelle, terroristische oder kriegerische Handlungen Anlagen zerstören oder Betriebsabläufe beeinflussen, aber auch die Verfügbarkeit von Wasserressourcen

verringern oder die Qualität von Roh- bzw. Trinkwasser beeinflussen (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, 2016b). Zwar gleichen sich grundlegende Aspekte der Folgen verschiedener Gefahren (Smith and Reed, 1991), dennoch können Probleme oder Schäden häufig nicht nach einer generellen Vorgehensweise behoben oder gelöst werden.

Damit die Bevölkerung in jeder Phase einer Krise oder Katastrophe mit ausreichend Wasser in akzeptabler Qualität versorgt wird, wird von Seiten der Kommunen und Wasserversorger ein umfassendes Notfallversorgungskonzept benötigt. Hierbei sollten nicht nur Szenarien des Totalausfalls der Wasserversorgung, sondern auch Beeinträchtigungen in verfügbarer Menge oder Qualität berücksichtigt werden.

Ist die öffentliche Wasserversorgung nicht in der Lage, die Grundversorgung an Wasser zu gewährleisten, so kann diese durch Trinkwassernotbrunnen bereitgestellt werden. Für die sogenannte Holversorgung dienen in Deutschland mehr als 5.200 Notbrunnen (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, 2013). Notbrunnen sind leitungsunabhängige Brunnen, an denen sich die Bevölkerung durch Zapfstellen und mit Hilfe von Behältnissen selbstversorgen kann. Für Bereiche der Gesellschaft wie Krankenhäuser oder Pflegeheime, die aufgrund verschiedener Faktoren Wasser nicht selbst holen können, bedarf es einer umfassenden Planung. Durch diese können die negativen Folgen einer eingeschränkten oder nicht verfügbaren Trinkwasserversorgung eingedämmt werden. Mittels Wasserbedarfs- und Wasserverfügbarkeitsanalysen kann untersucht werden, welche Maßnahmen getroffen werden müssen, um die Bevölkerung im Krisen- oder Katastrophenfall mit Trinkwasser versorgen zu können.

Gute zivile Sicherheitsforschung

Teile der Sicherheitsforschung zielen auf die Entwicklung von konkreten Lösungen ab, die in die Praxis umgesetzt werden sollen. Damit Forschung gut und vor allem anwendbar wird, ist die Einbeziehung der „Praxis“ in die Forschung essentiell, wenn diese Zielgruppe der Forschung oder Teil der Lösung ist. Zielt Forschung auf die Bevölkerung im Ganzen ab, so müssen andere Teilhabekonzepte verfolgt werden. Im Bereich der zivilen Sicherheitsforschung bedeutet demnach gute Forschung die Einbindung von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, Kommunen, Anwendern und Industrie in die Forschung. Zudem entstehen häufig Kaskadeneffekte (z.B. Ausfall der Energieversorgung kann zum Ausfall von Kommunikationstechnik oder von Wasserversorgungsanlagen führen), denen eine interdisziplinäre Zusammenarbeit des Forschungsteams möglicherweise vorbeugen könnte. Des Weiteren sind vor allem im Bereich der ingenieur- und naturwissenschaftlichen Sicherheitsforschung auch soziologische, ethische und psychologische Aspekte wie beispielsweise das Bevölkerungsverhalten zu berücksichtigen.

Die Komplexität der Forschung im Bereich ziviler Sicherheit bringt schließlich die Schwierigkeit mit sich, dass nicht alle Daten und Informationen aufgrund des Kontextes veröffentlicht werden können oder sollten. Zum einen soll die Bevölkerung nicht verunsichert werden und zum anderen können potenzielle Angriffspunkte abgeleitet werden. Um jedoch den Anforderungen der Wissenschaft zu entsprechen, ist oftmals eine Veröffentlichung der Erkenntnisse notwendig. Dieser Zielkonflikt ist in Bereichen, in denen Schwachstellen aufgezeigt werden würden, besonders hoch. Als Beispiel hierfür ist die Forschung im Bereich Schutz kritischer Infrastrukturen und deren Vulnerabilität zu nennen. Um Forschungsergebnisse veröffentlichen zu können, müssen diese stark verändert werden, sodass keine Rückschlüsse auf konkrete Schwachstellen und mögliche Angriffspunkte gezogen werden können.

Literatur

- Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (2016a): Sicherheit der Trinkwasserversorgung Teil 1: Risikoanalyse. Grundlagen und Handlungsempfehlungen für Aufgabenträger der Wasserversorgung in den Kommunen (Praxis im Bevölkerungsschutz, 15).
- Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (2013): Trinkwassernotbrunnen Wasserversorgung in Extremsituationen, zuletzt geprüft am 23.06.2016.
- Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (2016b): Grundlagen Krisenmanagement. Online verfügbar unter http://www.bbk.bund.de/DE/AufgabenundAusstattung/Krisenmanagement/GrundlagenKrisenmanagement/grundlagenkrisenmanagement_node.html, zuletzt geprüft am 08.11.2016.
- Bundesministerium des Innern (2009): Nationale Strategie zum Schutz Kritischer Infrastruktur (KRITIS-Strategie): Selbstverlag.
- DIN 2001-3, Dezember 2015: Trinkwasserversorgung aus Kleinanlagen und nicht ortsfesten Anlagen - Teil 3: Nicht ortsfeste Anlagen zur Ersatz- und Notwasserversorgung - Leitsätze für Anforderungen an das abgegebene Wasser, Planung, Bau, Betrieb und Instandhaltung der Anlagen.
- DVGW W 1002, 2012: Sicherheit in der Trinkwasserversorgung - Organisation und Management im Krisenfall.
- SVGW W 1012d, 2007: Wegleitung für die Planung und Realisierung der Trinkwasserversorgung in Notlagen (TWN) (vormals W/VN300).
- Smith, M; Reed, R (1991): Water and sanitation for disasters. In: *Tropical Doctor* 21 (1), S. 30–37.

3. Was sind allgemeine Rahmenbedingungen einer GZSF?

Darstellung der Diskussionen und Ergebnisse

In der dritten Arbeitsphase stand die Frage im Zentrum, wie die allgemeinen Rahmenbedingungen, d.h. konkret das Sicherheitsforschungsprogramm, ausgestaltet sein müsste, um eine gute zivile Sicherheitsforschung (weiterhin) zu ermöglichen. Dies umfasste die Positivbewertung bisheriger Rahmenbedingungen ebenso wie die Artikulation von Verbesserungsvorschlägen.

Eingeleitet wurde diese Arbeitsphase durch den Vortrag von Professor Dr. Wolfgang Bonß (Universität der Bundeswehr München) mit dem Titel „Gute‘ und ‚schlechte‘ Sicherheitsforschung. Anmerkungen zu einer prekären Alternative“. Wolfgang Bonß stellte darin nicht nur die Geschichte der Risiko- und Sicherheitsforschung vor, sondern diskutierte auch die nicht eindeutige Unterscheidung ‚guter‘ und ‚schlechter‘ Sicherheitsforschung und was eine ‚gute‘ Sicherheitsforschung auszeichne. Unter anderem solle eine ‚gute‘ Sicherheitsforschung transparent, betroffenenorientiert und selbstreflexiv sein. Letzteres bedeutet nicht nur, dass Sicherheitsmaßnahmen auch immer in Frage gestellt werden sollten. Auch muss eine so verstandene ‚gute‘ Sicherheitsforschung nicht unbedingt zu mehr Sicherheit, wohl aber zu mehr Sensibilität im Umgang mit Unsicherheit führen und sollte dementsprechend eher eine „Unsicherheitsforschung“ sein. Der Vortrag führte zu einer lebhaften Diskussion, die in der Gruppenarbeitsphase in Kleingruppen fortgeführt wurde. Die Ergebnisse wurden anschließend im Plenum zusammengeführt, gegliedert nachfolgenden Aspekten:

- 1) Was wurde bisher an den Rahmenbedingungen für positiv erachtet und sollte daher beibehalten werden? (blau)
- 2) Was sind jedoch auch Probleme und Herausforderungen unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen? (rot)
- 3) Welche konkreten Vorschläge und Wünsche resultieren hieraus? (grün)
- 4) Welche sonstigen Aspekte sind bezüglich des Themas Rahmenbedingungen relevant, die sich nicht den drei anderen Kategorien zuordnen lassen? (weiß)



Zentrale Themen und Gedanken dieser Diskussion lassen sich unter folgenden fünf Überschriften zusammenfassen:

Interdisziplinarität

Die Forderung und Förderung von Interdisziplinarität im Rahmen der Sicherheitsforschung wurde grundlegend als positiv bewertet, auch hinsichtlich der Vernetzungsmöglichkeiten mit anderen Disziplinen. Die bereits zur Verfügung stehende Infrastruktur für diesen interdisziplinären Dialog wie das BMBF-Innovationsforum wurde als hilfreich empfunden. Aus Sicht der Nachwuchsforschenden fanden auch das Graduierten-Netzwerk samt seinen Veranstaltungen sowie die neu eingerichteten Nachwuchsgruppen Lob.

Zugleich sind mit der interdisziplinären Zusammenarbeit aber auch Herausforderungen verbunden, für die weiter nach Lösungen gesucht werden sollte. Zu diesen Herausforderungen gehört die begriffliche Komplexität und Vielstimmigkeit, die einen erhöhten Verständigungsbedarf mit sich bringt. Möglich ist auch, dass aus disziplinär begründeten Unterschieden Konflikte entstehen. Entsprechend wurden verschiedene Ideen diskutiert, wie die interdisziplinäre Zusammenarbeit strukturell noch besser gefördert werden kann, nämlich indem

- Stellen für Kooperationsmanagement geschaffen werden,
- eine vertrauliche Schlichtungsstelle für Konflikte in Verbundprojekten eingerichtet wird,
- projektübergreifende Evaluationen zum Gelingen von Interdisziplinarität erfolgen (Kriterien der Evaluation sollten gemeinsam abgestimmt und qualitativer wie quantitativer Art sein),
- Sicherheitsforschung als eigene Disziplin gestärkt wird *oder*
- einzelne Disziplinen in der Sicherheitsforschung gestärkt werden – v.a. Geistes- und Sozialwissenschaften –, sodass sie von der Begleitforschung zu gleichberechtigten Partnern im interdisziplinären Dialog werden.

Technik- und Ergebnisorientierung

Die Frage nach dem Beitrag der verschiedenen Disziplinen wurde auch in Bezug auf die Technik- und Ergebnisorientierung des Rahmenprogramms diskutiert. Einerseits wurde dabei die Ergebnisorientierung und Anwendungsnähe als positiv betrachtet und weitere Schritte in diese Richtung gefordert (s.u. Anwendungsorientierung), andererseits wurde aber auch diese Fokussierung des Forschungsprogramms kritisiert. Die Einbettung in die Hightech-Strategie der Bundesregierung wurde von manchen Teilnehmenden mehr als Wirtschafts- denn als Wissenschaftsförderung empfunden, sodass sich die Frage stelle, ob dadurch die tatsächlichen Sicherheitsbedürfnisse oder nicht eher wirtschaftlich generierte Bedarfe berücksichtigt würden. Damit verbunden wurde eine Nähe zur Auftragsforschung befürchtet, durch die Wissenschaft im schlimmsten Falle zum „Erfüllungsgehilfen“ werde. Auch der Fokus auf technische Lösungen wurde als verengend wahrgenommen. Entsprechende Vorschläge für die zukünftige Ausgestaltung der zivilen Sicherheitsforschung betreffen daher folgende Aspekte:

- eine Entkoppelung von Wirtschafts- und Forschungsförderung,
- eine breitere Auffassung von Unsicherheit, die diese nicht nur bzw. weniger als bisher als technisch zu lösendes Problem versteht,

- die Stärkung sozial- und geisteswissenschaftlicher Expertise, ggf. auch durch sozialwissenschaftliche Projektträger,
- die Sicherstellung eines Problembezugs, etwa indem in „Vorprojekten“ Bedürfnisse ermittelt werden,
- die Schaffung eines Raums für selbstreflexive und kritische Sicherheitsforschung, sodass auch ein Nicht-Ergebnis bzw. die Zurücknahme einer entwickelten Lösung ein mögliches Ergebnis ist, etwa wenn Freiheitsbelange überwiegen, und
- die grundsätzliche Zustimmung dazu, dass Freiheit ein wichtigerer Wert ist als Sicherheit.

Anwendungsorientierung

Mit Blick auf die konkreten Ergebnisse der Sicherheitsforschung wurde der notwendige Einbezug von Endanwender*innen ebenso gelobt wie die Möglichkeiten für Übung und Evaluation. Unklarheit herrschte allerdings hinsichtlich der Bedarfe der Endanwender*innen und es wurde zwischen vermuteten und realen Bedarfen unterschieden. Bemängelt wurde auch, dass teils offen sei, wie sich die theoretischen Erkenntnisse praktisch umsetzen lassen bzw. dass sich diese nur mit erheblichem Aufwand technisch integrieren lassen. Deutlich wurde in der Diskussion allerdings auch, dass sich speziell für Sozial- und Geisteswissenschaften der geforderte Praxisbezug zumal im gegenwärtigen Sicherheitsforschungsprogramm mit seiner Technikorientierung als schwierig darstellt. Auch wurde speziell aus sozialwissenschaftlicher Perspektive diskutiert, dass die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftler*innen und Endanwender*innen nicht immer reibungslos funktioniert. Dies betrifft bspw. den Zugang zu und die wissenschaftliche Nutzbarkeit von sensiblen Daten, sodass nicht immer angemessen geforscht werden kann. Konkrete Vorschläge für die Lösung dieser Herausforderungen sind

- Klarheit bezüglich der Bedarfe der Endanwender zu schaffen,
- (Potential für) Unklarheiten in der Zusammenarbeit zwischen Endanwender*innen und Wissenschaft vorab zu reduzieren, z.B. indem die beabsichtigte Einbindung der Endanwender (z.B. als Übende, Anwendende, Forschungspartner) vorab expliziert wird und Zugänge von Forschenden in die Organisationen der Endanwender sichergestellt sind,
- für Geistes-/Sozialwissenschaften anstelle oder zusätzlich zu einer Anwendungsorientierung die Möglichkeit einer problemorientierten Grundlagenforschung zu bieten,
- Ergebnisse aus den Geistes-/Sozialwissenschaften technikfreundlicher darzustellen.

Partizipation und Transparenz

Im Anschluss an die Frage der Technik-, Ergebnis- und Anwendungsorientierung und die Frage nach tatsächlichen Bedürfnissen wurde die Frage der Beteiligung derjenigen diskutiert, für die Sicherheitsforschung gemacht wird. Diskutiert wurde auch darüber, wie transparent bzw. intransparent die Ziele der beteiligten Akteur*innen sind, welche Akteur*innen bei der Gestaltung des Forschungsprogramms, der Förderbekanntmachungen und Begutachtungsverfahren in welcher Weise mitwirken. Vorgeschlagen wurde daher:

- die Adressat*innen der Forschung (Endanwender, Betroffene, Zivilgesellschaft) von Anfang an aktiv zu beteiligen, auch um deren tatsächliche Bedarfe zu kennen, und
- mehr Transparenz bei der Entwicklung der Ausschreibungen und Begutachtungsverfahren zu schaffen und auch hier unterschiedliche Akteur*innen einzubinden.

Sicherheitsforschung nachhaltig gestalten

Auch über die bereits genannten Punkte hinaus wurde diskutiert, mittels welcher Rahmenbedingungen Sicherheitsforschung nachhaltig(er) gestaltet werden kann. Als bereits positiv wurde neben dem interdisziplinären Dialog die generationenübergreifende Vernetzung genannt, die das Sicherheitsforschungsprogramm bietet und für Nachwuchswissenschaftler*innen nicht nur in Bezug auf den Wissenstransfer wertvoll ist. Generell war die Frage des Wissenstransfers in Bezug auf die nachhaltige Gestaltung von Sicherheitsforschung in verschiedener Hinsicht zentral (Verstetigung Personal, Verbindung zwischen Projekten). Ein weiteres wichtiges Thema war, welche Bedingungen es braucht, um die besonderen Potentiale und auch Eigenheiten von Wissenschaft (z.B. Ergebnisoffenheit und damit verbundener möglicher Kurswechsel, ausreichende Zeitfenster für gründliche Analyse) zur Förderung ziviler Sicherheit bestmöglich fruchtbar zu machen. Als Verbesserungsmöglichkeiten wurden vorgeschlagen

- den Austausch zwischen ähnlichen Projekten stärker zu fördern,
- Flexibilität zu ermöglichen, etwa wenn bei Meilensteinen deutlich wird, dass Anpassungen im weiteren Projektverlauf nötig sind,
- bedarfsweise Projektlaufzeiten auch über drei Jahren zu ermöglichen,
- Stellen für administrative Aufgaben, Projekt- und Kooperationsmanagement zu schaffen, sodass sich die Forschenden auf genuin wissenschaftliche Aufgaben konzentrieren können,
- als Unterstützung bspw. Checklisten für Umfragen, Veröffentlichungen, gelingende Vernetzung zur Verfügung zu stellen und
- die Verstetigung von Personal im Feld der Sicherheitsforschung zu fördern, bspw. mittels Post-Doc-Programmen mit Tenure-Track.

Der letztgenannte Punkt leitet zur folgenden Frage über, welche Rahmenbedingungen sich Nachwuchswissenschaftler*innen speziell für sich selbst wünschen. Dies wird im folgenden Kapitel ausführlicher behandelt. Zunächst vertiefen aber drei Beiträge der Teilnehmenden hier diskutierte Aspekte: Toni Eichler legt dar, welche verschiedenen Beiträge die Geistes- und Sozialwissenschaften für eine gute Sicherheitsforschung erbringen können, und plädiert entsprechend für die Stärkung geistes- und sozialwissenschaftlicher Forschung im Rahmenprogramm. Johannes Sautter diskutiert die Frage guter Sicherheitsforschung auf andere Weise: mit Blick auf ihre Anwendungsorientierung. Wichtig ist dementsprechend für Forschende nicht nur, die Praxis gut zu kennen, sondern die Ergebnisse der Forschung möglichst praxistauglich zu gestalten und in praxisgerechter Sprache zu vermitteln. Frank Balzer schließlich vertieft in seinem Beitrag die Frage der zivilgesellschaftlichen Forschungsbeteiligung, die für ihn ein wichtiger Bestandteil innovativer und praxisnaher Forschung ist, aber bisher noch in zu geringem Umfang stattfindet und daher in Zukunft stärker berücksichtigt werden sollte.

Gute zivile Sicherheitsforschung – Plädoyer für die Stärkung geistes- und sozialwissenschaftlicher Forschung

Toni Eichler

Probleme der aktuellen Sicherheitsforschung

Was heißt „gut“ im Kontext ziviler Sicherheitsforschung? Versteht man „gut“ im Sinne von Güte und somit als qualitatives Merkmal der durch die zivile Sicherheitsforschung hervorgebrachten Konzepte, Prozeduren und technischen Lösungen, so wird klar, dass diese sich vor allem an ihren Effekten auf ihre Adressaten, die Öffentlichkeit und die kritischen Infrastrukturen, bemessen lassen.³ Dabei handelt es sich aber um den genuinen Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften, die dazu in der Lage sind, entsprechende Veränderungen zu evaluieren und mögliche Folgen zu analysieren. Häufig wird daher der Ruf nach einer Stärkung dieser Disziplinen⁴ in den entsprechenden Projekten und Förderprogrammen laut.⁵ Derzeit erfüllen sie jedoch unter dem Etikett der Begleitforschung oft lediglich die Funktion des „Steigbügelhalters“ für die Ideen der Ingenieurs-, Technik- und Naturwissenschaften, die zwar kritisiert werden dürfen, letztlich aber doch „abgesegnet“ werden sollten. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass das Rahmenprogramm „Forschung für die zivile Sicherheit“ auch in der zweiten Runde wieder Teil der High-Tech-Strategie des Bundes ist und daher eine starke Anwendungs- sowie Technikorientierung aufweist. Dementsprechend bleibt nur wenig Raum dafür, sich Sicherheitsthemen ganzheitlich zu nähern. Zwar hat das Rahmenprogramm durchaus den Anspruch, einen „ganzheitlichen, integrierten Forschungsansatz [...] über Disziplinengrenzen hinweg“ (BMBF 2012, 4) zu verfolgen, ob es ihn einlösen kann, ist angesichts der Verteilung der Fördermittel auf die verschiedenen Wissenschaftszweige aber anzuzweifeln. So entstammen nach Prognos (2012, 12) lediglich 20 Prozent der an den geförderten Projekten beteiligten wissenschaftlichen Partner den Geistes- und Sozialwissenschaften und sogar nur acht Prozent den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Im Gegenzug dominieren die Natur-, Ingenieurs- und Technikwissenschaften mit 72 Prozent Beteiligung die Konsortien. Prognos (ebd., 16) beschreibt die Initiierung eines Dialogs über gesellschaftliche Aspekte in den Projekten als eine – offenbar als zentral verstandene – Aufgabe der Geistes- und Sozialwissenschaften und sieht ihre Einbindung in das Programm dadurch bestätigt.

Angesichts dessen kann man sich nur wundern, wie niedrig die Erwartungshaltung gegenüber diesen Disziplinen anscheinend ist. So führte auch die Initiierung eines Dialogs zwischen Geistes-/Sozialwissenschaften und Naturwissenschaften bisher kaum dazu, dass die Beiträge der ersteren als gleichberechtigt anerkannt werden und sie immer angemessen in die Projektergebnisse einfließen. Dabei beschränken sich die Geistes- und Sozialwissenschaften in ihrem Wirken keineswegs auf die Binnensphäre der Forschungsprojekte, sondern stellen ganz im Gegenteil eine wichtige Schnittstelle zur Bevölkerung dar. Mithilfe dieser Schnittstelle, die methodisch bspw. durch Umfragen, Interviews oder andere Erhebungsarten abgebildet wird, finden die Bedürfnisse und Befürchtungen der adressierten gesellschaftlichen Gruppen Eingang in die Projekte und können Einfluss auf ihre

³ Auch wenn der Begriff Öffentlichkeit ausschließlich zivile Schutzziele nahelegt, ist das nicht in jedem Fall eindeutig bestimmbar. Dies zeigt nicht zuletzt die Auseinandersetzung um die Trennung von ziviler und militärischer Sicherheitsforschung. Siehe dazu Sitte 2014: 293 f.

⁴ Auch die Wirtschafts- und Rechtswissenschaften sind bislang unterrepräsentiert.

⁵ So wurden bereits in der ersten Runde die Techniklastigkeit des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“ und die mangelnde Einbindung der Geisteswissenschaften beklagt, wie ein Gespräch mit der damaligen Bundesforschungsministerin Annette Schavan zeigt (vgl. Kurt & Schwentker 2008).

Ergebnisse nehmen. Leider sind die Geistes- und Sozialwissenschaften mit diesem Anliegen in der Sicherheitsforschung oft nicht erfolgreich und müssen sich letztlich darauf beschränken, die Ergebnisse „unters Volk“ zu bringen, ihre Schaffenskraft also in Fragen der Markteinführung oder der gesellschaftlichen Akzeptanz zu kanalisieren. Hinweise auf potenzielle unerwünschte Begleiterscheinungen oder Bemühungen um eine kritische Folgenabschätzung spielen demgegenüber derzeit nur eine untergeordnete Rolle. Die Entwicklungen der zivilen Sicherheit werden derweil unverändert in den Dienst der Öffentlichkeit gestellt, wo sie unter mehr oder weniger starker Begleitung sich selbst überlassen bleiben. Die „Feuertaufe“ neuer Lösungen wird dementsprechend sukzessive aus den Forschungsprojekten in das „Labor“ Gesellschaft verlagert. Damit aber beraubt man sich ohne Not der größten Vorteile der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung, nämlich ihres reflexiven Potenzials und des tiefgehenden Auffassungs- und Verständnisvermögens für die Verbindung von Mensch und (Sicherheits-)Technik.

Zusätzlich verlieren sich die Förderroutrinen der zivilen Sicherheitsforschung vor allem bei Technik und IT zunehmend im Klein-Klein der Einzelfälle. Die prinzipiell nachvollziehbare Ausdifferenzierung der Sicherheitslösungen entlang einer Vielzahl von Anwendungsfällen scheint ihre Orientierung verloren zu haben und führt zu Projektergebnissen, die sich zwar durchaus in ihrer Zielgruppe oder dem anvisierten Sicherheitsszenario unterscheiden können, nicht zwingend aber auch hinsichtlich ihrer Funktionalitäten oder Fähigkeiten. Die kaum zu überblickende Anzahl mobiler Anwendungen, die in diversen Projekten entwickelt wurden und werden, mag dafür als Beispiel dienen.⁶ Hier drängt sich der Eindruck auf, dass die zur Verfügung gestellten Ressourcen sinnvoller hätten verwendet werden können, da vermeintliche Innovationen sich bei näherer Betrachtung gerne als alter Wein in neuen Schläuchen erweisen.

Vorschläge für Rahmenbedingungen einer besseren Sicherheitsforschung

Ob man bei der gelebten Praxis also von „guter“ ziviler Sicherheitsforschung sprechen kann, muss vor diesem Hintergrund zumindest in Frage gestellt werden. Eine vertiefte Qualitätssicherung, echte Mitbestimmung und ein verbindendes Rahmenwerk scheinen nötig – maßgeblich verantwortet auch von den in ihrer Position entsprechend zu stärkenden Geistes- und Sozialwissenschaften. Die folgenden Vorschläge können dazu beitragen, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen:

1. Die Geistes- und Sozialwissenschaften sind vom Etikett der Begleitforschung zu befreien und stattdessen als gleichberechtigte, vollwertige Projektpartner mit echtem Einfluss auf die Ergebnisse zu integrieren.⁷
2. Eine erschöpfende und abschließende Beurteilung bzw. Evaluation sicherheitsrelevanter Konzepte und Techniken ist oft nicht innerhalb der Projekte möglich, in deren Rahmen sie entwickelt werden. Es besteht der Bedarf an Projekten, die vorrangig diesem Zweck dienen und in denen der geistes- und sozialwissenschaftliche Anteil entsprechend ausgedehnter ist.

⁶ Natürlich gibt es hier Ausnahmen wie etwa die im Rahmen des Projektes SMARTER (vgl. BMBF 2015, 1) entwickelte App, die mobile Endgeräte bei Ausfall der Kommunikationsinfrastrukturen zu lokalen Ad-hoc-Netzwerken zusammenschaltet und dadurch auch im Krisenfall die Aufrechterhaltung der Kommunikation sowie die Allokation von Helfern und Ressourcen ermöglicht.

⁷ Die im Rahmen des österreichischen Sicherheitsforschungsprogrammes KIRAS gängige Praxis, die sogenannten GSK-Partner (Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften) nicht als Konsortialteilnehmer, sondern per Unterauftrag an den Projekten zu beteiligen (vgl. JOANNEUM RESEARCH et al. 2014, 41), weist leider in die entgegengesetzte Richtung.

3. Eng damit verbunden ist der im Rahmen des BMBF-Innovationsforums 2016⁸ bestätigte Konsens über die Notwendigkeit einer interdisziplinären Sicherheitsforschung und der dafür essenziellen Grundlage einer verständlichen, gemeinsamen Sprache, die bislang noch nicht gefunden wurde. Damit soll nicht die unrealistische Vorstellung von disziplinenübergreifenden, in Intension und Extension verbindlichen Begriffen bemüht werden⁹. Vielmehr geht es darum, sich des heterogenen Gebrauchs der Begriffe der Sicherheitsforschung innerhalb der beteiligten Disziplinen klar zu werden und über einen regelmäßigen Austausch Brücken der Verständigung zu schaffen. Mit den Sprach- und Kommunikationswissenschaften, aber auch der Philosophie, existieren im Bereich geistes- und sozialwissenschaftlicher Forschung gleich mehrere geeignete Disziplinen, die diesen Verständigungsprozess zum einen und den Austausch zwischen Wissenschaft, Anwendern und Bevölkerung zum anderen moderierend begleiten sowie fördern können. Mit dem Workshop „Die Sprache der Sicherheit. Grundbegriffe der zivilen Sicherheitsforschung“ wurde 2015 ein erster Anlauf des disziplinenübergreifenden Austauschs über die jeweils eigene Terminologie unternommen, der fortgesetzt und ausgebaut werden sollte.
4. Geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung offenbart ihr Potenzial im Feld ziviler Sicherheit insbesondere auf konzeptueller Ebene. Ihre Aufgabe kann und muss es daher auch sein, die vielen losen Enden, die die Ergebnisse der zahlreichen Forschungsprojekte darstellen, aufzunehmen und miteinander zu verknüpfen. Die Verbindung mehrerer Einzelergebnisse oder -aspekte zu konsistenten Vorschlägen für diverse Sicherheitsszenarien – und ggf. wiederum eine Verzahnung dieser Konzepte – wäre ein großer Zugewinn für die zivile Sicherheit. Auch hier besteht Handlungs- bzw. Förderbedarf.

Der vergleichsweise geringe Anteil der Geistes- und Sozialwissenschaften an der Sicherheitsforschung und die damit verbundenen Probleme werden an dieser Stelle nicht zum ersten Mal kritisiert. Bereits vor fünf Jahren hat der Fachdialog Sicherheitsforschung (2011, 3) mit Blick auf systemische Risiken festgestellt, dass man im Umgang mit ihnen nicht nur auf technologische Lösungen vertrauen dürfe, sondern sozialwissenschaftliche Perspektiven stärker einbeziehen und die Grenzen derartiger Lösungen reflektieren müsse. Leider bleibt diese Forderung auch im Jahr 2016 ein bloßes Desiderat – nicht nur der Forschung zu systemischen Risiken, sondern der Sicherheitsforschung im Allgemeinen. Angesichts des nahenden Endes der zweiten Runde des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“ ist jetzt ein günstiger Zeitpunkt, etwas zu unternehmen und in der dritten Runde mit entsprechenden Förderrichtlinien die formalen Voraussetzungen für eine stärkere Beteiligung der Geistes- und Sozialwissenschaften zu schaffen.

⁸ Konkret in der Session „Zukunft der Forschung: Wie kann Sicherheitsforschung der Gesellschaft dienen?“.

⁹ Selbst innerhalb einzelner Disziplinen existieren oft mehrere, konkurrierende Definitionen ein und desselben Begriffs, man denke bspw. an den Begriff der Medialität innerhalb der Medienwissenschaften. Eine disziplinenübergreifende Einigung ist daher und aus diversen anderen Gründen (u.a. Verschiedenheit der Untersuchungsgegenstände, Komplexitätsgrad der Betrachtung) kaum möglich.

Literatur

- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2012: Forschung für die zivile Sicherheit 2012 - 2017: Rahmenprogramm der Bundesregierung. Bonn/Berlin. https://www.bmbf.de/pub/rahmenprogramm_sicherheitsforschung_2012.pdf [abgerufen am 09.11.2016].
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2015: Notfall-Kommunikationsnetze auf Basis von Mobiltelefonen (SMARTER). http://www.sifo.de/files/Projektumriss_SMARTER_C3.pdf [abgerufen am 14.12.2016].
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2016: Zusammenfassung der Session „Zukunft der Forschung: Wie kann Sicherheitsforschung der Gesellschaft dienen?“. BMBF-Innovationsforum. Berlin. <http://www.sifo.de/de/session-zukunft-der-forschung-wie-kann-sicherheitsforschung-der-gesellschaft-dienen-2047.html> [abgerufen am 11.11.2016].
- Eichler, Toni 2014: Medialität. In: Schirra, Jörg R. J. et al.: Glossar der Bildphilosophie. <http://www.gib.uni-tuebingen.de/netzwerk/glossar/index.php?title=Medialität> [abgerufen am 14.12.2016].
- Fachdialog Sicherheitsforschung 2011: Protokoll zum Fachworkshop Systemische Risiken und Sicherheitsforschung. Donnerstag, 17.11.2011, Insel Hotel, Bad Godesberg - Bonn. http://www.sifo-dialog.de/sifo-wGlobal/wGlobal/scripts/accessDocument.php?wAuthIdHtaccess=228646814&document=/sifo-wAssets/docs/unterlagen-veranstaltungen/fachworkshop-systemische-risiken/Protokoll-Workshop-Systemische-Risiken-und-Sifo_Bonn-17Nov2011_Fachdialog.pdf [abgerufen am 08.11.2016].
- JOANNEUM RESEARCH, Prognos, Ifes 2014: Evaluierung des österreichischen Sicherheitsforschungsprogramms KIRAS. Ex Post-Evaluation 2014, im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie (bmvit), Sektion III, Stabsstelle für Technologietransfer und Sicherheitsforschung. Wien/Berlin. http://www.joanneum.at/uploads/tx_publicationlibrary/RR143.pdf [abgerufen am 04.11.2016].
- Kuhrt, Nicola & Schwentker, Björn 2008: Es gibt keine „geheimen“ Projekte. Gespräch mit der damaligen Bundesforschungsministerin Annette Schavan. DIE ZEIT, 04.12.2008 Nr. 50. <http://www.zeit.de/2008/50/N-Sicherheit-Interview> [abgerufen am 11.11.2016].
- Prognos 2012: Zwischenevaluation des Regierungsprogramms „Forschung für die zivile Sicherheit“. Endbericht, im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Berlin. http://www.sifo.de/files/Endbericht_Zwischenevaluation_Programm_zivile_Sicherheitsforschung-barrierefrei.pdf [abgerufen am 08.11.2016].
- Sitte, Petra 2014: Sicherheitsforschung und ihre Förderung durch die Bundesregierung. In: Daase, Christopher et al.: Politik und Unsicherheit: Strategien in einer sich wandelnden Sicherheitskultur. Frankfurt a. M., New York: Campus, S. 289 - 294.

Stand der Praxis, anwendungsorientierte Konzepte und Expertensprache als Schlüsselaspekte guter angewandter Sicherheitsforschung

Johannes Sautter

Im Bereich Sicherheit und Bevölkerungsschutz wird in den Ingenieurs- und Naturwissenschaften sowie Sozial- und Geisteswissenschaften viel Forschung betrieben. Hierbei stellt sich die Frage, was gute Forschung in diesem Bereich auszeichnet. Basierend auf Erfahrungen langjähriger Forschungsarbeit in nationalen und internationalen Kooperationen zwischen Hilfsorganisationen und Behörden sowie in einem Forschungsinstitut geht dieser Abstract vornehmlich auf Aspekte **einer guten angewandten Sicherheitsforschung** ein. Angewandte Forschung hat hierbei grundsätzlich zum Ziel bereits existierende Erkenntnisse der Grundlagenforschung zu nutzen und ausgereifte und direkt einsatzfähige Konzepte zu erarbeiten, die Praktikern einen Mehrwert in Bezug zu ihrer bisherigen Arbeitsweise bieten. Im Folgenden werden drei wesentliche Herausforderungen guter angewandter Sicherheitsforschung beschrieben:

1. Kritische Abläufe, Arbeitsergonomie und altruistische Motivation

Zunächst wird in einem Bereich geforscht, der durch zeitkritische Abläufe gekennzeichnet ist, in denen Fehler zwischen Leben und Tod entscheiden können. Ein wesentliches Charakteristikum ist außerdem die ehrenamtliche Prägung insbesondere der Bevölkerungsschutzstrukturen, was an Forschungsergebnisse sehr hohe arbeitsergonomische Anforderungen stellt und gleichzeitig eine meist altruistische Motivation der Akteure mit sich bringt (Sautter et al 2014a).

2. Die Erhebung des Standes der Praxis erweitert den Forschungsprozess

Denkt man weiterhin im klassischen Forschungsprozess, so ergibt sich neben der Grundanforderung, den internationalen Stand der Forschung ausgiebig zu kennen, auch die Notwendigkeit, die aktuelle Praxis in den unterschiedlichen BOS vor Ort nicht nur zu verstehen, sondern fundiert aufzuarbeiten und daraus resultierende Unzulänglichkeiten zu adressieren. Erst auf dieser Basis kann die Forschung Lösungskonzepte adaptieren und entwickeln und diese mit Experten aus Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) diskutieren, weiterentwickeln und testen. Eine Notwendigkeit, welche mit Blick auf die Arbeitswirklichkeit von Wissenschaftler*innen nur allzu häufig vernachlässigt wird.

3. Hohe Reifeanforderungen und Sprache der Experten

Da Marktzugänge in dem öffentlich dominierten Bereich sehr schwierig sind, ergeben sich hier zum einen hohe Anforderungen an die Reife von (prototypischen) Konzepten aus der Sicherheitsforschung. Zum anderen kommt es durch die oftmals fehlende Übertragung von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen in die Sprache der Praktiker (bspw. Checklisten, taktische Zeichen) zu einer Nicht-Nutzung oder zu Akzeptanzeinbußen. Ehrenamtliche Kräfte vor Ort müssen oftmals mit unterschiedlicher Verfügbarkeit von Personen und Ressourcen vorliebnehmen. Dieser Anforderung sollte durch flexible Konzepte der Sicherheitsforschung Rechnung getragen werden.

Gute vs. schlechte Sicherheitsforschung

Betrachtet man nun die unterschiedlichen Dimensionen, auf die das Adjektiv »gut« bezogen werden kann, wie beispielsweise fundierte Methodik, ethische Reflektiertheit oder gute Funktionalität, so sollte selbstverständlich ein Mehrklang daraus angestrebt werden. Fragt man sich andersherum, was denn schlechte Sicherheitsforschung auszeichnen würde, so kann man dies im Sinne dieses Abstracts wie folgt exemplarisch beschreiben: Schlechte Sicherheitsforschung arbeitet zwar mit fundierten wissenschaftlichen Methoden, bleibt mit ihren Erkenntnissen aber auf akademischer Ebene und geht nicht auf die sehr lokal ausdifferenzierten Charakteristika und Anforderungen der BOS ein. Schlechte Forschungsergebnisse könnten zudem technische Prototypen sein, die zwar die grundsätzliche Funktionsweise aufzeigen, jedoch in keiner Weise existierende Zuständigkeiten und Arbeitsabläufe der Behörden und Organisationen berücksichtigen. Weiterhin wird dem Nutzer vom System des Prototypen nur wenig Rückmeldung in Form kryptischer Fehlermeldungen gegeben. Nutzungserlebnis und selbsterklärende Bedienbarkeit sind unzureichend gegeben. Eine Nutzung wäre nicht für Ehrenamtliche und nur mit ausgiebiger Schulung möglich. Bei Stromausfall oder den in Einsatzsituationen ständig auftretenden Unterbrechungen bestünde das Risiko des Scheiterns der Einsatzbewältigung.

Einsatztaktik, Trainingskonzepte, gemeinsame Entwicklung von Organisation und Technik

Auf der Basis ethischer Grundlagen und der Schlüsselaspekte „Stand der Praxis“ und „Sprache der Praktiker“ sollte Sicherheitsforschung anwendungsorientierte Konzepte für Themen erarbeiten, die Experten aus den BOS bewegen. Beispiele sind neue einsatztaktische Konzepte, beispielsweise im Bereich Katastrophenmedizin oder einheitliche taktische Schnittstellenkonzepte für stadt- bzw. landkreisübergreifende Zusammenarbeit (DRK 2012). Im Bereiche Trainingskonzepte gibt es beispielsweise den Bedarf, eine Kultur des Lernens aus Fehlern in Orts- und Kreisverbänden von Hilfsorganisationen oder bei Freiwilligen Feuerwehren zu etablieren. Wichtig ist es hier im Konkreten die ehrenamtlichen Strukturen zu bedenken und beispielsweise bei Evaluationskonzepten das Prinzip der Fairness hoch zu halten (Sautter et al 2014b). Im Bereich Mensch-Technik-Interaktion ist die besondere Kritikalität, die Systeme im Bereich Sicherheit und Bevölkerungsschutz zweifellos aufweisen, noch weitgehend unerforscht. Hier besteht der Bedarf einfach zu erlernende, flexibel einsetzbare und höchst effizient bedienbare Systeme zu erstellen, die überdies noch robust sind und sich intelligent an komplexe Situationen anpassen (Mentler et al. 2014; Nestler 2014). Eine mögliche Forschungsagenda wäre es, diese komplexen Anforderungen durch konkrete Standards für Interaktionskonzepte, Eignungsprüfungen sowie Zertifizierungen und Audits von Entwicklungsprozessen handhabbar zu machen. Zur Umsetzung von Zukunftsvisionen wie automatischer organisationsübergreifender Datenaustausch zwischen BOS sind ferner rechtliche und politische Rahmenbedingungen, Standards und gemeinsame Entwicklung von Organisation und Technik notwendig.

Literatur

- Deutsches Rotes Kreuz (2012): Zukünftige Schwerpunkte und Forschungsbedarfe im Deutschen Roten Kreuz, Newsletter – Neues aus der Sicherheitsforschung, 2012.
- Mentler, T.; Herczeg, M. (2014): Mensch-Maschine-Systeme im resilienten Krisenmanagement. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag (Mensch und Computer 2014 Workshopband). Online verfügbar unter <http://www.imis.uni-luebeck.de/publikationen/MuC-2014-Resilience.pdf>, zuletzt geprüft am 13.06.2016.
- Nestler, S. (2014). Evaluation der Mensch-Computer-Interaktion in Krisenszenarien / Evaluating humancomputer-interaction in crisis scenarios. In J. Ziegler (Ed.), I-com, 13(1), 53–62.
- Sautter, J., Hofer, J., Wirth, S., Engelbach, W., Max, M., Tenso, T., & Bracker, H. (2014a). Local-specific resource planning for mass casualty incidents. Proceedings of the 11th International ISCRAM Conference, University Park, Pennsylvania, USA <http://www.iscramlive.org/ISCRAM2014/papers/p152.pdf>.
- Sautter, J., Habermann, M., Frings, S., Schneider, F., Schneider, B., & Bracker, H. (2014b). Übungsunterstützung für Einsatztrainings des Massenanfalls von Verletzten (MANV). Gesellschaft für Informatik, Bonn: Informatik. http://publica.fraunhofer.de/eprints/urn_nbn_de_0011-n-3236513.pdf.

Mehr zivilgesellschaftliche Forschungsbeteiligung für eine gute zivile Sicherheitsforschung

Frank Balzer

Zur Frage (allgemeiner) Rahmenbedingungen einer guten zivilen Sicherheitsforschung (GZSF) rückt vor allem der interdisziplinäre Charakter des Rahmenprogramms „Forschung für die zivile Sicherheit“ in den Vordergrund. Aus dem interdisziplinären Charakter resultiert eine große Vielfalt an Forschungsakteuren, die jeweils partikulare Interessen vertreten. In diesem Zusammenhang kann man von polyzentrischen Strukturen innerhalb des Forschungsprogramms ausgehen, in denen Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft die entscheidenden Interessenvertretungen darstellen. Deren Zusammenarbeit im Sicherheitsforschungsprogramm wird im Sinne eines „Mode 2“ (Gibbons et al. 1994) bzw. „Mode 3“ (Carayannis, Campbell 2012b) der wissenschaftlichen Arbeit verstanden. Forschung wird hier in zeitlich begrenzten Projekten problemorientiert, kontextualisiert, inter- und transdisziplinär, multi-akteuriell, flexibilisiert etc. durchgeführt. Im Gegensatz dazu steht die disziplinär orientierte Grundlagenforschung eines „Mode 1“ (Carayannis, Campbell 2012a). In einer GZSF sollten alle vier der o.g. Interessenvertretungen gleichbedeutend beteiligt sein, um innovative Forschung zeitgemäß voranzubringen. Meine zentrale These in diesem Zusammenhang lautet: Zivilgesellschaftliche Forschungsbeteiligung, als wichtiger Bestandteil innovativer Forschung, findet bisher im BMBF-Förderprogramm „Forschung für die zivile Sicherheit“ in einem noch zu geringen Umfang statt und bedarf einer gezielten Förderung.

Gegenwärtiger Stand

Wissenschaft, Politik und gesellschaftliche Öffentlichkeit müssen neue, innovative Wege finden, um mit dem Dilemma zwischen steigender Verantwortung für die Folgen wissenschaftlicher Forschung auf der einen Seite, zunehmendem Nichtwissen dieser Konsequenzen auf der anderen in einer produktiven, transparenten und demokratisch legitimen Weise umgehen zu können. (Böschen 2004, S. 110)

Zwölf Jahre nach diesem Postulat des bekannten Innovationsforschers Stefan Böschen scheint das von ihm angesprochene Dilemma noch immer ein zentrales Problem der geförderten Forschung und somit auch einer GZSF zu sein. Trotz ihrer demokratisch legitimierenden Wirkung wird Zivilgesellschaft¹⁰ in der Forschungsförderung bisher kaum als Co-Produzent und Co-Designer in die Forschung mit eingebunden. Bei einer Lösung des Dilemmas steigender Verantwortung und gleichzeitig wachsender nicht-intendierter Folgen in der Forschung rücken zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGO) als wichtiges Scharnier im Dialog mit der Öffentlichkeit in den Fokus. Im Folgenden werden diesbezüglich die zentralen Handlungsbedarfe und erste Lösungsansätze vorgestellt, um darauf aufbauend eine Zukunftsperspektive für eine GZSF mit neuen Partnern aus der Zivilgesellschaft zu entwickeln.

¹⁰ Zivilgesellschaft umfasst laut Handlexikon der EU: Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände („Sozialpartner“), Nichtregierungsorganisationen, Berufsverbände, gemeinnützige Einrichtungen, gesellschaftliche Basisgruppen und Organisationen, über die sich die Bürger am lokalen und kommunalen Leben beteiligen, insbesondere Kirchen und Religionsgemeinschaften. In der Rolle als Endanwender sind zwar bereits einige zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGO) im Sicherheitsforschungsprogramm beteiligt (bspw. DRK und Freiwillige Feuerwehren), doch diese bilden nur einen kleinen Teilbereich der hier definierten ZGO ab.

Von gesellschaftlichen Dimensionen zu gesellschaftlichen Innovationen

Die Sicherheitsforschung sieht sich mit Problemen konfrontiert, die sich nicht nur mit technologischen Innovationen lösen lassen. Die durch das BMBF geförderte „Forschung für die zivile Sicherheit“ adressiert den „Schutz der Bürgerinnen und Bürger“ sowie die „gesellschaftliche Sicherheit“ als zentrale Ziele der beiden bisherigen Förderperioden (BMBF 2007, 2012). Gleichzeitig sind die eindeutigen instrumentalen Ziele der Forschungsförderung die Vermarktung von innovativen Technologien sowie die gezielte Einbindung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und Endanwendern. Um diese unterschiedlichen Zielsetzungen besser vereinbaren zu können, wurden bereits die gesellschaftlichen Aspekte der Sicherheitsforschung durch die gesonderten Ausschreibungen zu den „Gesellschaftlichen Dimensionen der zivilen Sicherheitsforschung“ hervorgehoben betrachtet. So sehr dies auch zu unserem Verständnis von gesellschaftlichen Parametern und Folgen neuer Sicherheitslösungen gedient und eine Diskussion des Sicherheitsbegriffes und seiner Konstruktion angestoßen hat, so sehr blieb diese Diskussion jedoch immer im Akademischen verhaftet. Zur Fortschreibung des nationalen Sicherheitsforschungsprogramms und zur Erreichung seiner oben genannten grundlegenden Ziele muss als nächster Schritt die organisierte Zivilgesellschaft selbst als aktiver Partner in die Forschung mit einbezogen werden, um praxisnahe und -taugliche Innovationen zu erreichen.

Neue Partnerschaften für mehr Akzeptanz und Reichweite von Sicherheitsforschung

Neben der bereits erwähnten niedrigen Forschungsbeteiligung von ZGO fallen auch qualitative Defizite auf, die in Richtung einer ‚Feigenblatt‘-Funktion und einer nicht ausreichenden Repräsentanz zivilgesellschaftlicher Belange durch die bereits beteiligten ZGO in der Sicherheitsforschung deuten (Balzer, Henseler 2016). Es bedarf einer direkten Einbindung unterschiedlichster ZGO (incl. der Betroffenen, Kritiker und Bürgerinitiativen), am besten schon im Ideenbildungs- und Entwicklungsprozess. Dadurch können nicht nur potentielle Risiken und Akzeptanzprobleme von Innovationen früher erkannt und schon im Designprozess adressiert werden. Es können ebenso die Forschungsergebnisse tiefer in die Öffentlichkeit getragen werden. Dies geschieht jedoch ohne dabei der Innovationsdynamik der Forschung eine opponierende Moral entgegenzusetzen, sondern vielmehr um diesen vermeintlichen Gegensatz zu entschärfen (van den Daele 2013). Zusätzlich besitzen ZGO als Institutionen das größte Vertrauen in der deutschen Bevölkerung (Freise, Pomper 2014).¹¹ Nicht zuletzt auch deswegen werden sie als „Transmissionsriemen für die Politik“ (Ober 2014; Kohler Koch, Quitkatt 2011) angesehen. Dies unterstreicht nicht nur ihre deliberierende Rolle bei der Co-Produktion von wissenschaftlichem Wissen, sondern macht sie so auch zu wichtigen Partnern in der Forschung.

Aktive Einbindung der Zivilgesellschaft in die Sicherheitsforschung

Zunächst ist der hier gesetzte Rahmen offenzulegen: Es geht im Kern um die aktive Einbindung von ZGO als Forschungspartner und Interessenvertreter für zivilgesellschaftliche Belange innerhalb des BMBF-Sicherheitsforschungsprogramms und dessen Forschungsprojekten. Zu den verschiedenen Partizipationsformaten, die hingegen für die breitere und nicht-organisierte Zivilgesellschaft bereitstehen, gibt beispielsweise das kürzlich erschienene „Grundsatzpapier des BMBF zur

¹¹ Aktuelle Statistiken dazu finden sich beispielsweise im Edelman Trust Barometer 2016. URL: [<http://www.edelman.de/de/studien/articles/trust-barometer-2016>].

Partizipation“ (BMBF 2016) einen sehr guten Überblick. Die dort vorgestellten Formate reichen von reiner Information über Konsultation bis hin zur Mitbestimmung der Zivilgesellschaft, etwa innerhalb spezifischer Arbeitsgruppen, Planungszellen o.ä. Formaten. Der hier gewählte Ansatz geht allerdings über diese klassischen Partizipationsformate hinaus und ist dem o.g. Verständnis eines ‚Mode 3‘ der Produktion wissenschaftlichen Wissens geschuldet, in dem die Zivilgesellschaft neben Wissenschaft, Politik und Wirtschaft in die Forschungsaktivitäten sowie -politik aktiv mit einbezogen wird.

Um in diesem Sinne ZGO als Co-Produzenten im Sicherheitsforschungsprogramm etablieren zu können, sollten vor allem die Rahmenbedingungen der Partizipation für die ZGO innerhalb der Forschungsprozesse anvisiert werden. Dazu müssen zuerst die verschiedenen bisher aktiven Akteure in der Sicherheitsforschung in einer Bestandsaufnahme erfasst werden. Weiterführend beinhaltet die Bestandsaufnahme a) eine systematische Erfassung der Beteiligung von ZGO in der Sicherheitsforschung auf Projekt- und Programmebene, b) die Identifikation der Bereiche der Sicherheitsforschung ohne zivilgesellschaftliche Kooperationen einerseits und das Herausarbeiten erfolgreicher Vorbilder (z.B. ZGO-Endanwender wie DRK) andererseits und c) die Identifikation von potentiell interessierten ZGO, die bisher nicht aktiv am Forschungsprogramm beteiligt sind.

Daran anknüpfend muss konsultativ eine Strategie für eine akzeptiertere und anwendungsnähere Sicherheitsforschung mit dem Ministerium und den entscheidenden Interessenvertretungen (Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft) im Co-Design entwickelt werden.¹² Diese Strategie sollte auch die zentralen Ziele und die genauen Felder der Einbindung von organisierter Zivilgesellschaft bestimmen. Zur gezielten Umsetzung müssen schließlich konkrete Empfehlungen und Vorschläge für neue Richtlinien an das BMBF, im Speziellen an das Referat Sicherheitsforschung, die einzelnen Projektträger, die Koordinatoren der Forschungsprojekte sowie die organisierte Zivilgesellschaft selbst gerichtet werden.

Eine erste konkrete Maßnahme könnte sein, für bestimmte Ausschreibungen die Teilnahme eines zivilgesellschaftlichen Konsortialpartners verpflichtend zu machen. Als Vorbild dienen die bereits erfolgreichen Beteiligungsmaßnahmen bei den Endanwendern. Durch eine solche Starthilfe würde, nicht zuletzt auch aufgrund der guten Vernetzung der ZGO untereinander, mehr Aufmerksamkeit für das Thema der zivilen Sicherheit bei den ZGO erzeugt werden. Zu diesem Zweck sollten gezielt Schirmorganisationen als Multiplikatoren genutzt werden. Wichtig wäre es auch ein Netzwerk aus ZGO mit Interesse an ziviler Sicherheitsforschung zu initiieren. Als Zwischenschritt zur besseren Integration in die bereits bestehende Community bieten sich interaktive Workshop-Formate zu relevanten Themen an, wie bspw. das World Café oder die Zukunftswerkstatt. Wenn gezielt neue Akteure aus dem ZGO Bereich mit bereits aktiven Akteuren anderer Bereiche eingeladen werden, kann dabei eine bessere Vernetzung stattfinden. Mit Hilfe dieser weiterführenden Maßnahmen zur Einbindung der Zivilgesellschaft in die Sicherheitsforschung wären übergreifend zusätzliche wichtige Schritte hin zu einer deliberativen Forschungspolitik gemacht, die zivilgesellschaftliche Belange gleichbedeutend mit Innovation und wirtschaftlichem Erfolg in den Mittelpunkt stellt. Das Korrektiv der aktiven Einbindung von Zivilgesellschaft in den Forschungsprozess erscheint diesbezüglich als gewinnbringender Effekt für alle beteiligten Akteure und nicht zuletzt auch für die „[...] *Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger* [...]“ (BMBF 2012, S. 4) als finalen Adressaten der Forschung.

¹² Vorbilder könnten die Nationalen Plattformen Zukunftsstadt (NPZ) und Energiewende (NPE) sein.

Literatur

- Balzer, Frank; Henseler, Christoph (2016): Civil Society Organisation (CSO) participation in the European Security Research Programme (ESRP). *Magdeburger Journal zur Sicherheitsforschung*, 11, 691–698.
- Böschen, Stefan; Wehling, Peter (2004): *Wissenschaft zwischen Folgenverantwortung und Nichtwissen. Aktuelle Perspektiven der Wissenschaftsforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2007): *Forschung für die zivile Sicherheit*. Programm der Bundesregierung. Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2012): *Forschung für die zivile Sicherheit 2012-2017*. Rahmenprogramm der Bundesregierung. Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2016): *Grundsatzpapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Partizipation*. Berlin.
- Carayannis, Elias G.; Campbell, David F.J. (2012a): Lineare und nicht-lineare Knowledge Production: innovative Herausforderungen für das Hochschulsystem. *Zeitschrift für Hochschulentwicklung*, S. 64-72.
- Carayannis, Elias G.; Campbell, David F.J. (2012b): Mode 3 Knowledge Production in Quadruple Helix Innovation Systems, *SpringerBriefs in Business* 7.
- Freise, Matthias; Pomper, Florian (2014): Im Mainstream angekommen und dennoch großes Potential: Zivilgesellschafts- und Nonprofit-Forschung in Deutschland und Österreich. In: Zimmer, Annette E.; Sima, Ruth (Hrsg.): *Forschung zu Zivilgesellschaft, NPOs und Engagement. Quo vadis?*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 331-343.
- Gibbons, Michael; Limoges, Camille; Nowotny, Helga; Schwartzman, Simon; Scott, Peter; Trow, Martin (1994): *The New Production of Knowledge: The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies*. London: Sage.
- Kohler-Koch, Beate; Outkatt, Christine (2011): *Die Entzauberung partizipativer Demokratie*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Ober, Steffi (2014): *Partizipation in der Wissenschaft: Zum Verhältnis von Forschungspolitik und Zivilgesellschaft am Beispiel der Hightech-Strategie*. München: Oekom.
- Van den Daele, Wolfgang (2013): *Moralisierung in Technikkonflikten*. In: A. Bogner (Hg.): *Ethisierung der Technik - Technisierung der Ethik. Der Ethik-Boom im Lichte der Wissenschafts- und Technikforschung*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos (Schriftenreihe "Wissenschafts- und Technikforschung", Bd. 11) S. 29-50.

4. Was sind spezifische Rahmenbedingungen einer GZSF?

Darstellung der Diskussionen und Ergebnisse

Die erste Arbeitsphase nach der Kennenlernrunde beschäftigte sich mit dem Thema der spezifischen Rahmenbedingungen für Nachwuchswissenschaftler*innen in der zivilen Sicherheitsforschung. In drei Diskussionsrunden wurden Ansichten und Erfahrungen zum aktuellen Zustand, den daraus resultierenden Herausforderungen und Anregungen für Zukunftsentwicklungen gesammelt. Damit ist der folgende Text als Momentaufnahme einer kleinen Gruppe zu verstehen, der folglich weder Anspruch auf Vollständigkeit noch auf Allgemeingültigkeit erhebt.

Sicherheitsforschung ist keine klassische Disziplin wie beispielsweise Physik, Literaturwissenschaften oder Soziologie. Sie vereint und kombiniert Teile diverser Fachbereiche wie Soziologie, Psychologie, Physik und Ingenieurwissenschaften. Forscher*innen aus unterschiedlichen Fächern mit unterschiedlichen Ausbildungen und Erfahrungen kooperieren. Des Weiteren ist die Sicherheitsforschung eine angewandte Wissenschaft, deren Themen oft von den Endanwendern und deren Themenfelder von der Politik vorgegeben werden. Dabei werden technische Projekte häufiger nachgefragt und gefördert als sozialwissenschaftliche Untersuchungen.

Doktorandenstellen werden nur teilweise voll finanziert. Häufiger müssen Promovierende Stipendienprogramme suchen oder neben der Promotion in Teilzeit an anderen Projekten arbeiten. Solche Stellen sind meist befristet, da viele aus Drittmitteln finanziert werden. Dies zieht diverse Abhängigkeiten nach sich, beispielsweise zu Arbeitgebern, Geldgeberinnen, Betreuern, aber auch zum Projektverlauf und dem Zugang zu Arbeitsmitteln und Ressourcen. Zudem lassen sich selten die Ergebnisse aus den Projekten für eine Promotion verwenden, sodass Synergieeffekte ausbleiben.



Ferner soll es auch vorkommen, dass der Teilzeit-Projektarbeit so viel Aufmerksamkeit entgegengebracht werden soll, dass eine Promotion nebenbei oft nur schwer möglich ist. Dazu kommt in der Regel noch der Anspruch auf Exzellenz bei knappen Zeitvorgaben. Zum Nachweis der Exzellenz wird oft eine hohe Anzahl an Veröffentlichungen gefordert. Je nach Sensibilität des bearbeiteten Themas ist es aus Sicherheitsgründen jedoch nicht immer möglich, überhaupt Inhalte der eigenen Arbeit zu veröffentlichen. Dieses Paket von Herausforderungen führt zuweilen zu Perspektivlosigkeit hinsichtlich sozialer Sicherheit, Familienplanung, der Karriere und damit der eigenen Existenz.

Auf der Ebene institutioneller Belange wurde angeregt, dass Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für den wissenschaftlichen Nachwuchs gestärkt werden könnten. Explizit wurden permanente Vertretungen in höheren Hierarchieebenen vorgeschlagen. Des Weiteren wurde bemängelt, dass Expertise oft verloren gehe, da erfahrene Personal sein Wissen zu wenig an den Nachwuchs weitergebe. Dem könnte mit einem Förderprogramm begegnet werden, das nicht neue Projekte in den Vordergrund stellt, sondern den Freiraum schafft, Nachwuchs mit den Erfahrenen parallel mitarbeiten zu lassen.

Eine weitere Maßnahme, von der die Sicherheitsforschung profitieren könnte, ist die weitere Stärkung interdisziplinärer Zusammenarbeit und Verständigung. Dazu wurden als aussichtsreiche Formate unter anderem Treffen wie die des Graduierten-Netzwerkes sowie Workshops wie der zur Sprache der Sicherheit genannt. Überhaupt erscheint es von zentraler Bedeutung zu sein, dass die an der Sicherheitsforschung beteiligten klassischen Disziplinen sich besser kennenlernen. Dies könnte beispielsweise die Rolle der Geistes- und Sozialwissenschaften stärken und sie langfristig von dem oft bemängelten Stigma der „Begleitforschung“ befreien. Ein umfassenderes Verständnis, das über die Grenzen der eigenen Disziplin hinausgeht, kann außerdem dabei helfen, bei Ausschreibungen sowohl gesellschaftlich als auch wissenschaftlich relevante Themen zu identifizieren. Eine bessere Vernetzung der Disziplinen könnte zudem durch verstärkte Förderung von Querschnittsthemen und transdisziplinären Sonderforschungsbereichen erreicht werden.

Wie immer, wenn Wünsche zur Verbesserung einer Situation geäußert werden dürfen, ist auch der Vorschlag einer verstärkten Finanzierung dabei. Als konkrete Instrumente wurden hier genannt die Förderung von noch mehr Nachwuchsgruppen, Stipendien für den Bereich der Sicherheitsforschung, Unterstützung bei der Bewerbung auf Projektausschreibungen sowie die Finanzierung von Grundlagenforschung einschließlich Doktorandenstellen in diesem Bereich.

Die folgenden drei Abstracts werfen einen Blick in die für das Graduierten-Netzwerk vielleicht wichtigste Frage: „Was sind die für Nachwuchswissenschaftler*innen spezifischen Rahmenbedingungen einer GSFZ?“. Den Anfang macht Florian Brauner mit einem Text über die Notwendigkeit kontinuierlicher Veränderung innerhalb der zivilen Sicherheitsforschung. Diese bedarf einer Interdisziplinarität, die ernstgenommen wird und sich immer wieder selbst hinterfragt. Um dies aber zu ermöglichen bedarf es einer Förderung von interdisziplinärem Austausch, die bereits an der Hochschule beginnt. Isabelle Brantl thematisiert demgegenüber das Spannungsfeld wissenschaftlicher Ansprüche und der individuellen Wahl von Forschungsthemen. So steht der legitimierende Rückhalt politisch geteilter Themen einem diversen Ansatz gegenüber, der zwar weniger zielgerichtet ist, dafür aber eine breite Bearbeitung von Themen erlauben könnte. Den Abschluss bilden Martin Schmetz und Max Hoffmann, die mit ihrer Arbeit noch einmal allgemeiner die Frage nach output- und inputlegitimierter, aber auch induzierter Forschung stellen. Ein Problem, dem sich in der Entscheidung von Karriere und Interesse fast jede*r Nachwuchswissenschaftler*in einmal gegenüber sieht.

Der kontinuierliche Veränderungsprozess der Sicherheitsforschung – Erfolgsfaktoren einer „guten zivilen Sicherheitsforschung“

Florian Brauner

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat erstmals 2007 ein eigenes Rahmenprogramm „Forschung für die zivile Sicherheitsforschung“ etabliert und mit einem Eigenmittelbudget von über 470 Millionen Euro die Forschung in diesem Bereich vorangetrieben (BMBF 2016a). Mit diesem Programm reagiert die Bundesregierung auf die immer komplexeren Wirkzusammenhänge von Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Bedrohungen von innen und außen, beispielsweise durch Naturkatastrophen oder organisierte Kriminalität.

Dabei unterlag die inhaltliche Gestaltung der einzelnen Bekanntmachungen innerhalb des Programms unterschiedlichen Trends und Entwicklungen. So haben sowohl sicherheitsrelevante Ereignisse, politische Diskussionen als auch technologische Entwicklungen diesen Prozess begleitet und geprägt. Dabei entstand ein immer stärker zusammenwachsendes Verständnis der relevanten Faktoren und Strukturen der Sicherheitsforschung in Deutschland und eine bedarfsorientierte Anpassung der Förderbekanntmachungen. Diese Entwicklung ist beispielsweise an der „wissenschaftlichen Karriere“ der Begriffe „Vulnerabilität“ und „Resilienz“ in den letzten Jahren erkennbar (Norf 2015). So zeigt sich eine Entwicklungstendenz von z.B. szenariobasierten Schutzkonzepten kritischer Infrastrukturen hin zu ganzheitlichen Ansätzen der (System-)Resilienz, bei der immer mehr die Widerstandsfähigkeit eines Systems im Kontext anderer benachbarter und verschalteter Systeme betrachtet wird. Solche Entwicklungen erfordern ein hohes Maß an fundiertem Wissen über die komplexen Systeme selbst sowie ein Verständnis über die schnelle Dynamik, in der sich die Welt heute entwickelt.

Der Anspruch der Sicherheitsforschung

Die zivile Sicherheitsforschung (SiFo) hat für sich den Anspruch u.a. anwendungsnah zu sein (BMBF 2016b) und einen konkreten Mehrwert für die Sicherheit der Zivilbevölkerung darzustellen. Dieses Hauptziel impliziert, dass Wissenschaftler der Sicherheitsforschung enger als in vielen anderen Forschungsdisziplinen mit Endwendern zusammenarbeiten müssen, um eine Überführung der wissenschaftlichen Ergebnisse im Sinne einer Verwertung sicherzustellen. Was bedeutet dies konkret und wer sind dabei die Endanwender? Diese Frage ist oft nicht eindeutig: So kann der SiFo-Projekt-Endanwender die zivile Bevölkerung sein oder aber „Sicherheitsproduzenten“ einer Dienstleistung, eines Produkts oder auch Akteure der Einhaltung rechtlicher Gesetze (öffentliche Ordnung), sprich produzierende Industrie, Dienstleister, Behörden oder Hilfsorganisationen etc. Bei der notwendigen engen Zusammenarbeit avancieren sich die Forscher zu Sicherheitspartnern im Rahmen der konzeptionellen Weiterentwicklung von Technologie, Wissen und Knowhow und werden zu Beratern mit dem gemeinsamen Ziel den Schutz der Zivilbevölkerung zu verbessern. Aber auch die Endanwender untereinander vernetzen sich zunehmend. So sind im Kampf gegen organisierte Kriminalität oder Terrorismus Sicherheitskooperationen immer wichtiger geworden, die aus den verschiedenen Gefahrenabwehrbehörden (mit unterschiedlichen Zuständig- und Verantwortlichkeiten), den unterschiedlichen Verwaltungsgliederungen und den Betreibern von kritischen Infrastrukturen bestehen. Die Vernetzung der Forschung mit diesen Gremien ist erstrebenswert.

Das Problem mit der Trans-/Interdisziplinarität

Auf den ersten Blick sieht diese „Anwendungsnahe“ vielversprechend aus, kann jedoch in der Praxis zu Problemen führen: Die Fülle an Verflechtungen mit unterschiedlicher Zielausprägung und Interessen prallen aufeinander! Verschiedene Arbeitsweisen, Prioritäten und inkongruente Ziele führen oft sowohl bei jungen als auch erfahrenen Wissenschaftlern zu Missverständnissen und bei mangelnder Kommunikation zu großen Herausforderungen für die Erreichung eines nicht nur wissenschaftlichen Mehrwerts, sondern auch „zivilen Mehrwerts für die Bevölkerung“.

Selbst die Herausforderung in der Wissenschaft zwischen den einzelnen Disziplinen zusammenzuarbeiten und eine einheitliche Semantik zu finden, zeigt auf, dass in der zivilen Sicherheitsforschung angewandte Forschung auf höchstem kooperativem Niveau gefordert wird und eine Struktur benötigt (Brauner 2016). Sofern diesen Herausforderungen innerhalb des Projekts und in Zusammenarbeit mit assoziierten Partnern nicht genug Beachtung geschenkt wird, zerfällt der Begriff der „Interdisziplinarität“ in Projekten zu einer Worthölse und Ergebnisse werden z.T. ohne Zusammenhang und „zivilen Mehrwert“ in Berichten niedergeschrieben.

Was macht in diesem Punkt eine „gute zivile Sicherheitsforschung“ aus?

Eine Lösung sollte gesucht werden in einem neuen Verständnis der zivilen Sicherheitsforschung mit ihren Charakteristika und Anforderungen an die Akteure. So sind die *Sicherheitswissenschaften* längst nicht mehr eine kleine „Nebenbei-Beschäftigung“ einzelner engagierter Professoren der unterschiedlichen Fachdisziplinen (z.B. Ingenieurwesen, Soziologie, Politikwissenschaften, ...), sondern eine „kognitive und soziale Einheit“ und damit eigenständige Wissenschaftsdisziplin. Defila und Giulio (1998) haben hierzu fünf weitere Schritte identifiziert, die neben einem gemeinsamen Forschungsgegenstand und -zwecke eine eigene Disziplin bilden:

1. ein relativ homogener Kommunikationszusammenhang (scientific community),
2. ein Korpus an Wissen (Aussagen, Erkenntnissen und Theorien),
3. Forschungsprobleme, die im jeweiligen Kontext relevant sind,
4. ein „set“ von Methoden, Vorgehensweisen und Problemlösungen und
5. einer spezifischen Karrierestruktur mit institutionalisierten Sozialisationsprozessen.

Inwiefern diese Eigenschaften bereits zutreffen und in welcher Ausprägung, wird zukünftig eine zentrale Rolle für die Entwicklung der Sicherheitsforschung spielen. Die *Sicherheitswissenschaften* als eigenständige Fachdisziplin benötigen die Anerkennung, sowohl in der Fachwelt als auch in der Hochschullandschaft, sodass wissenschaftlicher Nachwuchs gezielt entsprechend den o.g. Anforderungen ausgebildet werden kann.

Erfolgreiche Interdisziplinarität, die durch das Verwischen aller Grenzen zu „Transdisziplinarität“ wird, muss gelernt und gelebt werden in einem dafür vorgesehenen Umfeld. Einige Hochschulen wie beispielsweise die Bergische Universität Wuppertal haben bereits 1975 die unterschiedlichen sicherheitsrelevanten Disziplinen zusammengefasst und sich spezialisiert. Dieser Fachbereich wird stetig dem Bedarf angepasst und weiterentwickelt. Die enge Verzahnung von Wissenschaft und Endanwendern muss durch attraktive Förderbekanntmachungen, Netzwerkbildung, studentische Einbindung in den Unternehmen und weiteren Angeboten (gemeinsame Symposien, Ringvorlesung etc.) forciert werden, um eine vertrauensvolle Basis für die gemeinsame Sicherheitsforschung zu

schaffen. Wie wichtig diese vertrauensvolle Basis bereits im Vorfeld ist, lässt sich oft daran erkennen, dass bestimmte Hochschul-/Industrie-Kombinationen immer wieder in den verschiedenen geförderten Forschungsprojekten auftauchen. Es haben sich „Forschungsfreundschaften“ gebildet. Die vertrauensvolle Basis stabilisiert die Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen und ist ein Garant für „gute zivile Sicherheitsforschung“.

Hochschule als Initialmotor

Die Weiterentwicklung der Sicherheitsforschung als eigenständige Disziplin muss über die Hochschule und den wissenschaftlichen Nachwuchs vorangetrieben werden. Ein positives Beispiel zeigt die Nachwuchsarbeitsgruppenförderung des BMBF auf. So wird der Weiterentwicklungsprozess derzeit durch die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, bspw. durch die Bildung von neuen SiFo-Nachwuchsarbeitsgruppen an den Universitäten, vorangetrieben. Fünf neue Arbeitsgruppen werden im Jahr 2017 gebildet, die hoffentlich neben ihren eigenen Forschungszielen ebenfalls die künftigen Entwicklungen der Sicherheitsforschung mit berücksichtigen werden. Den beteiligten Hochschulen und deren Hochschulleitung sollte die Bedeutung dieser Fördermaßnahme für die Sicherheitsforschung als „Leuchtturm“ der Nachwuchsförderung bewusst sein. Eine Verstetigung des Personals sollte im Sinne der Nachhaltigkeit eine Grundvoraussetzung sein. Darüber hinaus ist der Autor der Auffassung, dass dies jedoch nur ein Anfang sein kann. In der „Wüste der Karriere-Perspektivlosigkeit“ für den akademischen Mittelbau ist das SiFo-Nachwuchsförderprogramm des BMBF nur „ein Tropfen auf dem heißen Stein“: Zukünftig ist über ein „SiFo Tenure-Track-Programm“ zu diskutieren, um die Sicherheitsforschung als eigenständige Disziplin an den Hochschulen fest zu verwurzeln und den ohnehin schwierigen Forschungsprozess, wie ihn bereits Alemann (1977) als Forschungsinsel illustrierte, nicht unnötig zu blockieren.

Dies steigert die Akzeptanz für die Wissenschaftsdisziplin „Sicherheit“ und führt langfristig zu bedarfsgerechten und etablierten Aus- und Weiterbildungskonzepten des wissenschaftlichen Nachwuchses für ein Prädikat „gute zivile Sicherheitsforschung“.

Literatur

- Alemann, H. v. (1977) *Der Forschungsprozeß – Eine Einführung in die Praxis der empirischen Sozialforschung*, Stuttgart. 1977.
- Brauner, F. (2016) *Securing Public Transportation - An Integrated Decision Analysis Framework for the Prevention of Terrorist Attacks as Example*. Springer Vieweg, Wiesbaden. S.1-3, 5-7.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2016a) *Sicherheitsforschung - Forschung für die zivile Sicherheit*; <https://www.bmbf.de/de/sicherheitsforschung-forschung-fuer-die-zivile-sicherheit-150.html>; zuletzt geöffnet 27.10.2016.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2016b) *Ziele des zivilen Sicherheitsforschungsprogramms*; <http://www.sifo.de/de/sicherheitsforschung-forschung-fuer-die-zivile-sicherheit-1693.html>; zuletzt geöffnet 27.10.2016.
- Defila, R. & Di Giulio, A. (1998) *Interdisziplinarität und Disziplinarität*. In Olbertz, Jan-Hendrik (Ed.) *Zwischen den Fächern — über den Dingen?* VS Verlag für Sozialwissenschaften. S.112.
- Norf, Celia (2015) *Vulnerabilität und Resilienz als Trends in der Risikoforschung*, Posterpreis, Graduierten-Netzwerks „Zivile Sicherheit“.

Partizipation und Vereinbarkeit als Herausforderungen für das Mehrebenenkonzept einer guten zivilen Sicherheitsforschung

Isabelle Brantl

Um dem normativen Urteil „gut“ im Rahmen von ziviler Sicherheitsforschung gerecht werden zu können, muss zunächst etabliert werden, welche Bedeutung „gut“ hier jeweils innehält. Daher ist eine genauere Betrachtung der einzelnen Ebenen „zivil“, „Sicherheit“ und „Forschung“ ratsam, um für das ganzheitliche Konzept der zivilen Sicherheitsforschung zu einem guten Ergebnis kommen zu können. Im Kontext von sozialwissenschaftlicher Forschung kann „gut“ mit „angemessen“ gleichgesetzt werden, sodass die Frage nach der Angemessenheit der Maßnahmen zur zivilen Sicherheitsforschung für alle drei Bedeutungsebenen im Raum stehen.

„Zivil“ als heterogene Interessensgruppe mit Differenzierungsanspruch an die Forschung

Durch die Beschreibung der Forschung als „zivil“ wird impliziert, breitere Interessen der Bevölkerung im Blick zu haben. Um dem Beisatz „zivil“ angemessen gerecht zu werden, müssen diese also berücksichtigt werden, wobei zu beachten ist, dass die Bevölkerung keinesfalls eine homogene Interessensgruppe darstellt, sondern sich vielmehr aus diversen Anliegen und Ansichten der Individuen zusammensetzt (vgl. Allen, Anderson 1995, 176). Eine (empirisch belegte) Annahme ziviler Forschung ist, dass Partizipation der Bevölkerung zu einer höheren Lebensqualität des Einzelnen führt, etwa durch die Mitgliedschaft in Vereinen (vgl. Wallace, Pichler 2008, 269). Jedoch findet auch „zivile“ Forschung zumeist nicht im radikal partizipativen Sinn mit der zivilen Bevölkerung als gleichberechtigten Partner*innen statt, sondern macht sie vielmehr zum Forschungsobjekt. Dies wird insbesondere dann als problematisch wahrgenommen, wenn sich der erforschte Teil der zivilen Bevölkerung bereits in stigmatisierten sozialen Positionen befindet (vgl. Piché et al. 2014, 450), wie etwa bei Gefangenen, Obdachlosen oder Prostituierten. Durch den weiteren Entzug der Handlungsmacht über die eigenen Empfindungen und Interessen durch die Erforschung von außen kann eine weitere Verschärfung des Ungleichgewichts drohen, sodass hier eine stärkere Partizipation der Erforschten (bis hin zu deren Einsatz als Forscher*innen) gefordert wurde (vgl. ebd.). Da dies aber oft praktisch nicht umsetzbar ist, sieht sich eine GZSF also mit der Problematik konfrontiert, die zivile Bevölkerung und ihre Interessen „angemessen“ zu erforschen bzw. vertreten „über die Köpfe“ derjenigen hinweg, die sie sich zum Gegenstand gewählt hat. Um diese Problematik zu adressieren, bietet es sich an zusätzlich zu den strenger reglementierten quantitativen Methoden in der zivilen Sozialforschung auch qualitative Methoden wie narrative Interviews einzusetzen, die durch die Offenheit ihrer Strukturen und die vergleichsweise schwachen Vorgaben den Proband*innen mehr Raum zur eigenen Gestaltung und folglich mehr Handlungsmacht über die eigene Darstellung bieten. Zudem ist es ratsam, durch einen sogenannten „Bottom-Up Approach“ die geäußerten Interessen und Fragestellungen der Zielgruppen zu erforschen, indem man sie selbst bei der Themenwahl zu Wort kommen lässt (etwa durch Interview-Vorstudien) (vgl. Iveson, Cornish 2015, 254).

„Sicherheit“ und der Zusammenhang zu subjektivem Erleben

Auf der Bedeutungsebene der „Sicherheit“ ergeben sich in der Feststellung „angemessener“ Herangehensweisen ebenfalls Schwierigkeiten, da der Begriff der Sicherheit trotz häufiger und steigender Verwendung nicht abschließend wissenschaftlich definiert ist (vgl. Endreß, Petersen 2012, 1). Üblicherweise versteht man Sicherheit als „die Abwesenheit von Gefährdung sowie den Erhalt der psychischen und physischen Unversehrtheit“ (ebd., 1). Die genannte Gefährdung wird seit der Neuzeit zunehmend mit physischen Übergriffen auf Körper und Eigentum gleichgesetzt, sodass das Konzept der Sicherheit im Alltagsverständnis der Bevölkerung mit der Kriminalität eng verwoben, allerdings nicht synonym zu verstehen ist (vgl. Birkel 2014, 23). Zudem umfasst Sicherheit nach dem subjektiven Empfinden der zivilen Bevölkerung sowohl die *realen* Gefährdungen als auch die *empfundene* Gefahren. Die Zweitgenannten werden sozialwissenschaftlich abgebildet im Sicherheitsempfinden sowie der Kriminalitätsfurcht und sind ihrerseits wiederum von diversen – etwa raumbezogenen (vgl. Gray et al. 2011, 89; Bornewasser, Köhn 2014, 19) oder demographischen (vgl. Cops, Pleysier 2011, 59; Bornewasser, Köhn 2014, 17) – Faktoren bestimmt. Somit sind Sicherheit und Sicherheitsempfinden zwei Konzepte, die mit Blick auf die zivile Bevölkerung nicht voneinander getrennt betrachtet werden können, da der Begriff über die Sicherung der Abwesenheit von Gefährdung (durch Kriminalität oder militärische Übergriffe) hinaus breiter verstanden werden kann und individuelle Sorgen, etwa bezüglich sozialer und wirtschaftlicher Faktoren, beinhaltet (vgl. Bukow, Steffen 2014, 71). „Sicherheit“ ist also ein mehrdimensionales Konzept, das neben gesellschaftsübergreifenden Faktoren (etwa landesweiten Kriminalitätsniveaus oder geltende Sicherheitspolitik) auch durch Mesofaktoren auf der Ebene der Gestaltung der Städte oder Stadtviertel sowie Mikrofaktoren wie dem Sicherheitsempfinden der Individuen beeinflusst wird (Bornewasser, Köhn 2014, 4). Die wahrgenommene Sicherheit, die unabhängig von der tatsächlichen Gefahrenlage ist, sollte daher in einer GZSF nicht vernachlässigt werden. Dieses Sicherheitsgefühl wird unter anderem durch das vermittelte Sicherheitsgefühl im Stadtviertel, aber auch durch demographische Faktoren wie Alter oder Geschlecht beeinflusst (vgl. Moran 2002, 274; Cops, Pleysier 2011, 59). Diese Faktoren sind jedoch nicht als biologische Determinanten des Sicherheitsempfindens (und der daran geknüpften Kriminalitätsfurcht) zu sehen, sondern vielmehr als Produkte der unterschiedlichen Sozialisierung und der medialen Berichterstattung (vgl. Cops, Pleysier 2011, 60 ff.). Insbesondere im Kontext der zunehmend kontingenten modernen Gesellschaft erscheint Sicherheit komplexer und verleitet zu einer neuen Lust an der Sicherung des Heims und Körpers (vgl. Garland 2001, 194). Um der Ebene der „Sicherheit“ in einer GZSF angemessen begegnen zu können, müssen diese individuellen, strukturellen und gesellschaftlichen Faktoren berücksichtigt werden, was die Gefahr einer überkomplexen Fragestellung birgt. Gelingt es jedoch dem komplexen, vielschichtigen Gebilde der „Sicherheit“ gerecht zu werden, bietet sich hier die Möglichkeit „gut“ im Sinne der zivilen Bevölkerung und der Sicherheit zu arbeiten.

„Forschung“ und die Vereinbarkeit der Themenwahl und der akademischen Ansprüche

Um eine GZSF auch im Sinne einer angemessenen Forschung zu betreiben, müssen die akademischen Standards eingehalten werden. Da diese aber, im Kontrast zu den Belangen der zivilen Bevölkerung und der Dimensionen des Sicherheitsbegriffs, reglementarisch festgehalten sind, bereitet die Überprüfung der Angemessenheit der gewählten Methode hier vergleichsweise wenig Schwierigkeiten. Zur Anleitung der unterschiedlichen Forschungsansätze gibt es diverse Standardwerke und Handbücher (vgl. etwa Flick 2011, Diekmann 2007), sodass „gute“ Forschungsstandards hier erreicht und überprüft werden können. Mit der Einhaltung der festgelegten

Regeln wird eine „gute“ Forschungsweise gesichert. Jedoch muss die Wahl der Forschungsmethoden des Forschungsgegenstands angemessen sein, sodass sich die Schwierigkeiten hier weniger in der Durchführung als vielmehr bei der thematischen Vereinbarkeit von einer Berücksichtigung ziviler Interessen, des umfassenden Sicherheitsbegriffs wie auch der damit einhergehenden Forschungsansprüche ergeben.

Eine GZSF setzt voraus, dass nicht nur die zahlreichen Ansprüche der einzelnen Ebenen erfüllt werden, sondern zusätzlich den möglicherweise entstehenden Widersprüchen in der Berücksichtigung der verschiedenen Konzepte durch die Theorie- und Methodenwahl angemessen begegnet wird. Im Bereich der zivilen Sicherheitsforschung ist es durch den Anspruch an die Forschung, Interessen der zivilen Bevölkerung zu erkennen und diese im Austausch mit den Bürger*innen zu untersuchen, möglich, neue Forschungsmethoden anzuwenden, etwa im Sinne einer Gruppenbeteiligung ziviler Berater bei der Wahl der Fragestellung. Dadurch ergibt sich nicht nur die Möglichkeit gute Forschung zu betreiben, sondern auch neue Wege zu erkennen und zu beschreiten. GZSF verlangt folglich ein hohes Maß an kritischer Selbstreflexion sowie eine wiederholte Überprüfung der eigenen Arbeit mit Blick auf die Bedarfe der verschiedenen erforschten Ebenen, um einen gelungenen Austausch zwischen Akademie und ziviler Gesamtbevölkerung zu fördern und die Qualität des gesellschaftlichen Lebens zu steigern. Durch das Hinterfragen etablierter Forschungsansätze und den Einsatz neuer Methoden, die sich Fragen der zivilen Sicherheit auf mehreren Ebenen nähern und die Interessen aller beteiligten Akteur*innen (inklusive der zivilen Gesellschaft) vertreten, kann ein Mehrwert generiert werden. Als eine Möglichkeit bieten sich hierfür Vorstudien im engen Austausch mit der Bevölkerung an, sodass das Forschungsdesign ideal der Zielgruppe angepasst werden kann. Insbesondere die Einbeziehung marginalisierter Gruppen ist hierbei wichtig, um ihrer Lebenssituation und ihren Bedarfen gerecht zu werden. In einer guten Sicherheitsforschung *für* die zivile Bevölkerung ist es daher sinnvoll *mit* der zivilen Bevölkerung zu forschen.

Literatur

- Allen, D.; Anderson, P. (1995) : "Perspectives on the 'New Sociology' of Consumer Research: Addressing the Structure/Agency Dilemma". In: *NA - Advances in Consumer Research*. Volume 22, Kardes, F. and Sujan, M. (Hrsg.), Provo, UT : Association for Consumer Research, Pages: 176.
- Birkel, C. (2014): „Gefährdungen durch Kriminalität in ‚offiziellen‘ Zahlen und subjektivem Erleben der Menschen: Polizeiliche Kriminalstatistik und Dunkelfeldbefragungen.“ In: Röllgen, J. (Hrsg.): „*Wie die Statistik belegt...*“ *Zur Messbarkeit von Kriminalitätsfurcht und (Un-)Sicherheit*. Tagungsband 5. SIRA Conference Series. 2014.
- Bornewasser, M.; Köhn, A. (2014): „Subjektives Sicherheitsempfinden – von soziodemografischen Unterschieden zu konkreten Handlungsempfehlungen auf kommunalpolitischer Ebene.“ In: Röllgen, J. (Hrsg.): „*Wie die Statistik belegt...*“ *Zur Messbarkeit von Kriminalitätsfurcht und (Un-)Sicherheit*. Tagungsband 5. SIRA Conference Series. 2014.
- Bukow, S.; Steffen, W. (2014): „Zusammenfassende Diskussion zum Themenbereich Sicherheitsempfinden“. In: Röllgen, J. (Hrsg.): „*Wie die Statistik belegt...*“ *Zur Messbarkeit von Kriminalitätsfurcht und (Un-)Sicherheit*. Tagungsband 5. SIRA Conference Series. 2014.
- Cops, D.; Pleysier, S. (2011): „'Doing Gender' in fear of crime. The Impact of Gender Identity on Reported Levels of Fear of Crime in Adolescents and Young Adults“. In: *British Journal of Criminology*, Vol. 51: 58-74.
- Diekmann, A. (2007): *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Rowohlt: Reinbeck, 2007.
- Endreß, C; Petersen, N. (2012): „Die Dimensionen des Sicherheitsbegriffs“. Im: Dossier Innere Sicherheit der Bundeszentrale für politische Bildung, unter <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/innere-sicherheit/76634/dimensionen-des-sicherheitsbegriffs?p=all> (letzter Zugriff: 09.11.2016).
- Flick, U. (2011): *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*. Rowohlt: Reinbeck, 2011.
- Garland, D. (2001): *The culture of control: crime and social order in contemporary society*. Oxford: Oxford University Press.
- Gray, E.; Jackson, J.; Farrall, S. (2011): „Feelings and Functions in the fear of crime. Applying a New Approach to Victimisation Insecurity“. In: *British Journal of Criminology*, Vol. 51: 75-94.
- Iveson, M.; Cornish, F. (2016): „Re-building Bridges: Homeless People's Views on the Role of Vocational and Educational Activities in Their Everyday Lives“. In: *Journal of Community & Applied Social Psychology*, Vol. 26: 253–267.
- Moran, L. (2002) 'The poetics of safety : lesbians, gay men and home' in Crawford, A. (Hrsg.) *Crime and Insecurity. The governance of safety in Europe*. London: Willan Publishing.
- Piché, J.; Gaucher, B.; Walby, K. (2014): "Facilitating Prisoner Ethnography: An Alternative Approach to "Doing Prison Research Differently". In: *Qualitative Inquiry*, Vol. 20, Nr. 4: 449-460.
- Wallace, C; Pichler, F. (2009): „More Participation, Happier Society? A Comparative Study of Civil Society and the Quality of Life.“ In: *Social Indicators Research*, Vol 93, 2: 255-274, Sept. 2009.

Gute zivile Sicherheitsforschung – Möglichkeiten einer Legitimität durch Kritik

Martin Schmetz und Max Hoffmann

Dominante Konzepte von Legitimität als Grundlage „guter“ Forschung

Das „gut“ in der guten zivilen Sicherheitsforschung (GZSF) bringt verschiedene Implikationen mit sich, die nicht immer einfach miteinander zu vereinbaren sind. Selbstverständlich bedeutet gute Sicherheitsforschung, dass sie dem Anspruch sauberer wissenschaftlicher Arbeit genügt – dies gilt allerdings für jede Forschung und ist nicht spezifisch für den Bereich der zivilen Sicherheit. Die Vorstellungen zu GZSF sind aus unserer Perspektive durch zwei Ausprägungen gekennzeichnet, die sich beide aus dem Konzept der Legitimität ableiten lassen. Wir unterscheiden in der vorliegenden Ausführung einerseits Legitimität als *empirisches* Konzept (vgl. Dingwerth 2004, 7), d. h. als Akzeptanz der Ergebnisse ziviler Sicherheitsforschung innerhalb der normativen Deutungsrahmen von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Legitim ist Forschung entsprechend dann, wenn sie als solche von den Adressaten akzeptiert wird. Abgegrenzt ist dieses Konzept andererseits von dem der *normativen* Legitimität, welches fragt, „[...] unter welchen Bedingungen es gute Gründe gibt [...]“ die Ergebnisse ziviler Sicherheitsforschung „[...] als gerechtfertigt zu akzeptieren.“ (Dingwerth 2004, 8)

Wir erkennen in den aktuell dominanten Legitimitätsvorstellungen, die im Kontext der zivilen Sicherheitsforschung Geltung finden, eine einseitige Fokussierung auf empirisch geprägte Konzepte. Zwei Gründe sprechen für diese Einschätzung. Als legitim gilt Forschung erstens dann, wenn diese in der praktischen, Policy-relevanten Anwendung von Wirtschaft und Politik aufgegriffen wird und die gewünschten Effekte erzielt. Gute Forschung erschließt sich hier über ihre Fähigkeit, Wünschen nach Lösungen nachzukommen, d. h. über ihre Outputlegitimität. Zweitens muss Forschung vor der Gesellschaft rechtfertigbar sein, d. h. deren Bedrohungswahrnehmungen und Werte aufgreifen sowie zur Verfügung gestellte Gelder der Allgemeinheit nachvollziehbar investieren – GZSF definiert sich hier über ihre Inputlegitimität (vgl. Scharpf 1999, Zürn 1998).

Zentral für beide Quellen von Legitimität ist das Verständnis von ziviler Sicherheitsforschung als Institution, die Teil einer Bürokratie ist (vgl. Weber 1922, 650ff). In dieser Bürokratie, die strikten Gesetzen und Regeln folgt, wird auch ziviler Sicherheitsforschung eine besondere Aufgabe zugewiesen, nämlich auf Fragen nach (empfundener) Lücken in der zivilen Sicherheit Antworten zu finden. Über das Finden dieser Antworten im Rahmen der durch die Bürokratie gegebenen Regeln und Gesetze legitimiert sich die zivile Sicherheitsforschung als Institution. Sie forscht nicht einfach außerhalb von Erwartungshaltungen, sondern ist durch Anforderungen, prozedurale Regeln und vordefinierte Formen der Ergebnisse an die Bürokratie gebunden. Erfüllt sie ihre Aufgabe nicht länger, kann dies existenziell gefährdend für all jene Forschungseinrichtungen und Forscher*innen werden, die zusammen die Institution der zivilen Sicherheitsforschung in Deutschland bilden. Erst so kann überhaupt das Konzept der Input- und Outputlegitimität als empirisches Phänomen verstanden werden: So wie andere Institutionen, etwa auf internationaler Ebene, ihre empirische Legitimität darüber gewinnen, dass ihnen das Recht zu regieren zugesprochen wird (vgl. Buchanan/Keohane 2006), so legitimiert sich GZSF darüber, dass sie die ihr von der Bürokratie aufgetragene Aufgabe zur Zufriedenheit der Bürokratie löst. Das „gut“ bedeutet in diesem Fall also schlicht, dass sie wie gewünscht funktioniert und praktikable Ergebnisse für die Endnutzer generiert.

Ein normatives Legitimitätskonzept jenseits von Input- und Outputlegitimität

Eine solche Argumentation zur Begründung von Legitimation zielt auf die empirische Anerkennung durch Auftraggeber und Endnutzer von Sicherheitsprodukten. Ein solcher Fokus ist einerseits nachvollziehbar und auch notwendig, schließlich soll zivile Sicherheitsforschung einem konkreten Ziel dienen – der Verbesserung der zivilen Sicherheit in Deutschland. Entsprechend werden die Ergebnisse der Forschung an Erwartungshaltungen aus diesem Blickwinkel gemessen. Auch findet zivile Sicherheitsforschung stets in einem gesellschaftlichen Kontext statt, sodass ihr Output nicht nur problemlösend sein muss, um sich legitimieren zu können, sondern ebenfalls des anhaltenden Dialogs mit Vertretern aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft bedarf, um darüber die zu lösenden Probleme definieren zu können. Andererseits, und hierin besteht der Kern unserer Überlegungen, erschweren derart empirisch getriebene Legitimitätsvorstellungen all jene Forschung, die sich gegenüber populären Forderungen kritisch äußert oder durch ihren Grundlagencharakter nicht unmittelbar zu Ergebnissen führt. Wir plädieren daher für eine stärker normativ orientierte Legitimitätsbegründung „guter“ ziviler Sicherheitsforschung, welche Stimmen der Kritik abseits von Prinzipien der In- und Outputlegitimation mehr Raum gibt. Die Notwendigkeit einer solchen dritten Haltung gegenüber GZSF verdeutlichen die folgenden Überlegungen.

Defizite zu stark empirisch legitimerter Sicherheitsforschung

Orientieren sich Akteure aus Forschung, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ausschließlich an den Legitimitätsvorstellungen einer in- und outputorientierten GZSF, wird die politisch gewünschte und akademisch bearbeitete Forschungsagenda danach ausgerichtet. Sowohl In- als auch Outputanforderungen gerecht zu werden ist dann einfach, wenn etwa Themen der öffentlichen Sicherheit wie Terrorismus erforscht werden. In diesem Fall decken sich das öffentliche Interesse und die Unsicherheitswahrnehmung mit dem Wunsch der Politik nach Lösungen. Problematisch wird es dann, wenn Themen nicht (genug) Aufmerksamkeit bekommen, weil sie im Spannungsfeld zwischen Input- und Outputlegitimität existieren. So gehen etwa Fragen der Einschränkung einer demokratischen Gesellschaft im Gedränge allgemeiner Versicherheitlichung weitestgehend unter. Durch Versicherheitlichung (vgl. Buzan et al. 1998) wird der demokratisch-kritische Diskurs- und Gesetzgebungsprozess umgangen, über den relevante Bedrohungen als solche definiert werden. Stattdessen wird ein Thema als derart existenziell bedrohlich dargestellt, dass die üblichen demokratischen Prozesse als zu langsam deklariert und umgangen werden können. Mangels wissenschaftlicher, öffentlicher und institutioneller Kritik – dafür ist schließlich keine Zeit mehr – können als sicherheitsrelevant deklarierte Institutionen zunehmend mehr Macht und Geld ansammeln und andere Themen aus der öffentlichen Wahrnehmung ebenso verdrängen wie die Möglichkeit, dieser Monopolisierung entgegen zu treten. Ebenfalls relevante Problemfelder, etwa der Schutz kritischer Infrastruktur vor Cyberangriffen und Naturkatastrophen, erfahren so beispielsweise deutlich weniger Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit, obwohl ihre potenziellen Auswirkungen weitaus gravierender sein können.

Neben dem Problem einer Vernachlässigung wichtiger Themen verhindert die Ausrichtung der Forschung an einem dualen Legitimitätsverständnis, das letztlich vor allem empirisch ausgerichtet ist, zudem eine nüchterne Beurteilung der Relevanz bestimmter Forschungsfragen und somit letztlich auch die Frage nach normativer Legitimität. Ist ein von populären Wahrnehmungen und Wünschen getriebenes Problem überhaupt sinnvoll als ein Problem ziviler Sicherheitsforschung zu behandeln? Sind Forschung bzw. die von der Forschung vorgeschlagenen Lösungen überhaupt normativ zu

rechtfertigen? Allein aus Eigeninteresse der Forscher*innen werden solche Fragen nur in den seltensten Fällen negativ beantwortet werden. Dies ist jedoch äußerst problematisch, denn gerade auf Seite der Inputlegitimität müsste auch eine gegenüberstellende Bewertung von Sicherheitsbedrohungen und normativen Grundwerten einer demokratischen, offenen Gesellschaft erfolgen und im Zweifelsfall die Forschung nach Sicherheitslösungen in einem gewissen Gebiet bewusst verneint werden.

Forschungspraktische Konsequenzen einer normativ orientierten Legitimation ziviler Sicherheitsforschung

An dieser Stelle wird eine selbstreflexive Forschungsförderung für eine gute zivile Sicherheitsforschung relevant. Durch Fördern bewusst kritischer Projekte können die aufgeführten Probleme nicht nur behoben werden, sie können mittelfristig sogar Geld sparen (und damit trotz Abwesenheit von Lösungen auf der Outputseite positive Ergebnisse generieren): Wo der Bedarf an Sicherheitslösungen nicht wünschenswert ist, wird auch kein Geld dafür ausgegeben. Ebenso sollte die Forschungsförderung Wert darauf legen, dass Forschende sich nicht nur von den Anforderungen des allgemeinen (Un-)Sicherheitsdiskurses leiten lassen. Während Terrorismus die Medien dominiert, sind Fragen der Lebensmittelsicherheit beispielsweise weniger präsent in der Öffentlichkeit, aber praktisch von deutlich erheblicherer Relevanz im Alltag. Legitimität kann hier über einen dritten Weg gewonnen werden. Dieser zeichnet sich gegenüber oft zu schnell und zu kurzfristig geführten Diskursen in Politik und Gesellschaft durch eine distanzierte Kritikfähigkeit aus und kann so eine nüchternere Abwägung zwischen der Angemessenheit des Forschungs- und Implementierungsaufwands und der Gefahr leisten. Entsprechend sollte die Förderung Raum für innovative Projekte in weniger beachteten Bereichen lassen und disziplinübergreifend Experten*innen nach zukünftigen Herausforderungen fragen. Eine solche institutionelle Offenheit käme einem Legitimitätskonzept nahe, das Legitimität durch Verfahren produziert, d. h. im Rahmen einer Verfahrenssicherheit ohne detaillierte Einschränkungen der genauen Verfahrensabläufe auch kritische Stimmen zulässt und so der Komplexität einer sozialen Umwelt Rechnung trägt (vgl. Luhmann 1983: 50), die so charakteristisch für das Feld der zivilen Sicherheit ist. Das Ideal einer kritischen und zum Teil auch der öffentlichen, politischen und wirtschaftlichen Meinung widersprechenden zivilen Sicherheitsforschung ist jedoch nur dann möglich, wenn „gute“ Forschung verstärkt an einem normativen Konzept von Legitimität orientiert ist.

Eine solche teilweise Umorientierung kann aber letztlich nur dann erfolgen, wenn Projekte für die Forschenden eine sinnvolle Arbeitsperspektive bieten. Das bedeutet einerseits, dass diese weitaus unabhängiger von neuen Anträgen betrieben werden können, und andererseits, dass das oben erwähnte „Nein“ zu einer Lösung ein ebenso wichtiges Ergebnis sein kann wie eine weitere Sicherheitslösung. Zu einer solchen Einsicht kann es aber nur sinnvoll in disziplinübergreifenden, längerfristig angelegten Forschungsnetzwerken kommen, in denen das Wissen gesammelt und die verschiedenen Sichtweisen der Fächer zusammengeführt werden.

Literatur

- Buchanan, Allan/ Keohane, Robert O. (2006): The Legitimacy of Global Governance Institutions, in: Ethics and International Affairs 20: 4, 405-437.
- Buzan, Barry/ Ole Wæver, and Jaap de Wilde (1998): Security: A New Framework for Analysis, Boulder CO.
- Dingwerth, Klaus (2004): Effektivität und Legitimität globaler Politiknetzwerke, in: Brühl, Tanja/ Feldt, Heide/ Hamm, Brigitte/ Hummel, Hartwig/ Martes, Jens (Hrsg.): Unternehmen in der Weltpolitik: Politiknetzwerke, Unternehmensregeln und die Zukunft des Multilateralismus, Bonn.
- Luhmann, Niklas (1983): Legitimation durch Verfahren. 3. Auflage, Frankfurt a. M.
- Scharpf, Fritz W. (1999): Regieren in Europa: Effektiv und Demokratisch?, Frankfurt a. M.
- Zürn, Michael (1998): Regieren jenseits des Nationalstaats: Globalisierung und Denationalisierung als Chance, Frankfurt a. M.
- Weber, Max (1922): Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen.

Kurzvorstellung der Autor*innen

Frank Balzer

Technische Universität Berlin

Frank Balzer studierte Soziologie, Kulturwissenschaften und Psychologie an der Philipps-Universität Marburg. Seit Oktober 2015 promoviert er an der Technischen Universität Berlin zum Thema „Partizipative Forschung und Entwicklung gesellschaftlicher Sicherheit“. Er arbeitet seit 2014 als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung im Bereich Netze und Gesellschaft zu den Themen „Zivilgesellschaft“, „Partizipation“ und „zivile Sicherheit“.

Isabelle Brantl

Universität Vechta

Isabelle Brantl studierte Komparatistik mit Nebenfach „Sprache, Literatur, Kultur“, Soziologie mit Nebenfach Politikwissenschaft und „Transnational Crime, Justice and Security“ in München und Glasgow. Sie promoviert seit 2015 an der Universität Vechta zu Täterinnen im Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung.

Lisa Bross

Universität der Bundeswehr München

Lisa Bross studierte Umweltingenieurwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften an der RWTH Aachen. Seit 2016 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Wasserwesen der Universität der Bundeswehr in München und promoviert im Bereich Trinkwassernotversorgung.

Martina Biebert

Universität Freiburg

Martina Biebert studierte Kulturwissenschaften, Philosophie und Interdisziplinäre Anthropologie in Bremen und Freiburg. Derzeit promoviert sie am Institut für Soziologie der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg über das Mensch-Hund-Verhältnis und das Potenzial von Hunden für die Sicherheitsforschung. Im Rahmen des BMBF-Projekts EVADEX, das sich mit der Standardisierung der Detektion von Explosivstoffen außerhalb der Luftsicherheit beschäftigt, untersucht sie seit Mai 2015 im soziologischen Teilbereich die Akzeptanz von Sprengstoffspürhunden.

Florian Brauner, Dr.-Ing.

Bergische Universität Wuppertal

Florian Brauner studierte Rettungsingenieurwesen an der TH Köln und promovierte über die verschiedenen objektiven, subjektiven und ökonomischen Wirkungen von Sicherheitsmaßnahmen in kritischen Infrastrukturen (KRITIS). Er entwickelte ein Entscheidungsunterstützungsmodell zur Implementierung von Sicherheitsmaßnahmen am Beispiel terroristischer Bedrohungen im öffentlichen Personennahverkehr. Derzeit forscht er im EU-Projekt „SmartResilience“ an neuen Methoden der Resilienzmessung und Bewertung im Rahmen intelligenter KRITIS.

Patrick Drews

Universität Stuttgart

Patrick Drews studierte „Rescue Engineering“ an der TH Köln und Öffentliches Management an der Universität Kassel. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeitswissenschaft und Technologie-management (IAT) der Universität Stuttgart. In den Projekten DRIVER und REBEKA erforscht er die effektive Steuerung von ungebundenen Helfern. Sein wissenschaftliches Interesse gilt der Auswertung von Krisenmanagement-übungen.

Judith Eckert

Technische Universität Darmstadt

Judith Eckert studierte Soziologie, Psychologie und Volkswirtschaftslehre in Freiburg, Paris und Straßburg. Aufbauend auf ihrer Mitarbeit im Projekt BaSiD stellt sie aktuell ihre Dissertation zu Angst als gesellschaftlichem Phänomen an der Universität Freiburg fertig. Seit 2016 arbeitet sie an der TU Darmstadt im Projekt „Paare nach der Trennung“.

Sabrina Ellebrecht

Universität Freiburg

Sabrina Ellebrecht studierte Soziologie, Politik- und Medienwissenschaft an den Universitäten Düsseldorf, Freiburg, Durban und Neu-Delhi. Sie arbeitet am Centre for Security and Society (CSS) in Freiburg und promoviert dort in Soziologie.

Jan Hieronymus

Deutsches Luft- und Raumfahrtzentrum

Jan Hieronymus studierte Informatik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 2014 arbeitet er an seiner Dissertation am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Berlin.

Barbara Korte

Universität Frankfurt am Main

Barbara Korte studierte Politikwissenschaft, Sinologie und Psychologie in München und Taipeh. Seit 2014 promoviert sie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main zu Terrorismusbekämpfung in autoritären Staaten.

Toni Eichler

Universität Siegen

Toni Eichler studierte Medienwissenschaft mit den Nebenfächern Philosophie und Westslawistik an der FSU Jena und der UP Olomouc. Seit 2013 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Medienforschung der Universität Siegen und hat u.a. am Projekt BaSiGo mitgewirkt. Er promoviert im Bereich Veranstaltungskommunikation.

Friedrich Gabel

Universität Tübingen

Friedrich Gabel studierte Philosophie, Erziehungswissenschaft und Angewandte Ethik an der Universität Jena. Seit 2014 arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt VERSS am IZEW in Tübingen. 2017 begann er seine Promotion über Katastrophenschutz für Menschen mit Behinderung am KIT in Karlsruhe.

Max Hoffmann

Universität Frankfurt am Main

Max Hoffmann studierte Politikwissenschaft, Germanistik und Sprecherziehung an der Universität Koblenz-Landau. Seit 2014 promoviert er an der Goethe-Universität Frankfurt am Main zum Zusammenhang zwischen territorialer Kontrolle und terroristischer Gewalt.

Sonja Kwee-Meier

RWTH Aachen University

Sonja Kwee-Meier studierte Internationales Informationsmanagement mit BWL und Technik im Maschinenbau an der Universität Hildesheim. Seit 2012 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der RWTH Aachen University. Ihre Dissertation schreibt sie im Bereich Ergonomie und Mensch-Maschine-Systeme über Probandenstudien zu digitalen Fluchtweganzeigesystemen.

Celia Norf

Technische Hochschule Köln

Celia Norf studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln und „Public Policy and Human Development“ mit Spezialisierung in „Risk and Vulnerability“ an der Universität Maastricht. Seit 2013 promoviert sie an der Universität Stuttgart zum Thema „Die Rekonstruktion von Vulnerabilität und Resilienz als Trend-Konzepte in der Risikoforschung“ und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin für Forschung und Lehre am Institut für Rettungsingenieurwesen und Gefahrenabwehr der TH Köln.

Martin Schmetz

Universität Frankfurt am Main

Martin Schmetz studierte Politikwissenschaft und Internationale Friedens- und Konfliktforschung in Darmstadt und Frankfurt am Main. Seit 2014 promoviert er an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Veronika Zettl

Universität Stuttgart

Veronika Zettl studierte Medienwissenschaft und Kommunikationswissenschaft in Regensburg und Salzburg. Seit 2016 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Arbeitswissenschaft und Technologiemanagement der Universität Stuttgart (IAT). In den Projekten KOPHIS und KOKOS untersucht sie Informationsprozesse und Formen der Zusammenarbeit zwischen BOS und der Zivilgesellschaft. Persönlich interessiert sie sich besonders für die Wahrnehmung von Sicherheit durch die Gesellschaft sowie für die Rolle der Medien.

Johannes Sautter

Fraunhofer IAO

Johannes Sautter studierte Medieninformatik an der Universität Ulm und arbeitet seit 2011 am Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO). Unter anderem entwickelte er dort zusammen mit dem DRK eine Konzeption zur Durchführung und Evaluation von Übungen des Massenanfalls von Verletzten (MANV).

Marcel Vondermaßen, Dr.

Universität Tübingen

Marcel Vondermaßen studierte Philosophie und Politikwissenschaften in Freiburg. 2014 promovierte er im Spannungsfeld von Soziologie, Philosophie und Politikwissenschaften zum Thema „Anerkennung – Ein neuer Leitbegriff für die Politik“. Seit 2016 ist er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am IZEW im Projekt KOPHIS tätig.

